

3. Sitzung

Freitag, den 12.12.2014

Erfurt, Plenarsaal

Regierungserklärung

36

Die Regierungserklärung wird durch Ministerpräsident Ramelow abgegeben. Die Aussprache zu der Regierungserklärung wird durchgeführt.

Ramelow, Ministerpräsident

36, 40,
43, 87

Mohring, CDU

54

Hennig-Wellsow, DIE LINKE

64

Höcke, AfD

70, 74,
74, 74, 74, 74

Hey, SPD

76

Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

82

**Thüringer Gesetz zu dem
Sechzehnten Rundfunkände-
rungsstaatsvertrag**

87

Gesetzentwurf der Landesregie-
rung

- Drucksache 6/29 -

ERSTE BERATUNG

Der Gesetzentwurf wird an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien überwiesen.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der
Staatskanzlei

87

Wucherpfennig, CDU

88

Blehschmidt, DIE LINKE

88

Brandner, AfD	89, 89, 91
Dr. Pidde, SPD	91
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	92

**Viertes Gesetz zur Änderung
des Thüringer Gesetzes zur
Überprüfung von Abgeordne-
ten**

92

Gesetzentwurf der Fraktion der
CDU

- Drucksache 6/37 -
ERSTE BERATUNG

*Der Gesetzentwurf wird an den Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz überwiesen.*

Marx, SPD	92
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	93
Henke, AfD	93
König, DIE LINKE	94
Scherer, CDU	94

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bühl, Carius, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Dr. Voigt, Walsmann, Wirkner, Worm, Wucherpfennig, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Grund, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Huster, Jung, Kalich, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Mitteldorf, Müller, Ramelow, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Hey, Höhn, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Rosin, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Brandner, Gentele, Henke, Herold, Höcke, Kießling, Krumpe, Möller, Muhsal

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Möller, Rothe-Beinlich, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Keller, Dr. Klaubert, Siegesmund, Werner

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Carius:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begre auch unsere Gäste auf der Zuschauertribüne – etwas wenige, wie ich sehe, aber das wird dann durch die Medienvertreter wettgemacht – sowie die Vertreterinnen der Medien.

Für den Abgeordneten Herrn Dr. Hartmut Schubert, der zum Staatssekretär im Thüringer Finanzministerium berufen wurde und mittlerweile sein Mandat niedergelegt hat, gehört jetzt Frau Abgeordnete Birgit Pelke dem Thüringer Landtag an.

(Beifall im Hause)

Ich begre Sie recht herzlich und freue mich auf die Zusammenarbeit. Auch Ihnen, Herr Staatssekretär Schubert, gutes Gelingen für die neue Aufgabe im Finanzministerium.

Für diese Plenarsitzung hat Herr Abgeordneter Kolbelt als Schriftführer neben mir Platz genommen und die Redeliste führt Herr Abgeordneter Tischner. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Minister Tiefensee sowie Herr Minister Dr. Poppenhger.

Wir haben ein Geburtstagskind unter uns – jenseits der 25 schickt es sich ja nicht, das Alter zu sagen –: Ich gratuliere ganz herzlich Frau Ina Leukefeld zum Geburtstag.

(Beifall im Hause)

Ich darf dann noch einige allgemeine Hinweise geben: Der Ältestenrat hat in seiner 1. Sitzung am 25. November 2014 gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung zahlreichen Journalisten bzw. Medienvertretern eine Dauerarbeitsgenehmigung für die 6. Wahlperiode für Bild- und Tonaufnahmen im Plenarsaal erteilt. Aufgrund der Eilbedürftigkeit habe ich für Herrn Tino Zippel, Redakteur und Fotograf der OTZ, für Herrn Jens-Ulrich Koch, ddp images, für Herrn Björn Walter, Kameramann/Technischer Assistent, für Herrn Lars Sänger, Redakteur/Berichterstatter, für Frau Monique Junker, Herrn Uwe Nitzschke und Herrn Jonathan Schöning, alle MDR, für einen Redakteur und zwei Kameramänner von RTL, einen Redakteur und zwei Kameramänner von Phoenix sowie einen Redakteur und zwei Kameramänner von der ARD eine Sondergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen für die heutige Plenarsitzung gemäß der Regelung für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung erteilt.

Die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben mich darüber unterrichtet, dass durch ihre Mitarbeiter Elisabeth Lier, Daniel

Iliev, Thomas Tappert, Deborah Zurek und Jrg Schwabe sowie durch Annette Rudolph, Peter Lahn, Stefan Wogawa und Frank Schenker in der heutigen Plenarsitzung von den dafür vorgesehenen Flächen im Plenarsaal Bild- und Tonaufnahmen von den Abgeordneten der eigenen Fraktion gefertigt werden sollen. Gemäß dem ltestenratsbeschluss vom 15. Dezember 2009 ist dazu keine Genehmigung, sondern lediglich die Unterrichtung des Präsidenten erforderlich. Die Parlamentarischen Geschäftsführer wurden vorab informiert.

Die Erfurter Tafel hat im Foyer vor dem Landtagsrestaurant einen Wunschbaum für bedürftige Kinder aufgestellt.

Dann kommen wir zur Tagesordnung. Die Frage: Gibt es hier Änderungsvorschläge? Das ist nicht der Fall. Wird der Ihnen vorliegenden Tagesordnung widersprochen? Das ist auch nicht der Fall. Dann rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 1**

Regierungserklärung

Herr Ministerpräsident Ramelow, Sie haben das Wort.

Ramelow, Ministerpräsident:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zuallererst darf ich den Minister Holger Poppenhger dienstlich entschuldigen. Er ist zur Innenministerkonferenz.

Freud und Leid sind dicht beieinander. Zur Freude ist es heute, Ina Leukefeld zum 60. zu gratulieren.

(Beifall im Hause)

Aber dass der Kollege Tiefensee nicht unter uns sein kann, hängt mit etwas Traurigem zusammen. Er begleitet seinen Freund Rainer Fornahl auf dem letzten Weg heute zur Beerdigung. Rainer Fornahl ist Mitbegründer des Neuen Forums und war langjährig Leipziger Bundestagsabgeordneter. Ich denke, dass wir mit Ihnen einer Meinung sind, dass es gut und richtig ist, dass man Menschen, die man lange begleitet hat und mit denen man viel gemeinsames Leben hatte, auch am letzten Tag am Grab mit begleitet.

Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Thüringerinnen und Thüringer, ich bedanke mich für die Möglichkeit, Ihnen heute schon, innerhalb von wenigen Tagen – erst vor einer Woche wurde die Landesregierung vereidigt –, das Regierungsprogramm der neuen Koalition vorstellen zu dürfen. Ich möchte Ihnen und den Bürgern des Freistaats darlegen, mit welchen Vorhaben diese Koalition Thüringen voranbringen und modernisieren möchte. Ich möchte die demokratische Opposition in diesem Landtag sowie alle Bürgerinnen und

(Ministerpräsident Ramelow)

Bürger, die das Land konstruktiv gestalten wollen, einladen, sich in dieses Vorhaben mit einzubringen. Der Koalition, meinem Kabinett und mir geht es nicht um die Verkündung letztgültiger Wahrheiten, sondern um das gemeinsame Ringen mit den Bürgern für den besten Weg der Gestaltung unseres Landes.

Sehr geehrte Damen und Herren, unser Koalitionsvertrag steht unter der Überschrift „Thüringen demokratisch, sozial und ökologisch voranbringen“.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür haben wir viele Ideen formuliert. Einige unserer Vorschläge basieren auf einem guten Fundament der Vorgängerregierung. Andere unserer Konzepte werden sowohl auf Widerspruch als auch auf Zustimmung stoßen, was sich gegebenenfalls regional sehr unterschiedlich darstellen wird. Die von mir ausgesprochene Einladung zur Beteiligung basiert auf der Überzeugung vieler Menschen, es werde über ihre Köpfe hinweg regiert und entschieden. Diesem Eindruck wollen wir entgegenreten. Wir wollen Räume schaffen, um Argumente austauschen zu können. Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen. Wir wollen zuhören. Wir sehen es nicht als Schwäche, sondern als Respekt vor dem Souverän, unsere Gestaltungskonzepte für das Land, wenn es sein muss, auch zu modifizieren oder auch neu aufzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Beteiligung schließt Entscheidung nicht aus. Wir wollen und werden Entscheidungen treffen, um Thüringen moderner, attraktiver und leistungsfähiger zu machen. Wir sehen große Herausforderungen in der sozialen Infrastruktur, die wir durch Investitionen stärken wollen. Die finanzielle Situation der Thüringer Kommunen wollen und müssen wir verbessern. Die Haushaltsnotlage vieler Kommunen hebelt demokratische Beteiligung aus Mangel an Bewegungsspielraum aus.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dessen Folge bröckelt der soziale Zusammenhalt und es schrumpft das kulturelle Leben. Es verstärken sich dadurch die Wegzüge. Ich hoffe auf Einigkeit über die Grenzen von Koalition und Opposition hinweg beim Bemühen dieser Koalition, die kommunale Familie zu stärken. Natürlich misst die Reformpolitik der neuen Landesregierung ihren Erfolg auch in Indikatoren wie Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum und finanzieller Stabilität. Wir sind jedoch gleichzeitig der Überzeugung, dass die nachhaltige Modernisierung unseres Landes Wachstum, Arbeitsplätze und Stabilität mit sozialer Gerechtigkeit, Ökologie und dem Schutz natürlicher Ressourcen sowie der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbinden muss.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne sind wir der Überzeugung, dass ein robuster Arbeitsmarkt Thüringens nicht dauerhaft auf Niedriglöhnen beruhen darf.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Arbeit muss man leben können. Wir wollen in die Infrastruktur investieren, die in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Das bedeutet nicht zuletzt, dass der Bund seine Verantwortung zum Beispiel bei der Schieneninfrastruktur deutlicher wahrnehmen muss. Dafür habe ich mit den Kolleginnen und Kollegen bei der Ministerpräsidentenkonferenz gestern bei der Bundeskanzlerin sehr intensiv geworben. Doch wollen wir bei Investitionen Ökologie und Ökonomie stärker in Einklang bringen als bisher. Die Thüringer Natur muss geschont werden. Flächen sollen nicht über Gebühr beansprucht, sondern künftig soll der Flächenverbrauch deutlich reduziert werden.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe im Wahlkampf gesagt, wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Und schlechter!)

Wir werden Gutes fortsetzen, aber wir sind auch überzeugt, dass ein einfaches „Weiter so!“ uns nicht weiterhilft.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Überzeugung, dass dies selbst in der größten Oppositionspartei so gesehen wird. Wir brauchen Kurskorrekturen, um Stillstand zu vermeiden, Stillstand, der in Wirklichkeit Rückschritt ist.

(Beifall DIE LINKE)

Heute braucht es mehr denn je eine Zukunftsvision für Thüringen, einen roten Faden für die Modernisierung unseres Landes. Welches Thüringen wollen wir? Über diese Frage lohnt es sich nachzudenken und auch kulturvoll zu streiten. Diese Landesregierung verschreibt sich einem Dreiklang. Wir wollen eine demokratische Erneuerung, ein Thüringen, in dem Demokratie, Teilhabe und Bürgerrechte großgeschrieben werden. Wir wollen sozialen Zusammenhalt, ein Thüringen, das Heimat für die hier lebenden Menschen ist, weltoffen und attraktiv für alle, die in dieses Land kommen, ein Thüringen, in dem aus guten Ideen Arbeitsplätze werden und in dem für gute Arbeit gute Löhne gezahlt werden und in dem der kulturelle Reichtum dieses Landes allen Menschen offensteht.

(Ministerpräsident Ramelow)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen eine ökologische Modernisierung, ein grünes Thüringen, das Vorreiterland für die Energiewende sowie für den Klima- und den Umweltschutz wird.

Liebe Thüringerinnen und Thüringer, liebe zukünftige Thüringer, liebe eines Tages hoffentlich zurückkehrende Thüringer, wir wollen dieses Land so gestalten, damit es für alle Menschen lebenswert ist. Wir wollen das attraktive Herz in der Mitte der Bundesrepublik Deutschland sein und dazu zählt für uns auch, Herz einer bunten Republik zu sein.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen Türen und Tore öffnen und Sie einladen, hier nicht nur zu leben, sondern mit uns gemeinsam Thüringen zu einem modernen und solidarischen Land weiterzuentwickeln. Modern heißt für diese Regierung auch, wir werden neue Maßstäbe bei der Aufarbeitung setzen. Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zu dem gemeinsamen Papier „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fühlen uns 25 Jahre nach der friedlichen Revolution einer konsequenten und ideologiefreien Aufarbeitung verpflichtet. Demokratie betrachten wir nicht als Selbstverständlichkeit, sondern als Herausforderung für Generationen, diesen Erneuerungs- und Transformationsprozess zu gestalten. Vor diesem Hintergrund wollen wir wissenschaftliche Aufarbeitung unterstützen und bildungspolitische Projekte und Initiativen fördern. Insbesondere möchten wir jungen Menschen ein Verständnis für Demokratie vermitteln und sie zum zivilgesellschaftlichen Engagement motivieren. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution sagen wir: Wer hier lebt, soll maximale demokratische Freiheitsrechte nutzen, auf soziale Sicherheit vertrauen und eine gesunde Umwelt genießen können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Reihenfolge ist dabei nicht beliebig, aber genauso wenig darf eines der Ziele ein anderes überlagern. Damit wir diese Ziele erreichen, müssen wir immer das Konkrete im Blick haben. Die zentrale Frage muss lauten: Was nützt den Menschen?

Um unsere Antwort darauf zu beschreiben, will ich im Folgenden unter dem Punkt „Mehr Demokratie, mehr Solidarität und mehr Ökologie“ einige konkrete Vorhaben der neuen Landesregierung vorstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir über Demokratie reden, sollten wir zunächst die Finanz-

politik in den Blick nehmen. Nur ein finanziell selbstständiger und damit handlungsfähiger Freistaat kann den demokratischen Grundprinzipien entsprechen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das Parlament diese finanziellen Fähigkeiten verliert, geht damit auch de facto das Königsrecht der parlamentarischen Demokratie verloren. Deswegen wird diese Landesregierung eine solide und vorausschauende Haushalts- und Finanzpolitik betreiben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die bisherigen gesetzlichen Regelungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen enden mit Ablauf des Jahres 2019. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich gestern darauf verständigt, bis Juni 2015 ein Konzept für die Neuordnung zu beschließen. Bei der Erarbeitung werden wir die Thüringer Interessen konsequent vertreten, damit durch die Neuordnung eine aufgabenangemessene Finanzausstattung für das Land Thüringen einschließlich seiner Gemeinden entsteht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist dabei bewusst, dass die besondere Förderung der neuen Länder, die mit Solidarpakt I und II erfolgte, Ende des Jahres 2019 endgültig ausläuft. Die aktuelle finanzielle Situation in vergleichbaren finanzschwachen Flächenländern Westdeutschlands lässt jedoch befürchten, dass auch für uns die Finanzausstattung nach Auslaufen der Ostförderung nicht auskömmlicher werden wird. Darüber hinaus werden wir in Thüringen, wie in allen neuen Ländern, auch nach 2019 besondere strukturelle Probleme immer noch nicht überwunden haben. Dazu gehören insbesondere die flächendeckende Wirtschafts- und Strukturschwäche sowie die besondere demografische Entwicklung. Die hiermit verbundenen finanziellen Sonderbedarfe gilt es auch im Hinblick auf die grundgesetzlich gebotene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Ost, West, Nord, Süd zu kompensieren, und zwar nach Bedarf und nicht mehr nach Himmelsrichtungen. Deshalb ist es wichtig, dass das bisherige Aufkommen aus dem Solidarpakt für diese Zwecke erhalten bleibt und für notwendige Investitionen in den Ländern vom Bund zur Verfügung gestellt wird.

Derzeit verschaffen wir uns einen Überblick über die aktuelle finanzielle Situation des Freistaats. Damit dies möglichst umfassend erfolgt, schließen wir ausdrücklich auch alle Sondervermögen in die Betrachtung ein.

(Ministerpräsident Ramelow)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sie müssen auch die Haushaltsplanung beachten!)

Im Ergebnis werden wir eine Übersicht über die finanziellen Zwänge des kommenden Jahres erhalten, denn der finanzielle Rahmen bestimmt im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik den Rahmen unseres Handelns. Deshalb stehen auch alle von unserer Koalition beschlossenen Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt.

(Unruhe CDU)

Die neue Landesregierung hat sich dem Ziel einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik verschrieben, deshalb haben wir gemeinsam beschlossen, Haushalte ohne neue Kredite vorzulegen. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes und die Regelungen der Landeshaushaltsordnung werden selbstverständlich von uns eingehalten.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wie lange?)

(Unruhe CDU)

Mit dem neuen Haushalt für das Jahr 2015 soll mit der Umsetzung der im Koalitionsvertrag benannten politischen Schwerpunkte begonnen werden. Gleichzeitig ist dabei das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung einzuhalten.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wir haben es eingeführt, ihr habt es abgelehnt!)

Ausgabensteigerungen durch neue Prioritätensetzung sind durch Einsparungen oder durch Generierung von Mehreinnahmen auszugleichen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Welche?)

Um nachhaltige finanzielle Spielräume zu eröffnen, wollen wir die Tilgung bestehender stiller Verbindlichkeiten fortsetzen. Die Beibehaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit wollen wir insbesondere mit der Umsetzung von consequenten Sparmaßnahmen auf Grundlage einer umfassenden Aufgabenkritik, der Stärkung der Einnahmehasis, der Fortsetzung des Stellenrückgangs durch Erreichung des Niveaus vergleichbarer Länder erreichen. Dabei wird auch eine stabile Investitionsquote zur Unterstützung der regionalen Wirtschaftsentwicklung von ganz besonderer Bedeutung sein. Weiterhin ist uns auch an einem Höchstmaß an Transparenz gelegen. Ausgliederungen von Verpflichtungen an Sondervermögen oder landeseigene Gesellschaften wird es jedenfalls mit uns nicht mehr geben.

Meine Damen und Herren, die kommunale Familie liegt der neuen Landesregierung besonders am Herzen. Die Landesregierung ist sich bewusst, dass die Lebensqualität für die Menschen insbe-

sondere in und durch die Kommunen gesichert wird. Deshalb ist es uns wichtig, die finanzielle Situation der Kommunen im Rahmen unserer haushalterischen Möglichkeiten nachhaltig zu verbessern

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und Entlastungen durch den Bund ungeschmälert an die Kommunen weiterzuleiten.

(Beifall DIE LINKE)

Dadurch soll unter anderem vermieden werden, dass weitere Kommunen in eine extreme Haushaltsnotlage geraten. Und wir wollen denjenigen Kommunen, die sich bereits in einer solchen Haushaltsnotlage befinden, eine nachhaltige Perspektive eröffnen. Die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Freistaat ist für uns nicht nur bloßes Lippenbekenntnis. Alle Kommunen – alle Kommunen! – müssen in der Lage sein, die öffentliche Daseinsvorsorge angemessen gewährleisten zu können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, werden wir im nächsten Jahr in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Überprüfung und Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs vornehmen. Die Landesregierung wird sich dabei selbstverständlich an den Vorgaben des Thüringer Verfassungsgerichtshofs orientieren. Auch der vorhandene Investitionsbedarf in die Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs wird einbezogen werden, da nur so die nachhaltige Sicherung der Lebensqualität vor Ort und auch der Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen gewährleistet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Gebietsreform. Die Koalitionsregierung aus Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen eint die Überzeugung, dass angesichts der demografischen Entwicklung sowie aufgrund der Haushaltserfordernisse in den nächsten Jahren eine umfassende Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform unumgänglich ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Strukturen der Landes- und Kommunalverwaltungen müssen an die Herausforderungen der Zeit angepasst und so effizient und effektiv wie irgend möglich gestaltet werden. Alle anderen neuen Länder haben uns bereits vorgemacht, dass eine aufeinander aufbauende Verwaltungs-, Funktional- und dann Gebietsreform erfolgreich auf den Weg gebracht werden kann und dass alle davon profitieren können.

(Ministerpräsident Ramelow)

(Beifall DIE LINKE)

(Unruhe CDU)

Präsident Carius:

Ich bitte jetzt um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Regierungserklärung.

(Beifall DIE LINKE)

Ramelow, Ministerpräsident:

Weitere Verzögerungen können wir uns daher im buchstäblichen Sinne nicht mehr erlauben, um unsere Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit nicht nachhaltig aufs Spiel zu setzen. Die Strukturreformen, die so lange blockiert worden sind, sollten spätestens mit den kommenden Kommunalwahlen und noch vor dem Auslaufen des Solidarpakts II wirksam werden. Die Thüringer Landesregierung legt großen Wert darauf, die kommunalen Spitzenverbände und die Bürgerinnen und Bürger in den bevorstehenden Abstimmungsprozess zu dieser Strukturreform eng einzubinden. Wir sehen ebenso die größte Oppositionsfraktion in einer besonderen Verantwortung und appellieren daher an sie, sich insbesondere der notwendigen kommunalen Gebietsreform nicht weiter zu verweigern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir räumen der kommunalen Ebene ausreichend Zeit für Modelle freiwilliger Zusammenschlüsse ein, die sich orientieren werden an den Vorgaben eines in den nächsten Monaten zu erarbeitenden kommunalen Leitbildes und einem Vorschaltgesetz zur Verwaltungs-, Funktional- und – daraus folgend – Gebietsreform. Mit der Umsetzung der kommunalen Verwaltungs- und Gebietsreform soll ausdrücklich kein Verlust an Bürgernähe der Verwaltungen einhergehen. Deshalb wird die Landesregierung darauf Wert legen, über ein Netz von Servicebüros

(Unruhe CDU)

in der Fläche den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu kommunaler Dienstleistung wie bisher zu gewährleisten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

E-Government scheint nicht überall bekannt zu sein; E-Government ist Neuland.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Die vielfach geschürte Angst vor weit entfernten Verwaltungen und kaum zu bewältigenden Entfernungen ist völlig unbegründet.

(Beifall DIE LINKE)

Die Kooperation in Mitteldeutschland wollen wir verbessern. Dazu werde ich mich mit meinen Kollegen

aus diesen Ländern treffen, um offenstehende Punkte und weitergehende Projekte gemeinsam zu besprechen. Natürlich werde ich auch den Kontakt mit den Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer – Niedersachsen, Hessen und Bayern – suchen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Na klar. Die warten dann alle drauf!)

Ja. Herr Bouffier hat mir gestern erklärt, als er mir die Hand gab, dass wir zusammen bei Karstadt gearbeitet haben, und zwar zur selben Zeit.

(Unruhe CDU)

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mich freundlich aufgenommen gefühlt von Herrn Bouffier und ich finde, er hat gestern interessante Sachen in der MPK-Runde gesagt, die Thüringen auch unterstützen kann. Es kommt nicht auf das Parteibuch an, es kommt auf den Inhalt an.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Thüringer Polizei: Meine Damen und Herren, Thüringen braucht nicht nur eine bürgernahe Verwaltung, sondern auch eine bürgernahe Polizei. Eine flächendeckende Präsenz und bürgernahe Polizeistrukturen sind von elementarer Bedeutung für die Erfüllung der Sicherheitsbedürfnisse.

(Beifall CDU)

Weil dem so ist, werden wir die Auswirkungen der Polizeistrukturen vor allem im Hinblick auf eine angemessene Personalausstattung bei der Thüringer Polizei überprüfen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Sehr gut!)

Im Ergebnis dieser Überprüfung soll die Formulierung eines langfristigen Personalentwicklungskonzepts für die Thüringer Polizei stehen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Noch besser!)

Und Wolfgang Fiedler wird uns unterstützen.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thüringen wird ein sicheres Land bleiben. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist ein hohes Gut und genießt bei der neuen Landesregierung daher höchste Priorität. Mit Sorge betrachten wir auch die Gewalt gegenüber Einsatzkräften der Polizei, der Feuerwehren und der Rettungsdienste. Diese Angriffe verurteilen wir ohne jedes Wenn und Aber.

(Ministerpräsident Ramelow)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können schon aufgrund der vorhandenen Fürsorgepflicht gegenüber den Bediensteten nicht ansatzweise und nicht im Hauch akzeptiert werden.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Jetzt wird auch nicht mehr geschottert!)

(Heiterkeit im Hause)

Gut, dass Wolfgang Fiedler sich mit Schottern auskennt.

Kampf gegen Rechtsextremismus: Sehr geehrte Damen und Herren, im Jahr 2011 offenbar gewordene Verbrechen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ haben uns tief erschüttert und entsetzt. Sie haben uns aber auch vor Augen geführt, welche Gefährdungen für unsere demokratischen Werte von gewaltbereiten Rechtsextremisten ausgehen. Deshalb werden wir das vorhandene Landesprogramm auf den Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus konzentrieren und gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Akteuren weiterentwickeln. Wir richten das Landesprogramm also inhaltlich neu aus.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke ausdrücklich den Fraktionen der letzten Legislatur, dass wir zum Abschluss der Arbeit des NSU-Ausschusses mitten im Wahlkampf, in der heißen Wahlkampfphase hier eine Landtagssitzung gemeinsam durchgeführt haben, bei der wir deutlich gemacht haben, welche Verantwortung Thüringen gegenüber den Familien hat, deren Familienangehörige aus rassistischen Gründen von Thüringern ermordet worden sind. Ich danke allen Fraktionen, die daran würdig teilgenommen haben. Deshalb ist das Thema „NSU“ ein ganz besonderes Thema, das ein Thüringer Thema bleibt, und dem werden wir uns stellen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kampf gegen Rechtsextremismus bleibt eine ressortübergreifende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um die Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern, wird die Landesregierung die finanzielle Ausstattung des Landesprogramms um jährlich 1 Million Euro aufstocken. Neben Präventionsangeboten spielt auch das konsequente repressive Vorgehen gegen Rechtsextremismus eine entscheidende Rolle. Hierzu werden wir insbesondere die zentrale Bekämpfung rechtsextremer Straftaten fortführen und die Möglichkeiten für Verbote rechtsextremer Organisationen ausschöpfen. Darüber hinaus werden Aus- und Fortbildungsinhalte bei der Thüringer Polizei dahin gehend überprüft, ob und auf welche Weise einerseits noch stärker als bisher

über die Erscheinungsformen und das Gewaltpotenzial des Rechtsextremismus aufgeklärt, andererseits aber auch die Vermittlung interkultureller und sozialer Kompetenz weiter verbessert werden kann. Hierzu gehört auch eine Steigerung des Anteils an Bediensteten bei der Thüringer Polizei mit Migrationshintergrund.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Reform des Landesamts für Verfassungsschutz hat es gestern schon einige Aufregung gegeben von Innenministern, die offenkundig die Verantwortung Thüringens in Bezug auf V-Leute nicht mal zur Kenntnis nehmen wollen. Eine herausragende Konsequenz aus den abscheulichen Verbrechen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ bleibt die umfassende Neuausrichtung der Sicherheitsarchitektur in Thüringen. Dabei werden wir die Empfehlungen, die gemeinsamen Empfehlungen, des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ zugrunde legen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Untersuchungsausschuss hat eine grundlegende Reform des Landesamts für Verfassungsschutz angemahnt. Die Landesregierung wird diesen Auftrag unter anderem durch die Berufung einer Expertenkommission umsetzen, die Vorschläge und dessen Neuausrichtung dann erarbeiten wird. Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz wird sich bei seinem zukünftigen Handeln konsequent an dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem Schutz der bürgerlichen Grundrechte ausrichten haben. Parallel dazu soll die parlamentarische und die öffentliche Kontrolle des Verfassungsschutzes weiter ausgebaut werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach den Erfahrungen um den Thüringer Heimatschutz und als Konsequenzen aus den NSU-Verbrechen – ich füge aber an, auch als Konsequenz aus dem Untersuchungsausschuss in Sachen Trinkaus, der gegen alle Fraktionen der letzten Legislatur sein Unwesen als V-Mann getrieben hat –, aus all diesen Gründen wird das V-Leute-System in dieser Form, wie es derzeit praktiziert wird, abgeschafft, evaluiert und dann werden wir entscheiden, wie es neu aufgesetzt wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso werden wir dafür Sorge tragen, dass eine klare Trennung zwischen Polizei und Verfassungsschutz insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr erfolgt und das Landesamt zukünftig keinerlei präventive Aufgaben im Bereich der gesellschaftlichen Bildung und Information wahrnimmt.

(Ministerpräsident Ramelow)

Ausbau von Beteiligungsrechten: Die neue Landesregierung schreibt sich eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf ihre Fahnen, auch und gerade für die Jugendlichen. Wir werden deshalb das aktive Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 absenken und die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden weiterentwickeln und nehmen dazu die Vorschläge des Bündnisses für mehr Demokratie in Thüringen zur Grundlage und werden mit dem Bündnis darüber auch intensiv die weiteren Gespräche führen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Wahlen und Abstimmungen auf Landesebene werden wir eine entsprechende Verfassungsinitiative zur Senkung des Wahlalters starten. Das wird nur funktionieren, wenn wir die Zweidrittelmehrheit hier im Hohen Haus gemeinsam erreichen,

(Unruhe CDU)

und dann ist die Frage,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das wird wohl nicht passieren!)

inwieweit man junge Menschen in diesem Land verfassungsrechtlich ernst nehmen will oder weiter gängeln möchte.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind uns bewusst, dass wir dafür auf die größte Oppositionsfraktion angewiesen sind, und appellieren daher an die CDU-Fraktion, uns aktiv bei diesem Vorhaben zu unterstützen. Die mäßige Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen hat uns einmal mehr vor Augen geführt, wie wichtig es ist, die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsfindungsprozesse stärker einzubinden. Dies wird auch ein Weg sein, um unsere Demokratie zu stabilisieren und gegen Angriffe zu immunisieren.

In den vergangenen Jahren haben wir vielfach das Wort der Willkommenskultur im Mund geführt. Zu einer wirklichen Willkommenskultur gehört es nach Ansicht der Landesregierung, den Menschen, die zu uns gekommen sind, Vertrauen entgegenzubringen. Auch diese Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund wollen wir daher durch eine Ausweitung des Wahlrechts stärker beteiligen und werden uns im Bundesrat dafür einsetzen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als weitere Veränderung in Bezug auf eine verbesserte Transparenz und Bürgerbeteiligung wird die Landesregierung eine Überarbeitung des Untersuchungsausschussgesetzes auf den Weg bringen. Außerdem soll beim Thüringer Landtag ein sogenanntes Transparenzregister eingerichtet werden,

um mögliche Einflussnahmen von Einzelpersonen und Organisationen auf parlamentarische Vorgänge für die ganze Öffentlichkeit erkennbar zu machen.

Auch bei den Energieprojekten wie Windparks oder Pumpspeicherwerken wird heutzutage regelmäßig eine Bürgerbeteiligung mit Recht auch bereits weit im Vorfeld förmlicher Planungsverfahren eingefordert. Eine solche Beteiligung eröffnet umfassende Chancen für die Projektgestaltung und deren Akzeptanz. Bei konstruktivem Verlauf profitieren alle beteiligten Partner, Bürger und Träger öffentlicher Belange, Politik und Verwaltung sowie der Vorhabenträger. Ein solcher Prozess erfordert aber auch ein gemeinsames Verständnis über Regeln des Umgangs der einzelnen Akteure während der Beteiligung. Diese Regeln sollten vorab vereinbart werden. Deswegen wird die Koalition einen Prozess der Verständigung zu ergebnisoffenen, fairen und förmlichen Bürgerbeteiligungen bei strittigen Projekten initiieren. Dieser Prozess soll in einem Kodex für Bürgerbeteiligung münden, den ein möglichst breites Spektrum an Partnern – Bürger und Träger öffentlicher Belange, Politik und Verwaltung sowie Vorhabenträger – miteinander verbindet; Schmalwasser und andere Projekte lassen grüßen.

Mehr Solidarität mit Bildung und über Bildung! Meine Damen und Herren, das Kind steht im Mittelpunkt. Dies ist ein Kerngedanke unserer bildungspolitischen Überlegungen. Alle Maßnahmen müssen dazu dienen, für die Kinder in Thüringen bestmögliche Bedingungen zu schaffen, damit alle die gleichen Chancen bekommen. Dazu müssen Kitas wie auch Schulen Lern- und auch Lebensort sein, die allen Kindern gemeinsam die Fähigkeit zur Entfaltung ihrer ganzen Potenziale ermöglichen, unabhängig von ihrer sozialen oder ethischen Herkunft. Hier, wie in Schule und Gesellschaft, gilt es, gemeinsam mit Eltern und Fachkräften die Inklusion weiterzuentwickeln.

Wir wollen das Thüringer Landeserziehungsgeld abschaffen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Furchtbar! Furchtbar!)

Erstens, weil mit dem Bundesbetreuungsgeld eine weitergehende Doppelförderung besteht. Zweitens, weil die Gefahr besteht, dass Kinder davon abgehalten werden, an frühkindlicher Bildung teilzunehmen. Dass dies der völlig falsche Weg ist, zeigt die absurde Diskussion über das Deutschsprechen in Migrantenfamilien.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

(Ministerpräsident Ramelow)

Nach Meinung der CSU sollen Kinder lieber zu Hause bleiben,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Was hat denn das damit zu tun? Was hat das denn mit dem Landeserziehungsgeld zu tun?)

um dort ungenügend Deutsch zu lernen. Ich glaube, dass in Kitas Deutsch gesprochen wird.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die frei werdenden Mittel des Landeserziehungsgeldes werden für ein kostenfreies Kita-Jahr genutzt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Was für eine Polemik!)

Außerdem sichern wir die Qualität in der frühkindlichen Bildung und wollen sie auf Dauer verbessern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Was hat das mit dem CDU-Thema zu tun?)

Wir sind uns einig, dass für einen optimalen Lernerfolg die Rahmenbedingungen an den Schulen verbessert werden müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Der aktuelle Chancenspiegel hat uns gezeigt, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, gesunken ist. Dies ist zweifelsohne ein Verdienst unseres jetzigen Koalitionspartners SPD und ich möchte ausdrücklich dem Minister Christoph Matschie an dieser Stelle sehr persönlich für die geleistete Arbeit danken.

(Unruhe CDU)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichwohl sind wir der Meinung, dass wir an dieser Stelle anschließen und weiterarbeiten müssen im Umgang mit Verschiedenartigkeit sowohl im Bereich der Begabung...

Präsident Carius:

Herr Ministerpräsident, ich möchte den Saal bitte noch einmal um Aufmerksamkeit bitten. Wir sind im Thüringer Landtag, wir sind nicht bei Karstadt am Wühltisch.

(Unruhe im Hause)

Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Ramelow, Ministerpräsident:

Lieber Christoph Matschie, unter Ihnen als Minister ist Margot Honecker nicht in die Schulen eingezogen. Ich danke dafür.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Wühltisch bei Karstadt sind wir auch nicht, manche benehmen sich nur so.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen an dem erreichten Punkt weiterarbeiten. Im Umgang mit Verschiedenartigkeit sowohl im Bereich der Begabungen wie von Beeinträchtigungen liegt die größte Herausforderung für unser Schulsystem. Zuallererst muss feststehen: Alle bestehenden Schularten erhalten eine sichere Entwicklungsperspektive. Zu viel Unsicherheit hat in den letzten Jahren das Bildungswesen hier in Thüringen beherrscht. Dem müssen und wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten, Pädagoginnen und Pädagogen, Eltern und selbstverständlich den Schülerinnen und Schülern, entgegentreten. Gemäß unserem Verständnis von guter Bildung stellen wir auch im Schulbereich das Kind in den Mittelpunkt sämtlicher Entscheidungen. Individuelle Förderungen und Herausforderungen, längeres gemeinsames Lernen und damit keine Unterbrechung von persönlichen Bildungsbiografien, das sind die Aspekte, die durch unsere Bildungspolitik abgedeckt werden sollen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher wird die Thüringer Gemeinschaftsschule flächendeckend als Angebot des längeren gemeinsamen Lernens weiter ausgebaut, dort, wo Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer es vor Ort wünschen. Ein Ausbau der Thüringer Gemeinschaftsschulen funktioniert nämlich nur in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: So ist es!)

Es muss zentrales Anliegen einer neuen Landesregierung sein, wirkliche Eigenverantwortlichkeit für unsere Schulen zu schaffen. Wir müssen den Fachkräften vor Ort vertrauen, denn in unseren Schulen liegt die Kompetenz genau dort, nämlich vor Ort.

Mit dem Vorhaben, jährlich 500 neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, sowie mit dem Aufbau einer Vertretungsreserve zu Beginn soll der Unterrichtsausfall an unseren Schulen gesenkt werden. Gleichzeitig stärken wir damit die personellen Voraussetzungen für die individuelle Förderung unserer Schülerinnen und Schüler. Es soll ein Investitionsprogramm für Schulen und Schulsportstätten initiiert werden, das die bisherigen finanziellen Möglichkeiten deutlich erweitert. Pro Jahr wollen wir 30 Millionen Euro zusätzlich zu bestehenden Pro-

(Ministerpräsident Ramelow)

grammen in Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen fließen lassen. Dabei werden die Fördermaßnahmen an langfristige Perspektiven des Standorts gebunden. Wir werden das Thüringer Schulgesetz und das Förderschulgesetz zu einem inklusiven Schulgesetz weiterentwickeln.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das ist falsch!)

Darüber hinaus werden wir die Thüringer Grundschulen weiter zu Ganztagschulen entwickeln. Im Schulgesetz werden wir die Aufgabenbeschreibung, die Qualitätsanforderungen und die Ausgestaltung erfassen. Weitere differenzierte Formen ganztägiger Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangebote wollen wir im Rahmen der Stärkung der kommunalen Bildungslandschaft fördern. Besonderen Wert legen wir auf eine „Qualitätsoffensive Inklusion“, bei der wir die Entwicklung in den letzten Jahren mittels abgestimmter Qualitätsstandards für eine Schule für alle definieren und umsetzen. Hierzu werden wir auch die Ausbildungskapazitäten in Thüringen im Bereich Lehramt Förderschulen und Sonderpädagogische Fachkräfte ausbauen.

Zur besseren Integration sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler werden wir das Programm Schulsozialarbeit als Landesprogramm weiterentwickeln. Wir werden durch die Förderung von Schülern nicht deutscher Herkunftssprache die soziale Integration verbessern. Die Sprachangebote werden deshalb den Ausgangsbedingungen der betreffenden Kinder und Jugendlichen angepasst und weiter ausgebaut. Insbesondere Kindern und Jugendlichen mit Flüchtlingshintergrund werden wir sofort mit Ankunft in Thüringen Sprachangebote unterbreiten. Damit beginnen wir schon in den Kindergärten.

(Beifall DIE LINKE)

Weil Schule keinen Platz für Rechtsextremismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bieten darf, werden wir Projekte an Schulen gegen rechtsextreme und menschenverachtende Einstellungen auch weiterhin fördern und zukünftig stärken.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden Internationalisierung, Demokratiebeteiligung und Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Schulen stärken und menschenrechtsorientierte und demokratiefördernde Angebote unterstützen.

Freie Schulen: Freie Schulen sind ein wichtiger Bestandteil der Thüringer Schullandschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von dort kommen wichtige Impulse der Weiterentwicklung pädagogischer Konzepte und zur Schul-

entwicklung. Wir werden die freien Schulen auch deswegen besser ausstatten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukünftig soll eine sichere Entwicklungsperspektive auch für freie Schulen realisiert werden und gleiche Chancen von Schülerinnen und Schülern in freier und staatlicher Trägerschaft sollen stärker Beachtung finden. Dafür wollen wir im ersten Jahr mindestens 10 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen und wir werden die Schulträger in den Gesetzgebungsprozess von Anfang an einbeziehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kultur und Aufarbeitung: Für die neue Landesregierung ist Kultur Chefsache. Die Kulturpolitik ist ein besonderer Schwerpunkt meiner Regierungsarbeit. Aus diesem Grund haben wir sie in die Staatskanzlei verortet. Sie ist ein Kernstück der gemeinsamen Regierungsarbeit der drei Fraktionen. Der Chef der Staatskanzlei, Herr Minister Prof. Hoff von der Linken, und die Staatssekretärin für Kultur und Europa, Frau Dr. Winter von der SPD, werden gemeinsam für die Gestaltung einer lebendigen Kulturszene sorgen. An dem Beispiel wird deutlich, dass die Staatskanzlei nicht nach Parteibuch verortet wird, sondern ein offenes Haus ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Sicherung der finanziellen Rahmenbedingungen für Kultur gilt mein besonderes Augenmerk. Eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen als wichtigsten Partner der Kulturförderung neben dem Land ist unabdingbar. Der Kulturlastenausgleich soll, ja, er muss evaluiert und fortgesetzt und in mindestens gleicher Höhe wie 2014 ausgestattet werden.

(Beifall DIE LINKE)

Den Kommunen will ich zudem durch eine verbesserte Finanzausstattung helfen, nicht nur ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, sondern auch ihre eigentliche Königsaufgabe, die man dann immer umschreibt als sogenannte freiwillige Leistung, das ist Kultur, diese Pflichtaufgabe als Königsaufgabe zu erfüllen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wie denn? Als Königstiger? Sagen Sie doch einmal, wie, in der Regierungserklärung! Ein konkretes Beispiel, wie!)

(Unruhe DIE LINKE)

Die Kulturförderung soll auf verlässliche Beine gestellt werden und wir werden unter aktiver Beteiligung der kulturellen Akteure im kommenden Jahr ein Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung im Freistaat auf den Weg bringen.

(Ministerpräsident Ramelow)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Koalition strebt den Erhalt aller Thüringer Theater und Orchester in ihrer bestehenden Form, Struktur und Bandbreite an. Die Koalition wird gemeinsam mit den kommunalen Trägern für mehr Planungssicherheit und nachhaltige Qualitätssicherung bei Theatern und Orchestern langfristige Finanzierungsvereinbarungen abschließen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wo kommt denn das Geld her?)

Wenn Sie Streichungsvorschläge haben, dann haben Sie doch den Mut und sagen Sie doch mal, wo Sie die Kultur zerstören wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Haben Sie doch den Mut!)

Qualitätssicherung bei Theatern: Die Landesregierung begreift die Vorbereitung des Reformationsjubiläums „Luther 2017“ auch weiterhin als eine bedeutende Querschnittsaufgabe und einen wichtigen Bestandteil der Kulturlandschaft Thüringen. Der konzeptionelle Leitgedanke „Thüringen als Lutherland entdecken und entwickeln“ verbindet den Blick zurück mit dem Blick nach vorn. Die neue Landesregierung sieht in der Vorbereitung des Reformationsjubiläums eine einzigartige Chance spannender und anregender Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren aus Kirchen, Religion, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Gemeinsam kann es gelingen, die vielfältigen Impulse der Reformation aufzugreifen, um reformatorische Tradition und reformfreudige Avantgarde heute zur Wirkung kommen zu lassen, ohne Heldenverehrung, ohne kulturpolitischen oder konfessionellen Triumphalismus, ohne die Kritik an Martin Luther oder an einzelnen Folgewirkungen der Reformation zu verschweigen und ohne die inhaltlich gebotene Trennung von Staat und Kirche auf dem Weg der Umsetzung dieses Gemeinschaftsprojekts preiszugeben.

In meiner Antrittsrede vor einer Woche habe ich bereits deutlich gemacht, dass die Förderung der Gedenkstättenarbeit und der Erinnerungskultur besondere Schwerpunkte meiner Regierungsarbeit sein werden. Die Förderung der wissenschaftlichen Aufarbeitung und bildungspolitische Projekte sollen mit dazu beitragen, dass alle Generationen, aber auch insbesondere junge Menschen ein Verständnis von und für Demokratie vermittelt und zivilgesellschaftliches Engagement angeregt wird.

Das Thüringer Modell einer dezentralen, zivilgesellschaftlich verfassten Aufarbeitungslandschaft, die im bundesweiten Vergleich Alleinstellungscharakter

beanspruchen kann, wird von uns weiter unterstützt.

Die institutionelle Förderung der Grenz Museen – Teistungen, Schiffersgrund, Mödlareuth – wird fortgesetzt und ihre Zukunftsfähigkeit gesichert. Die Zuschüsse an Vereine und Initiativen als Träger von Einrichtungen der Aufarbeitung werden seit 2012 als institutionelle Förderung gewährt. Dies ist weiterhin zu sichern, um Qualität und Kontinuität für die Gedenkstätte Amthordurchgang Gera, das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte, Künstler für Andere e.V. Jena und die Geschichtswerkstatt Jena zu gewährleisten.

Der Aufbau der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße Erfurt als zentraler Ort der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen ist abgeschlossen. Ihre mehrdimensionale Ausrichtung, die sowohl die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur als auch das Gedenken einschließlich erfahrungsgeschichtliches Forum und der Stärkung des Bewusstseins für Freiheit und Demokratie umfasst, wird seit der Übergabe des Hauses im Dezember 2012 von der Stiftung Ettersberg programmatisch stetig fortentwickelt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Betrieb mit einem vielfältigen, anspruchsvollen Programmangebot in Museumspädagogik und historisch politischer Bildung bedarf der nachhaltigen Unterstützung. Deshalb ist klar: Wer Demokratie leben will, muss Diktatur immer frühzeitig erkennen. Und so wollen wir uns daran orientieren, dass Diktaturerfahrungen der Leitgedanke sind, um Demokratie zu stärken.

Mit der Neubesetzung von Vorstandsvorsitz und Gremien steht die Stiftung vor einer Phase der stärkeren wissenschaftlichen Profilierung, die von einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Hochschulbereich begleitet werden soll. Die periodische Evaluierung von Entwicklungsstand und Perspektiven der Thüringer Aufarbeitungslandschaft wird inhaltlich beraten und begleitet durch den auf Empfehlung der Historiker-Kommission eingerichteten Fachbeirat für die Aufarbeitung. Zu seinen Aufgaben zählt auch die Beratung in Förderangelegenheiten.

Thüringen hat den Bund und benachbarte Bundesländer für den Auf- und Ausbau der Thüringer Gedenkstättenlandschaft als Partner gewonnen. Die herausgehobene, überregionale Bedeutung von Projekten und Einrichtungen der Aufarbeitung in Thüringen wird dadurch unterstrichen.

Als aktuelles gemeinsames Vorhaben wird auf Grundlage der Empfehlung der Historiker-Kommission eine Entwicklungsmaßnahme für das Grenz-museum Schiffersgrund vorbereitet. Ich merke persönlich an, wir werden als Landesregierung das Thema „Aufarbeitung“ zum zentralen Thema ma-

(Ministerpräsident Ramelow)

chen, dass SED-Diktatur immer Gegenstand zur weiteren Erhellung und Erleuchtung und Begleitung sein muss, damit man weiß, dass sich so etwas nicht mehr wiederholen darf.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2015 jährt sich der 70. Jahrestag der Befreiung Buchenwalds, zu dem wir auch hochbetagte Zeitzeugen als Gäste begrüßen werden. Wir unterstützen die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora bei der Neugestaltung der Dauerausstellung, um auch künftig eine Form des Erinnerns und Vermittelns an nachfolgende Generationen zu sichern. Die Erinnerung an die NS-Herrschaft muss eine wichtige Rolle in der schulischen und außerschulischen und der Erwachsenenbildung spielen und dabei Erkenntnisse aktueller Forschungsergebnisse aufgreifen.

Wirtschaft und Wissenschaft: Thüringen ist ein innovativer, moderner und zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort. Grundlage unseres Erfolgs sind unsere wettbewerbsfähige Industrie, der innovative Mittelstand und – ganz stark – das Handwerk.

In der Stärkung von verantwortlichem Unternehmertum, betrieblicher Mitbestimmung und echter Sozialpartnerschaft sehen wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft.

Gute Löhne und in der Folge steigende Kaufkraft, Investitionen in Forschung, Technologie und moderne Infrastrukturen sowie eine bessere Finanzausstattung für Städte und Gemeinden sind ein zentraler Treiber für wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine wirtschafts- und strukturpolitische Strategie für alle Regionen Thüringens. Wir wollen die Herausbildung eines großen, innovativen Mittelstands unterstützen durch die gezielte Förderung von Existenzgründungen, kleinen und mittleren Unternehmen und Handwerksbetrieben, durch eine nachhaltige Außenwirtschaftsstrategie und durch die Fortsetzung und den Ausbau der erfolgreichen Thüringer Standortkampagne.

Mit einer neuen Thüringer Innovationsstrategie wollen wir die Förderinstrumente für Forschung und Technologie auf klare Schwerpunkte und Wachstumsfelder ausrichten. Die finanzielle Förderung für den Auf- und Ausbau von anwendungsnahen Innovationszentren wie beispielsweise das Thüringer Innovationszentrum Mobilität, das Thüringer Zentrum für Maschinenbau oder den GreenTech-Campus Hermsdorf werden wir fortsetzen.

Wir unterstützen die Entwicklung einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft mit Schwerpunkt „Industrie 4.0“.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Intelligente, selbststeuernde Produktionsprozesse und -systeme und eine weitreichende Digitalisierung vieler Lebensbereiche versprechen auch für Thüringen neue Wachstums- und Entwicklungschancen. Durch eine intelligente Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir mit neu entwickelten Produkten, Produktionsverfahren und Geschäftsmodellen die erheblichen Wachstumspotenziale dieser Zukunftsbranchen nutzen. Dabei hat aber auch das Handwerk als eine zentrale Stütze der Thüringer Wirtschaft eine hohe beschäftigungspolitische Bedeutung. Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, beim Ausbau der erneuerbaren Energien und dem altersgerechten, barrierefreien Umbau von Gebäuden liegen in den nächsten Jahren große Wachstumsmöglichkeiten. Deshalb werden wir die duale Ausbildung weiter unterstützen und zusätzliche Möglichkeiten ihrer Förderung suchen, zum Beispiel durch Evaluierung des Meisterbonus. Ein Hauptaugenmerk gilt dabei der Umsetzung der Schlussfolgerungen aus der Potenzialanalyse „Handwerk“.

Die Kreativwirtschaftsbranche soll als Querschnittsbranche weiter gestärkt werden. In der Verbindung mit Handwerk und Industrie kann die Kreativwirtschaft als Katalysator für mehr nachhaltiges Wachstum fungieren.

Sämtliche Instrumente der Wirtschaftsförderung, die teilweise mit Mitteln des Bundes und der Strukturfonds EFRE und ESF finanziert werden, werden vollumfänglich mit Landesmitteln kofinanziert. Das ist unser klares Bekenntnis zu einer weiteren erfolgreichen Unternehmensförderung in Thüringen. Dabei sind zukunftssträchtige Investitions- und Innovationsvorhaben, die Modernisierung von Unternehmen, die Unterstützung von Forschung und Entwicklung sowie das Prinzip „Gute Arbeit“ Maßstab und Schwerpunkt unserer Förderpolitik. Die Unternehmensförderung soll, soweit möglich und zulässig, schrittweise auf revolvierende Fonds – ich sage: endlich – umgestellt werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Darlehensfonds „Thüringen-Dynamik“ und „Thüringen-Kapital“ werden aus dem EFRE verstärkt. Zwei neue Beteiligungskapitalfonds aus dem EFRE werden kofinanziert: „Thüringer Start-up Fonds“, „Thüringer Wachstums- und Beteiligungsfonds“. Um die entstehende Lücke bei den Finanzierungen abzusetzen, werden wir die verstärkte Bürgschaft als Wirtschaftsförderinstrument einsetzen. Instrumente wie Zuschüsse – GRW, Thürin-

(Ministerpräsident Ramelow)

gen-Invest – zinsvergünstigte Darlehen – Thüringen-Dynamik – sowie Beteiligungskapital bleiben vollumfänglich erhalten. Eine wirkungsvolle betriebliche Außenwirtschaftsförderung und gezielte Unterstützungsdienstleistungen bilden auch weiterhin die Grundlage, um das Engagement der Thüringer Unternehmen auf internationalen Märkten nachhaltig zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, unsere Hochschulen leisten in Forschung und Lehre gute Arbeit. Diese würdigen wir durch eine Bestandsgarantie und eine auskömmliche Finanzierung. Während andernorts über die Zusammenlegung von Hochschulen geredet wird, bekennt sich die neue Thüringer Landesregierung zu den Hochschulen im Land. Alle Hochschulen bleiben an ihrem jeweiligen Standort erhalten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle steht Gotha.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Finanzierungszusagen der Hochschulstrategie 2020 sind in einer langfristigen Rahmenvereinbarung gesichert. Dies beinhaltet die Übernahme wissenschaftsbezogener Kostenaufwüchse um zusätzlich 1 Prozent für die qualitative Entwicklung und Prioritätensetzung der Thüringer Hochschulen. Zum Erhalt und zur weiteren Verbesserung der wissenschaftlichen Infrastruktur in Thüringen wird ein Investprogramm „Lehre und Forschung“ aufgelegt. Dafür verwenden wir die entsprechenden Entflechtungsmittel und die vorgesehenen Mittel des Operationellen Programms der EU. Mit dem Maßnahmenpaket „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ wollen wir Prinzipien der Guten Arbeit auch in der Wissenschaft verankern. Gleichzeitig soll in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen ein Modell zur Frauenförderung vereinbart werden.

(Beifall DIE LINKE)

Mit diesem Modell soll insbesondere der Anteil von Frauen in der Professur deutlich erhöht werden. Familienfreundliche Bedingungen an den Hochschulen müssen zu einer Selbstverständlichkeit werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden besser vereinbar sein. Anwendungsorientierte und Grundlagenforschung stehen gleichberechtigt nebeneinander. Die Freiheit der Wissenschaft ist unantastbar. An dem Ziel, die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken und Forschungsergebnisse schnell in vermarktbare Produkte, Verfahren und Dienstleistun-

gen umzusetzen, werden wir mit Hochdruck weiterarbeiten.

Meine Damen und Herren, das Internet durchdringt nahezu alle Lebensbereiche. In der digitalen Revolution liegen Gefahren, wie zum Beispiel die Internetkriminalität, aber auch Chancen: Telemedizin und vieles mehr. Mit der Einrichtung eines Ministeriums für die digitale Gesellschaft setzt die Landesregierung einen wichtigen Impuls,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

damit die Menschen im Freistaat von den positiven Facetten der digitalen Welt nachhaltiger profitieren können. Der Zugang zu digitalen Netzen und deren Inhalten gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Ein solcher Zugang ist von fundamentaler Bedeutung für politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe. Wir sprechen uns gegen jegliche Zensurversuche im und Überwachung des Internets aus. Es gilt der Grundsatz „Löschen statt sperren“.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der „Breitbandstrategie Thüringen 2020“ wollen wir in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen bis 2020 eine flächendeckende, bedarfsgerechte Versorgung mit schnellen Breitbandanschlüssen für alle Haushalte und Unternehmen erreichen. Hierzu sollen auch verstärkt Mittel aus den europäischen Fonds eingesetzt werden. Wir wollen Vereinbarungen mit dem Bund suchen, um dessen Ziel in Bezug auf einen forcierten Breitbandausbau auch in Thüringen zeitnah zu realisieren und so die Ausbaugeschwindigkeit zu erhöhen. Besondere Anstrengungen werden wir dabei auf den Ausbau im ländlichen Raum richten. Für den schnellstmöglichen Glasfaserausbau ist eine Förderung nicht zuletzt aus Bundesmitteln wichtig. Darüber hinaus werden wir Modellprojekte zum „Kommunalen WLAN“ und zum „WLAN im ÖPNV“ etablieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und meine neue Erfahrung ist: WLAN in Ministerien wäre auch hilfreich.

(Beifall und Heiterkeit DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung arbeitet darauf hin, dass immer mehr Behördenangelegenheiten in Zukunft auch online erledigt werden können. Dazu werden wir bestehende Online-Angebote der Verwaltung über ein zentrales Portal zusammenführen und permanent erweitern. Die Landesregierung wird ein Kommunikationssystem zur medienbruchfreien elektronischen Antragstellung für Bürger und Unternehmen bereitstellen. Dieses kann auch dann von den Kommunen genutzt werden.

(Ministerpräsident Ramelow)

Meine Damen und Herren, Gesundheit ist ein hohes Gut, für Junge und Alte, für Menschen mit und ohne Behinderung. Krankheit vorbeugen und die Gesundheit zu fördern, sind zwei Säulen, um Gesundheit zu gewährleisten. Damit dies allen Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel zugutekommt, gehört die gesundheitliche Vorsorge in öffentliche Hände.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu wird die Landesregierung ihren Teil beitragen. Dabei werden wir insbesondere die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und alten Menschen stärker als bisher berücksichtigen. Das Stichwort dafür ist die wohnortnahe Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die medizinische Versorgung gerade auch im ländlichen Raum nachhaltig gesichert wird. Dafür werden wir die Krankenhäuser in ihrem Bestand erhalten und uns für die Einrichtung medizinischer Versorgungszentren einsetzen. Um den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen noch einfacher zu machen, wollen wir innovative Ansätze der telemedizinischen Versorgung ausbauen.

Der Erhalt der Selbstbestimmung im Alter, die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit sowie die Verbesserung der Lebensqualität älterer pflegebedürftiger Menschen ist uns ein wichtiges Anliegen. Das erfordert Anstrengungen im engeren Bereich der Pflege, etwa eine höhere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Dazu gehören zum Beispiel aber auch mehr altersgerechte Wohnungen und eine gute örtliche Infrastruktur; vom Arzt über den Bäcker bis hin zum öffentlichen Personennahverkehr. Weil auch das Ende des Lebens würdevoll sein soll, werden wir die Arbeit von Hospizeinrichtungen und ambulanter Hospizdienste stärken und wollen die ambulante palliativ-medizinische Versorgung ausbauen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in Europa – und Thüringen ist ein Teil dessen – die politische und humanitäre Verantwortung gegenüber den Menschen, die aufgrund von Kriegen, zum Schutz vor Verfolgung, lebensbedrohender Diskriminierung, vor Umweltzerstörung und menschenunwürdigen Lebensbedingungen fliehen und nach Schutz suchen, eine offene Tür zu bieten und ihnen eine sichere Obhut zu gewährleisten. Dass dies kein Lippenbekenntnis ist, sondern sich in konkreten politischen Maßnahmen niederschlägt, zeigt eines unserer ersten in dieser Woche bereits verwirklichten Vorhaben: der Winterabschiebestopp.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben Schleswig-Holstein wird auch Thüringen bis zum 31. März 2015 keine Abschiebungen vornehmen, weil nur so garantiert werden kann, dass die Menschen nicht in die in den Wintermonaten nochmals existenziell bedrohten Lebensumstände zwangsweise zurückgeschoben werden. Wir werden diese Zeit nutzen, um die bisherige Abschiebep Praxis zu überprüfen. Das in keiner Weise zu tolerierende Verhalten des Leiters der Ausländerbehörde in Sömmerda zeigt:

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir rassistischer Einstellung in der Gesellschaft entgegen treten wollen, so wie es der Landtag der 5. Legislaturperiode mit einer gemeinsamen einstimmigen Erklärung aller Fraktionen vereinbart hat, müssen wir auch das Verwaltungshandeln und die Verwaltungspraxis darauf überprüfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vielzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozial- und auch den Ausländerbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte leistet eine gute Arbeit, die von Respekt und Achtung Flüchtlingen gegenüber geprägt ist. Wir aber müssen uns fragen, ob das Land ihnen auch bislang die Voraussetzungen für eine humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen ausreichend geschaffen hat. Unser Ziel ist es, gemeinsam Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Thüringen zu schaffen, die sich an der Menschenwürde und an humanitären Grundsätzen orientieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam heißt, dass wir die Kommunen und die Menschen vor Ort mitnehmen werden, das Gespräch mit ihnen suchen, um zusammen gute oder bessere Lösungen zu finden. Deshalb werden wir einen Flüchtlingsgipfel durchführen und mit den Beteiligten in Landkreisen und kreisfreien Städten ein langfristiges und tragfähiges Konzept für die Flüchtlingsaufnahme entwickeln. Eines steht bereits fest: Unser Leitbild ist die dezentrale Unterbringung,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil sie Voraussetzung dafür ist, dass die Flüchtlinge auch eine Aufnahme in die Gesellschaft finden können. Wir werden daher Regelungen, wie vom Landkreistag und Gemeinde- und Städtebund gefordert, korrigieren, die die Schaffung von zentralen Unterbringungseinrichtungen alleinig fördern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerpräsident Ramelow)

Wir setzen auf ein flächendeckendes und qualitativ gutes Betreuungs- und Beratungsangebot, so, wie wir dafür Sorge tragen, dass Flüchtlinge und Asylbewerber einen unbürokratischen Zugang zu medizinischer Versorgung durch die Einführung einer Gesundheitskarte erhalten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir gestern auch mit der Bundeskanzlerin besprochen und alle Länder waren sich einig, dass die Gesetzesregelungen dazu jetzt auf den Weg gebracht werden und wir davon ein Umsetzungsgesetz für Thüringen dann auch erleichtert bekommen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen Menschen, die aus verschiedenen Gründen zu uns nach Thüringen kommen, willkommen heißen. Es ist uns dabei eine Verpflichtung, ihnen mit Würde und Respekt zu begegnen und ihnen die Hand zu reichen, um sie in diesem neuen, oft für sie schwierigen Lebensabschnitt von Beginn an zu unterstützen. Es ist der Landesregierung ein besonderes Anliegen, dass die im Land lebenden und zuziehenden Menschen mit Migrationshintergrund erfolgreich integriert werden. Das erfordert auch eine Verbesserung des Miteinanders und die Bereitschaft, sich wechselseitig auf Neues einzulassen und offen für Fremdes zu sein.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Willkommenskultur ist nur dann effektiv und vor allem glaubwürdig, wenn die Grundhaltung der Menschen in Bezug auf Zuwanderung eine positive ist. Hierzu ist es erforderlich, dass Menschen, die zu uns kommen, gesellschaftlich akzeptiert und gefördert werden. Wir werden die Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben verbessern und die dafür notwendigen Mittel aufbringen, um sie in die Lage zu versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Ein Schwerpunkt wird hierbei auch die frühkindliche und schulische Bildung sein sowie die damit verbundene Elternarbeit, wobei der frühzeitige Spracherwerb eine besondere Rolle spielt. Auch hier werden wir verstärkt auf eine enge Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern vor Ort wie den kommunalen Ausländerbeauftragten, der Agentur für Arbeit, Kammern, Migrationsorganisationen hinwirken. Wir begreifen Zuwanderung nicht als Last, sondern sehen darin eine Aufgabe und vielfältige Chancen, die sie für die Menschen und Thüringen beinhaltet. Jeder Mensch sollte uns willkommen sein.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in Thüringen gute Lebensverhältnisse für die Mehrzahl der Menschen. Dennoch gibt es unter uns auch arme Menschen. Nicht wenige von ihnen sind Kinder und nicht wenige leben im Alter, trotz jahrzehntelanger Arbeit, ohne ausreichendes Einkommen. Darunter befinden sich besonders viele Frauen. Auch unter denjenigen, die schon lange arbeitslos sind, befinden sich viele Frauen und viele Arme und arme Frauen dadurch. Für diese Menschen setzen wir uns im Bund dafür ein, dass das Kindergeld, die Hartz-IV-Leistungen und die Rente erhöht werden. Wir können und werden hier im Land etwas tun, dass dies den Menschen – zugleich allen anderen – zugutekommt. Das Schlüsselwort lautet: Sozialplanung. Das klingt zwar technokratisch, aber dahinter verbirgt sich ein ungemein basisdemokratisches Anliegen. Fachleute schauen gemeinsam mit den Menschen in den Städten und Gemeinden danach, was in ihrem Lebensumfeld verbessert werden kann, sei es durch spezielle Busse für Senioren, sei es durch Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, sei es durch mobile Sprechstunden von Behörden. Zusammengenommen entsteht aus diesen Maßnahmen ein dichtes Netz von Leistungen, die gerade auch die Bürgerinnen und Bürger mit wenig Einkommen in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Genau das entspricht dem Leitbild dieser Regierung. Wir wollen und werden niemanden zurücklassen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Arbeit bedeutet nicht nur Broterwerb. Arbeit bedeutet auch Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung. Schlechte Arbeit bedeutet wenig Lohn, wenig Teilhabe und wenig Wertschätzung. Darum wollen wir nicht Arbeit um jeden auch noch so niedrigen Preis. Wir wollen gute Arbeit, weil jedem Menschen eine anständige Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und Anerkennung für die erbrachte Leistung zustehen. Thüringen soll Vorbildland für gute Arbeit und eine soziale Arbeitsmarktpolitik werden. Überall dort, wo gute Arbeit und faire Löhne verbreitet sind, haben sich diese als Motor für die Produktivkraftentwicklung erwiesen. Wir wollen aus diesen Inseln guter Arbeit ein ganzes Land der guten Arbeit machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb richte ich jetzt einen ausdrücklichen Gruß an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Autogrill, die heute 16.00 Uhr ihren Streikabschluss gemeinsam feiern. Ich sage: Gut, dass ihr gestreikt habt und – noch besser – dass ihr einen Tarifvertrag erreicht habt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerpräsident Ramelow)

Ich richte einen besonderen Gruß an die Belegschaft von Amazon in Bad Hersfeld, denn immerhin ein Drittel der Belegschaft sind Thüringerinnen und Thüringer. Ich sage solidarische Grüße an die, die dort für einen Tarifvertrag streiken. Mögen sie bald einen Tarifvertrag in ihrem Unternehmen durch das Erreichen, was ihr gutes Recht ist, nämlich Arbeitskampf und Streik und gewerkschaftliche Aktivität.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Ich sage Tarifautonomie!)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tja, zur Tarifautonomie gehört der Arbeitskampf.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Solidarität gehört denen, die streiken, und nicht mehr habe ich ausgedrückt. Ich freue mich, dass die Kollegen um ihr Recht kämpfen, und das gehört zur Demokratie. Auch die Wirtschaftsdemokratie ist ein Teil der Demokratie.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hoffentlich gelingt ihnen ihr Arbeitskampf zu einem guten Ende und ich sage, am Ende brauchen sie einen Tarifvertrag: faire Löhne, geregelt in fairen Tarifverträgen, ausgehandelt von freien Menschen auf gleicher Augenhöhe. Das wäre doch einmal wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte zu stellen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die Tarifbindung von Unternehmen befördern und die betriebliche Mitbestimmung stärken. Das sind die wesentlichen Hebel, um das Lohngefüge anzuheben. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Tarif- und Sozialpartnern gute und gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen entwickeln und den Umfang prekärer Arbeitsverhältnisse insbesondere bei Werkverträgen, Leiharbeit, geringfügiger und befristeter Beschäftigung sowie sachgrundloser Befristung zurückdrängen. Auch die öffentliche Förderung muss diesen Kriterien guter Arbeit genügen. Dies gilt auch für die Vergabe von Aufträgen. Hier werden wir das Thüringer Vergabegesetz mit Blick auf die Anforderungen der Internationalen Arbeitsorganisation – ILO – weiterentwickeln.

Auch die Tarifbindung können und wollen wir stärken, indem wir gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften nach Wegen für eine tarifvertragliche Absicherung guter Arbeit suchen, zum Beispiel in der Sozialwirtschaft. Dort, wo zur Überbrückung großer Auftragschwankungen in

Unternehmen Leiharbeit statthaft ist, sollen die in Leiharbeit Beschäftigten mit den Stammebelegschaften weitestgehend gleichgestellt werden, insbesondere in der Entlohnung. Unternehmen, die gute Arbeitsbedingungen bieten, und Beschäftigte, die gute Arbeitsbedingungen vorfinden, sind leistungsfähig und leistungsbereit.

Angesichts älter werdender Belegschaften und dem Beschäftigungswunsch von immer mehr Frauen wollen wir die Einrichtung altersgerechter und gesunder Arbeitsplätze unterstützen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Dazu wollen wir auch die Sonn- und Feiertagsarbeit auf das erforderliche Minimum beschränken.

Zur Förderung von guter Arbeit werden wir das Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für Thüringen“ fortsetzen. Dabei werden wir die bestehenden Instrumente im Hinblick auf ihre Passgenauigkeit und Effizienz optimieren. Ganz besonders in den Blick nehmen wir dabei die aus dem Generationswechsel in Thüringer Unternehmen resultierenden Anforderungen an qualifizierten Nachwuchs sowie die bessere Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung. Im Sinne der Letztgenannten werden wir zudem die wirtschaftliche Lage von Integrationsbetrieben stabilisieren, die sich als belastbare Brücke in den ersten Arbeitsmarkt erwiesen haben.

Trotz aller arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen in den vergangenen Jahren sind viele Menschen dauerhaft ohne Arbeit. Das ist für die Betroffenen häufig eine schwere Last und auch für eine verantwortl. handelnde Politik ist dies nicht hinnehmbar. Deshalb werden wir Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen mehr Möglichkeiten der Teilhabe am Erwerbsleben erschließen. Wir werden dazu gemeinwohlorientierte Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, die wichtige Aufgaben sozialer Infrastruktur ergänzen und den Menschen eine sinnstiftende und gesellschaftlich anerkannte Betätigung ermöglichen. Diese Beschäftigungsmöglichkeiten werden wir so gestalten, dass sie längerfristig, existenzsichernd und freiwillig sind und insbesondere älteren Langzeitarbeitslosen eine Chance bieten. Zur Finanzierung dieser Aufgaben wollen wir Förderprogramme des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit nutzen. An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei Herrn Weise von der Bundesagentur für Arbeit, dass er uns angeboten hat, mit uns Modellprojekte genau diesbezüglich passgenau zu entwickeln. Ich hoffe, dass es uns gelingt, von Thüringen ein Zeichen für Menschen, die in der Falle der Langzeitarbeitslosigkeit sind, zu setzen und als Modellprojekte auch für andere Bundesländer vorzustellen. Damit wollen wir anfangen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Stärkung der Nachhaltigkeit soll die zentrale Herausforderung und

(Ministerpräsident Ramelow)

Maßstab für alle aktuellen und zukünftigen Vorhaben im Thüringer Verkehrsbereich in der kommenden Legislaturperiode sein. Nachhaltigkeit bezieht sich dabei sowohl auf die Berücksichtigung der ökologischen Herausforderungen als auch der demografischen Entwicklung und schließt sowohl die langfristige Finanzierbarkeit öffentlicher Angebote als auch die wirtschaftliche Erhaltung und Betreibung der Infrastruktur ein. Mit der vollständigen Inbetriebnahme des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 8, der ICE-Neubaustrecke zwischen Ebensfeld und Erfurt im Jahr 2017, erhält Thüringen mit dem Knoten Erfurt Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsnetz des Schienenverkehrs in Deutschland und Europa. Diesen Umstand wollen wir zum Anlass nehmen, Thüringen schrittweise und konsequent zu einem Land der Eisenbahnnutzer weiterzuentwickeln. Heute sind wir dies noch lange nicht. Ein besonderer Effekt bei der Emissionsminderung wird von der Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung erwartet. Der vollständige zweigleisige Ausbau der Strecke zwischen Weimar und Gera und die Schließung der Elektrifizierungslücke zwischen Weimar und Gößnitz werden für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet. Der vorgesehene Ausbau der Strecke ist zudem ein wichtiger Baustein bei der Anbindung des Ostthüringer Raums an den Fernverkehr und das ICE-Kreuz Erfurt. Neben spürbaren Verbesserungen für Bürger und Touristen eröffnet dies auch neue Chancen für die Stärkung mobilitätsaffiner Wirtschaftszweige und damit für die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze - nicht nur in Erfurt, sondern überall in Thüringen. Der öffentliche Personennahverkehr hat eine Schlüsselfunktion bei der Gestaltung eines nachhaltig ausgerichteten Verkehrssystems. Die Landesregierung bekennt sich zu einem attraktiven und verbesserten Verkehrsangebot jenseits des Individualverkehrs. Ziel ist es, sozial ausgewogene Tarife, ein einheitliches Vertriebssystem, gemeinsame Beförderungsbedingungen und ein einheitliches Fahrgastinformationssystem herzustellen. Wir unterstützen die Aktivitäten des Verkehrsverbundes Mittelthüringen zur Umsetzung von regelmäßigen qualitativen Überprüfungen des VMT-Rahmenplans und zur Ausweitung des Verbundsystems ausdrücklich und streben gemeinsam mit allen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen einen thüringenweiten Verbund mit einheitlichen Tarifen an.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein attraktiver ÖPNV ist nicht zuletzt die Basis für eine stärkere Nutzung und damit auch für die Sicherung von nachhaltig finanzierbaren öffentlichen Verkehrsangeboten. Die stark gegliederte, kleinteilige Siedlungsstruktur Thüringens stellt den ÖPNV vor besondere Herausforderungen für ein bedarfs-

gerechtes öffentliches Nahverkehrsangebot, insbesondere in ländlichen Gebieten. Dringend notwendige Neubauprojekte sollen sich auf erforderliche Ortsumgehungen und verbesserte Anbindungen einzelner Regionen, zum Beispiel Saalfeld/Rudolstadt und Altenburg, beschränken. Mit einer noch stärkeren Berücksichtigung des Radverkehrs bei Straßenumbaumaßnahmen wird nicht zuletzt auch die Kombination verschiedener Verkehrsträger als Mittel für eine nachhaltige und bedarfsgerechte Absicherung von Mobilität unterstützt.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Mühlhausen, Kallmerode?!)

Mühlhausen, Großengottern muss dringend ans Netz. Die Voraussetzungen sind geschaffen und es sollte endlich das Geld des Bundes freigegeben werden, damit es losgeht.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, der Ökoanbau und die konventionelle Landwirtschaft tragen beide zur Wertschöpfung sowie zum Erhalt der Arbeitsplätze im ländlichen Raum bei. Die neue Landesregierung will in den kommenden Jahren dem Ökolandbau einen höheren Stellenwert als bisher einräumen. Gegenwärtig werden etwa 35.600 Hektar nach den Grundsätzen des Ökolandbaus in Thüringen bewirtschaftet. Das entspricht etwa 4,6 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche. Wir bekennen uns zu dem Ziel, bis 2020 mindestens 10 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Thüringen ökologisch bewirtschaften zu können. Das ist eine Zielprojektion.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir den Ökolandbau speziell, verlässlich und dauerhaft fördern und einen Ökoaktionsplan erarbeiten, um regionale Vertriebs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu stärken. Diese besondere Unterstützung des ökologischen Landbaus bedeutet jedoch nicht, dass wir unsere Verantwortung gegenüber der konventionellen Landwirtschaft vernachlässigen werden, denn wir sind uns durchaus bewusst, dass der weit überwiegende Teil der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung in diesem Bereich verankert ist. Jedoch wollen wir insbesondere regionalen Kreisläufen einen höheren Stellenwert einräumen, um Wertschöpfungsketten und die Diversifizierung der betrieblichen Einkommen zu verbessern.

(Beifall DIE LINKE)

Das muss einhergehen mit einem höheren Beitrag für den konventionellen Landbau zu Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Entsprechend wird die KULAP-Förderung so umgestellt, dass vorrangig Leistungen, die einen Mehrwert für die biologische Viel-

(Ministerpräsident Ramelow)

falt, für die Umwelt und den Tierschutz haben, gefördert werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Regierung wird sich gegen jegliche Benachteiligung Thüringer Landwirtschaftsbetriebe bei der Ausgestaltung der Förderpolitik von Bund und Europäischer Union einsetzen. Darüber hinaus werden wir geeignete Maßnahmen ergreifen, um dem seit vielen Jahren vom landwirtschaftlichen Berufsstand geforderten stärkeren Engagement gegen den Flächenfraß zulasten der Landwirtschaft einen neuen Schub zu verleihen. Wir sagen: Null-Versiegelungsstrategie.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energie- und Klimaschutzstrategie: Die Umsetzung der Energiewende und die Stärkung des Klimaschutzes gehören zu den Leitprojekten der Koalition. Wir wissen, dass Thüringen den weltweiten Klimawandel nicht aufhalten kann. Wir wissen aber auch und sind davon überzeugt, dass wir in Thüringen einen Beitrag leisten können und müssen, um die CO₂-Emission zu senken. Für die Minderung von Treibhausgasemissionen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel stellen notwendigerweise sich ergänzende Strategien dar, um den Fortgang des Klimawandels zu minimieren und die Folgen abzumildern. Und hier will Thüringen seinen Beitrag leisten. Als wichtigen Schritt werden wir ein Klimaschutzgesetz für Thüringen auf den Weg bringen. Damit sollen Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen formuliert werden. Die Belange des Klimaschutzes und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels sollen konkretisiert und notwendige Umsetzungsinstrumente geschaffen werden. Die im Klimaschutzgesetz verankerten Energie- und Klimaschutzstrategien werden neben den Maßnahmen zur Energieeinsparung und zum Ausbau der Energieeffizienz vor allem die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien erhalten. Unser Ziel ist es, den Anteil erneuerbarer Energien am Energieendverbrauch bis 2020 auf 35 Prozent zu erhöhen. Weiterhin soll bis 2040 ein Energieeigenbedarf von 100 Prozent regenerativer Energie aus Thüringen und für Thüringen gedeckt werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Freistaat ist über 80 Prozent ländlich geprägt. Die Umsetzung der Maßnahmen im Klimaschutz und die Anpassung müssen die Anforderung des ländlichen Raumes deshalb besonders berücksichtigen. In den größeren Städten sind bereits verschiedene Maßnahmen wie beispielsweise Quartier- und Wärmekonzepte oder der Ausbau des ÖPNV vorangeschritten. Dem dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien wird hierbei ein beson-

derer Stellenwert beigemessen. Mit der Thüringer Wirtschaft gerade bei großen Unternehmen streben wir freiwillige Klimaschutzvereinbarungen an. Bei alledem ist es mir besonders wichtig, dass die öffentliche Hand mit einer Vorbildfunktion vorgeht und die Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung dieses großen Projekts mit einbezieht. Unser Ziel ist es, eine CO₂-neutrale Landesverwaltung zu erreichen.

Ein Schwerpunkt im Umweltbereich wird in der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der EU-Hochwassermanagementrichtlinie liegen. Beim Schutz unserer Gewässer und beim Hochwasserschutz besteht großer Handlungsbedarf. So müssen für einen effektiven Hochwasserschutz in Thüringen stärker als bisher Wasserkreisläufe wiederhergestellt und natürliche Überflutungsräume zurückgewonnen werden. Neben dem besseren Schutz unserer Auen und Gewässer sowie des Grundwassers brauchen wir endlich wirksame Instrumente, um den Flächenverbrauch zu stoppen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sanierung der Altlasten im Bereich des ehemaligen Teerverarbeitungswerks in Rositz ist noch lange nicht abgeschlossen und wurde jetzt von Frau Siegesmund auch zur Chefsache erklärt.

(Unruhe CDU)

Mit dem Bund ist zu klären, wie dieser sich aus der rausgeschlichenen Verantwortung wieder einbringt. Sie können uns damit nicht alleinlassen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Anstieg von verseuchtem Grundwasser stellt ein gravierendes Problem für die dort lebenden Menschen und die Umwelt dar. Eine solche Last darf nicht alleine auf den zuständigen Landkreis abgewälzt werden. Die weitere Sanierung der Kalialtlasten muss mit dem Bund ebenfalls neu geregelt werden. Diese Verantwortung kann der Freistaat nicht alleine stemmen und ich sage: Er ist dafür eigentlich auch gar nicht zuständig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der vorliegenden Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt hat der Freistaat Thüringen 2011 neue Wege aufgezeigt, um dem Schwund von Arten und Lebensräumen entgegenzuwirken. Der Handlungsrahmen schließt neben bewährten Instrumenten des Naturschutzes auch die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt zum Beispiel in der Land- und Forstwirtschaft mit ein. Der Wald ist aber immer ein guter Lehrmeister, wenn es gilt, Ökologie und Ökonomie miteinander zu verbinden.

(Ministerpräsident Ramelow)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geht es nach der Strategie, so wird – ich zitiere – im Jahr 2020 „die Mehrzahl der Wälder in Thüringen naturnah bewirtschaftet. Im Zuge des Waldumbaus hat die Arten- und Strukturvielfalt der Wälder zugenommen. [...] Elemente natürlicher Alterungs- und Absterbeprozesse, d.h. Alt- und Totholz, weisen einen verbesserten Vernetzungsgrad auf. Großräumige, unzerschnittene Waldgebiete sind erhalten geblieben.“ Das aus der Nationalen Biodiversitätsstrategie des Bundes abgeleitete Ziel der Nutzungsaufgabe auf 5 Prozent der Waldfläche entspricht auf Thüringen bezogen 25.000 Hektar. Im Koalitionsvertrag haben wir diese Aussagen der Biodiversitätsstrategie aufgegriffen und wollen am Ziel, 25.000 Hektar dauerhaft aus der Nutzung zu nehmen, festhalten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Umsetzung werden wir aber neue Akzente setzen. So sollen die zukünftigen nutzungsfreien Gebiete großflächig sein. Einzelbäume oder weit zerstreute Kleinflächen sollen dagegen nicht länger auf dieses Ziel angerechnet werden. Naturschutz- und Forstverwaltung werden diese Bereiche einvernehmlich herausarbeiten, und dies unter Beteiligung aller wichtigen Akteure. Zudem wird in dieser Legislaturperiode die Landesregierung ein umfassendes Konzept erstellen, wie Lebensräume und Populationen von Tieren und Pflanzen in Thüringen durch ein landesweites Biotopverbundsystem vernetzt werden können.

Wir gestalten die Bewirtschaftung des Waldes in einem ausgewogenen Verhältnis der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen und sichern die hieraus bereits entstandenen Arbeitsplätze insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen sowie die Versorgung der heimischen Industrie mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz ab.

Zur Umsetzung unserer Vorstellungen werden wir die Naturschutzverwaltung deutlich stärken, die Nationalen Naturlandschaften weiter fördern und ausbauen sowie die Stiftung Naturschutz strukturell so stellen, dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Wir werden in dieser Legislaturperiode mindestens zehn biologische Stationen errichten, um den Naturschutz in der Fläche – insbesondere in den Natura-2000-Gebieten – zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden werden wir auf ein neues Niveau stellen.

Die Entwicklung unserer ländlichen Räume und Dörfer ist für den Freistaat Thüringen zukunftsprägend. Wir wollen die Dorfkerne stärken und die Dorffinnenentwicklung gezielt fördern. Über das LEADER-Programm wollen wir die Bürgerinnen und Bürger intensiv in die Entwicklungsvorhaben einbe-

ziehen und das Potenzial der Menschen vor Ort für kreative und innovative Lösungen viel stärker als bisher nutzen.

Klimaschutz, Hochwasservorsorge, eine neue Energiepolitik, Flächensparen und ein ökologischer Waldumbau finden in der Fläche statt. Der Konsens mit Eigentümern und Flächennutzern erfordert eine begleitete Diskussion.

Dorfentwicklung, LEADER und Bodenordnung sind deshalb zentrale Elemente einer integrierten ländlichen Entwicklung. Mit den Landkommunen wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, damit sie diese Förderprogramme für ihre Entwicklung besser in Anspruch nehmen können und es eben nicht – wie vielfach in der Vergangenheit geschehen – an den notwendigen Eigenmitteln schon scheitert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regierungsbildung in Thüringen fällt zeitlich mit dem Beginn einer neuen Legislatur in Brüssel zusammen. Seitens der Juncker-Kommission sind zahlreiche neue Initiativen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion zu erwarten. Auch die Landesregierung wird sich in den kommenden Wochen und Monaten damit auseinandersetzen und die europäischen Ziele für Thüringen neu definieren.

In allen Politikfeldern wird Europa immer wichtiger. Dem gegenüber steht ein leider nicht zu vernachlässigendes Desinteresse bei vielen Menschen, was sich auch bei der letzten Europawahl in der niedrigen Wahlbeteiligung zeigte. Dem will diese Regierung mit mehr Informationen und Bildungsangeboten aktiv entgegenwirken. Zu den politischen Gremien der EU müssen intensivere Kontakte aufgebaut werden, um frühzeitig auch im Rechtsetzungsprozess Thüringer Interessen einzubringen. Von zentraler Bedeutung ist für uns die Frage, wie Thüringen seine Attraktivität als lebenswertes, weltoffenes Land und als Wirtschaftsstandort in der Mitte Europas weiter erhöhen kann.

Europa ist ein Gewinn – nicht nur, aber auch wegen der Fachkräfte, die wir brauchen, und für die heimische Wirtschaft als Binnenmarkt. Europa ist ein Gewinn an Vielfalt, an Lebendigkeit. Zur europäischen Zukunft Thüringens gehört auch ein klares Bekenntnis zu den in der EU-Grundrechtecharta niedergelegten gemeinsamen europäischen Werten. Auf diesem Grundverständnis wird die europapolitische Strategie der Landesregierung aufbauen. Wir sagen Ja zu Europa.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich betone ganz klar: Wir brauchen keine Alternative gegen Europa. Allen antieuropäischen Kräften

(Ministerpräsident Ramelow)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wird sich diese Regierung entschieden entgegenstellen. Das Schüren von Ängsten wird nicht zugelassen. Es hilft den Menschen hier im Freistaat nicht und führt in jeder Hinsicht, gesellschaftlich und wirtschaftlich, zum Rückschritt.

Ich wiederhole meine Worte vom Anfang: Wir wollen ein Thüringen, das weltoffen und attraktiv für alle Menschen ist. Wir wollen Thüringen, das Land in der Mitte Deutschlands und in der Mitte Europas, als ein offenes Land. Es ist bereits das grüne Herz und es soll das bunte Herz Deutschlands werden. Das möchte ich, das möchte diese Regierung weiter leben und entwickeln, hin zu einem wirklich weltoffenen Freistaat Thüringen in der Mitte Europas. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich frage: Wer wünscht Aussprache zur Regierungserklärung? Die CDU-Fraktion. Vielen Dank. Dann beginnen wir mit der Aussprache. Ich rufe auf den Abgeordneten Mohring.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind mitten in der Adventszeit, eine stille Zeit, besinnliche Zeit.

(Beifall SPD)

Alle sind in freudiger Erwartung auf das zweite Kommen des Heilands.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Nicht alle!)

Was passiert mitten in dieser Adventszeit? Wer kommt plötzlich herein? Sie!

(Heiterkeit im Hause)

Rot-Rot-Grün in Thüringen als der zweite Sündenfall in der Politik.

(Heiterkeit im Hause)

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Das stimmt ja nicht, Herr Mohring!)

Ich will ganz klar sagen: Wenn ich der Regierungserklärung zugehört habe und zur Quintessenz komme, muss ich feststellen: Ich hoffe, dass der Zeitraum vom zweiten Sündenfall bis zur Erlösung nicht wie beim ersten 4.000 Jahre, sondern maximal fünf Jahre dauert. Das hoffe ich für dieses Land.

(Beifall CDU, AfD)

Mit Rot-Rot-Grün hat sich eine Koalition der Verlierer zusammengefunden.

(Beifall CDU, AfD)

Der erste Ministerpräsident in diesem Freistaat Thüringen, der keinen Wahlkreis gewonnen hat, weil Marion Walsmann ihn in seinem Wahlkreis besiegt hat.

(Unruhe SPD)

(Beifall CDU, AfD)

Die erste Landesregierung, in der kein Minister sitzt, der zu Hause direkt von seinen Bürgern im Wahlkreis gewählt wurde.

(Unruhe DIE LINKE, SPD)

(Beifall CDU, AfD)

Bodo Ramelow hat kandidiert im Wahlkreis und verloren. Frau Klaubert hat kandidiert im Wahlkreis und verloren. Frau Taubert hat kandidiert im Wahlkreis und verloren. Herr Poppenhäger hat kandidiert im Wahlkreis und verloren. Frau Siegesmund hat kandidiert im Wahlkreis und verloren. Herr Lauinger hat kandidiert und verloren. Frau Werner hat in Sachsen kandidiert und verloren. Herr Tiefensee hat 2013 zur Bundestagswahl kandidiert und verloren und Frau Keller und Herr Hoff sind gar nicht erst angetreten. Eine Koalition der Verlierer

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Direkt gewählte Landrätin zählt nicht?)

und eine Koalition, die sich selbst überhöht.

Wenn Bodo Ramelow am Tag der Vereidigung ins Amt in die Kameras spricht und sagt, mit seiner Wahl als Ministerpräsident sei das Ende der DDR besiegelt, dann will ich ganz deutlich sagen: Eine größere Missachtung vor den freiheitsliebenden und demokratieliebenden Menschen, die im Herbst 89 auf die Straße gegangen sind und eine ganze Diktatur beseitigt haben und damit das Ende der DDR besiegelt haben – das ist eine Verhöhnung dieser Menschen, die auf die Straße gegangen sind.

(Beifall CDU, AfD)

Die DDR, das Ende von dieser Republik wurde besiegelt im Herbst 89 und nicht durch Ihre Wahl als Ministerpräsident.

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass das zusammenpasst, das sagt die Wortmeldung von Gregor Gysi, der ja zu Gast letzte Woche

(Abg. Mohring)

in Erfurt war. Der hat wortwörtlich gesagt: „Wer hätte gedacht, dass wir hier nach 25 Jahren wieder stehen können.“ Und was meint er mit dem „wir“? Er meint natürlich mit dem „wir“ als der letzte und erste SED- und Linke- und PDS-Vorsitzende, er meint natürlich diese alte Partei, die aus dem Staatsapparat getrieben wurde im Herbst 89. Und wenn er sagt: „Wer hätte gedacht, dass wir hier nach 25 Jahren wieder stehen ...“, meint er genau das, die Rückkehr derer, die im Herbst 89 aus den Ämtern verjagt wurden.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sind Tausende vor diesem Landtag mehrmals auf die Straßen gegangen, weil sie nicht wollten, dass die Schikanierer von gestern morgen wieder Verantwortung in diesem Land übernehmen.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo waren die?)

Wissen Sie, ich war im Neuen Forum und habe selbst Montagsdemos organisiert. Mir muss keiner was sagen, „wo wart ihr?“.

(Unruhe DIE LINKE)

Euch auch nicht bei Bündnis 90/Die Grünen, euch muss auch keiner was sagen, das ist vollkommen richtig. Aber auch in unseren Reihen gibt es viele, die im Herbst 89 dabei waren, und ich zähle mich ausdrücklich dazu.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Können Sie gern machen!)

Aber eins will ich Ihnen von Bündnis 90/Die Grünen gerne zurufen: Einer unserer Sprüche auf den Transparenten im Herbst 89 war folgender: „Stasi in die Produktion“. Und niemand wollte vor 25 Jahren jemals rufen: Stasi in die Koalition. Genau das wollten die friedliebenden Bürger des Herbstes 89 nicht.

(Beifall CDU, AfD)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich selbst rechtfertigen – das müssen wir nicht tun –, dass Ihre Regierungskoalition mit einer Stimme Mehrheit auch von denen getragen wird, die noch im Herbst 89 Menschen ausspioniert und Menschen geschädigt haben.

(Unruhe DIE LINKE)

Und wenn sich diese Regierung auf diese Stimmen konzentrieren und verlassen muss, dann ist es mit der Aufarbeitung in den Reihen der Linksfraktion noch nicht sehr weit vorangekommen.

(Beifall CDU, AfD)

Ich will ausdrücklich sagen, die Entschuldigung von Bodo Ramelow letzte Woche in seiner ersten Erklärung vor dem Landtag nehmen wir mit Respekt zur Kenntnis, weil sie ein erstes Zeichen ist. Aber es bleibt dabei, den Worten müssen Taten folgen. Daran werden wir Sie ausdrücklich messen und daran werden Sie auch die SED-Opfer messen müssen.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen ausdrücklich sagen, Ihr Koalitionspapier bleibt hinter diesen Ankündigungen weit zurück. Es ist Ihr Verdienst von Bündnis 90/Die Grünen, dass es überhaupt am Beginn der Koalitionsgespräche dazu auch eine Debatte gegeben hat, aber die Relativierungsversuche von Gregor Gysi bis hin auch zu Bodo Ramelow im Vorfeld der Debatte, die sprechen Ihre besondere Sprache. Denn auf eines haben Sie nicht geachtet und deswegen ist Ihre Präambel im Koalitionsvertrag auch dünn und das Papier eigentlich nicht wert – Sie haben auf eines nicht geachtet: Sie haben nicht eingefordert von der Linkspartei, dass sie sich selbst bekennt zu ihrer Verantwortung im SED-Unrechtsstaat, dass sie ihrer Verantwortung nachkommt zum Mauerbau, ihrer Verantwortung nachkommt zu Mauertoten, ihrer Verantwortung nachkommt zu Unfreiheit, ihrer Verantwortung nachkommt zu Zwangsaussiedlung und Zwangsadoption. Das Unrecht, das gewesen ist durch diesen SED-Unrechtsstaat und durch das Schild und Schwert der SED, die Staatssicherheit,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Diese ist benannt!)

diese Verantwortung haben Sie nicht eingefordert, und weil Sie diese Verantwortung nicht eingefordert haben, steht Ihre Unrechtsstaatserklärung auf tönernen Füßen und Sie müssen mehr beweisen als das, was Sie in der Präambel eingefordert haben.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir sagen Ihnen ausdrücklich zu, dass wir als die größte Oppositionsfraktion in diesem Landtag fair, konstruktiv, aber hart im Wort uns mit Ihnen auseinandersetzen wollen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Jetzt passt irgendwas nicht zusammen!)

Und deshalb ist es wichtig, dass wir uns am Beginn dieser Wahlperiode einig sind, und wir beide haben das auch am Beginn der Wahlperiode erklärt, dass über allem ein demokratischer Grundkonsens stehen muss, nämlich der, dass Gewalt und Angst keine Mittel der Politik sind.

(Beifall CDU, AfD)

Keine Mittel der Politik sind auch Sachbeschädigungen an Abgeordnetenbüros, keine Mittel von Politik sind Morddrohungen,

(Abg. Mohring)

(Beifall CDU, AfD)

keine Mittel von Politik sind Beschädigungen der Würde der Abgeordneten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das Recht zur Teilnahme an Politik und wir müssen gemeinsam darauf achten, dass die Würde unserer Arbeit auch beachtet bleibt und dass wir fair miteinander umgehen, hart in der Sache, hart im Wort, hier im Parlament und vor dem Parlament, aber ohne Gewalt und ohne Sachbeschädigung, sondern in friedlichem Miteinander, so wie es sich für eine ordentliche, friedliebende und freiheitliche und demokratische Gesellschaft gehört. Das sichern wir Ihnen zu. Das müssen wir alle, die wir hier in diesem Haus versammelt sind, auch gemeinsam Tag für Tag in dieser Wahlperiode und darüber hinaus einfordern.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Ramelow hat zu Beginn seiner Rede gesagt: Wir werden Gutes fortsetzen, aber wir sind auch überzeugt, dass ein einfaches „Weiter so!“ uns nicht weiterhilft. – Jetzt haben wir dieser Regierungserklärung gelauscht und haben gehört vom Prüfen, vom Entwickeln, vom Aufrechterhalten, vom Ausbauen, vom Bestanderhalten, alles bleibt, wie es ist, jeder bekommt auskömmlich Geld. Wenn das nicht ein „Weiter so!“ ist, dann weiß ich auch nicht wirklich weiter. Ihre Regierungserklärung ist Copy-and-paste.

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall CDU)

Ihre Regierungserklärung ist: Kopieren und Einfügen. Sie bauen auf dem auf, was in früheren Regierungserklärungen schon stand, kopiert aus Politik und Bilanz der bisherigen Regierung.

(Unruhe DIE LINKE)

Das ist gut für Thüringen, aber mit der angekündigten großen Aufbruchgetösemanie hat diese Regierungserklärung bei Weitem nichts zu tun.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Beifall CDU)

Und ich kann auch verstehen, warum unterm Strich unter dieser Regierungserklärung nur ein „Weiter so!“ steht:

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Da haben Sie jetzt aber ein Dilemma!)

Weil die Arbeit der letzten Regierung von SPD und CDU unter Führung von Christine Lieberknecht sich wahrlich sehen lassen kann. Die Arbeit der letzten fünf Jahre war eine hervorragende Bilanz. Thüringen ist gut vorangekommen und Thüringen steht

auf gutem Fundament an der Spitze der neuen Bundesländer.

(Beifall CDU)

Danke, stellvertretend für das Kabinett, Christine Lieberknecht für ihre Arbeit, fünf Jahre als Ministerpräsidentin in diesem Land.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das haben Sie innerparteilich ja wunderbar umgesetzt!)

Sie bauen mit der Arbeit dieser neuen Regierungskoalition auf 24 Jahre erfolgreiche Arbeit auf.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Ja, was denn nun?)

Sie bauen auf 24 Jahre erfolgreiche Arbeit auf, deswegen steht Thüringen vorn. Deswegen steht Thüringen vorn, wo es um Bildung geht. Deswegen steht Thüringen vorn, wenn es um niedrige Arbeitslosenquoten geht. Deswegen steht Thüringen vorn, wenn es um Beschäftigungsdichte geht.

(Unruhe DIE LINKE)

Deswegen steht Thüringen vorn, wenn es um die Frage von niedriger Jugendarbeitslosigkeit geht.

(Unruhe DIE LINKE)

Deswegen steht Thüringen vorn, wo es um hohe Investitionsquoten unter den deutschen Ländern geht. Und deswegen steht Thüringen vorn, wenn es darum geht, ein Bundesland zu suchen, das 2007 ohne Neuverschuldung ausgekommen ist. Thüringen steht auf gutem Fundament und jetzt kommt es darauf an, die richtigen Weichenstellungen zu machen. Wir werden sehr darauf achten, dass Sie die richtigen Weichenstellungen machen und dass Sie den Rückwärtsgang nicht einlegen. Dieses Land hat mehr verdient als Rückwärtsgang. Dieses Land hat gute Zukunft verdient.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, das, was am Ende als Aufbruch der Ankündigung übrig bleibt, sind Vorhaben, die das Land im Bund isolieren, Bewährtes in diesem Land gefährden oder finanziell überfordern werden. Besonders hart wird der Abstand zwischen politischer Rhetorik und der Haushaltsrealität wohl vor allen Dingen die Thüringer Kommunen treffen. Nirgendwo finden sich in der Regierungserklärung mehr konditionierte Sätze als die zu den Kommunalfinzen. Klare Zusagen für bessere Finanzausstattung der Kommunen sehen wahrlich anders aus. Die Kommunen können auf alles hoffen, nur nicht auf die Erfüllung Ihrer Zusagen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Aber haben Sie mal überlegt, warum die Kommunen hoffen müssen?)

(Abg. Mohring)

Wer in seiner Regierungserklärung davon spricht, dass er den Kommunen dann mehr Geld geben will, wenn Haushaltsüberschüsse das ermöglichen – so steht es auch in Ihrem Koalitionsvertrag –, dann kann das nur jemand formulieren, dem der Blick für die Realität und für die Konjunkturentwicklung in dieser Bundesrepublik abhandengekommen ist. Wer auf die Entwicklung in diesem Land schaut, wer auf die Steuerprognosen schaut, wer auf die Kasse schaut, der weiß, vieles wird passieren in diesem Jahr 2015, nur nicht, dass der Fiskus mit weiteren Überschüssen rechnen kann. Und wenn der Fiskus nicht mit Überschüssen aus Steuermehreinnahmen rechnen kann, dann werden die Kommunen am Ende auf trockenen Tüchern sitzen bleiben. Das ist Ihre Ankündigung. Wir werden Sie daran messen, ob Sie schon im ersten Jahr 2015 wortbrüchig werden. Darauf werden wir genau schauen. Ich prognostiziere den ersten Wortbruch Ihrer Regierung an dieser Stelle voraus.

(Beifall CDU)

Bei manchen Absätzen in Ihrer Regierungserklärung habe ich mich gefragt, ob Sie bisher außerhalb von Thüringen gelebt haben. Thüringen ist modern, Thüringen ist attraktiv und Thüringen ist als Freistaat leistungsfähig.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Ja, was meinst du wohl?)

Der Wanderungssaldo in diesem Land ist seit zwei Jahren positiv. Schauen Sie auf die Bundesrepublik Deutschland, schauen Sie auf den Osten der Republik und schauen Sie danach, wo es Bundesländer gibt, die mehr Zuwanderer als Abwanderer haben. Dieses Land in der Mitte Deutschlands ist ein attraktives Bundesland. Deswegen ziehen die Menschen wieder zurück. Deswegen ziehen mehr hierher als abwandern. Das ist die Ausgangsbasis, auf der Sie arbeiten. Die müssen Sie erhalten, das ist Ihre große Aufgabe.

(Beifall CDU)

Nicht ohne Grund ist die Mehrzahl der Thüringer, fast 90 Prozent, mit diesem Land und in diesem Land im hohen Maße zufrieden. Die Probleme, die Sie beschreiben in Ihrer Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag, das sind aber die Projekte, mit denen sich Thüringen isoliert. Es fängt ja schon in der ersten Woche Ihrer Regierungsarbeit an. Koalitionsländer wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben sich die Woche gemeldet und angekündigt, dass sie Thüringen den Stuhl vor die Tür stellen wollen, wenn es umgesetzt, was da für den Verfassungsschutz an weiteren Novellierungen angesagt ist.

(Beifall CDU)

Sie isolieren diesen Freistaat Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie wissen das natürlich!)

Das ist nicht der richtige Weg. Ihre Ministerpräsidentenkollegen warnen nicht zu Unrecht davor, dass Sie Thüringen in die Isolation führen.

(Unruhe DIE LINKE)

Das Problem sind ebenso in Ihrer Erklärung kostspielige wie überflüssige ideologiebetriebene Programme. Sie laufen darauf hinaus, dass der Staat im gesellschaftlichen Bereich herumfummelt. Niemand in diesem Land – so wohlmeinend es klingen mag – hat ein beitragsfreies Kindergartenjahr gefordert. Und jeder fragt sich, was ein öffentlicher Beschäftigungssektor in einem Land soll, das sich auf Vollbeschäftigung zubewegt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Leinefelde hat eines!)

Sie schaffen die falschen Weichenstellungen. Ein Land, das auf Vollbeschäftigung zuläuft, braucht alles andere, aber keinen öffentlichen Beschäftigungssektor. Das ist die entscheidende Botschaft, die Sie ausbringen wollen: Sie wollen als Staat herumfummeln und Sie wollen den Menschen und der Wirtschaft nicht ihre Freiheit lassen.

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit ist zugesagt!)

Aber das passt natürlich zu Ihnen: Gewünschtes Verhalten soll gefördert, Wahlfreiheit eingeschränkt, Ausweichreaktionen sollen erschwert werden, Gemeinschaftsschulen, verpflichtende Ganztagschulen, Zerstörung von Wahlfreiheit für die Familien sind dafür aus der Regierungserklärung fabelhafte Beispiele.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Beifall CDU)

Natürlich ist es ein Problem Ihrer Erklärung, dass die extreme Einseitigkeit in der Wahrnehmung der Gesellschaft besonders bei Ihnen begründet ist.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Eben war es die Fortsetzung Ihrer Politik!)

Von den Bürgerinnen und Bürgern, die in Thüringen täglich ihrer Arbeit nachgehen und Steuern zahlen als Arbeitnehmer, als Freiberufler, als Selbstständige, von denen haben Sie in Ihrer Regierungserklärung nicht gesprochen. Aber die gehören auch zu Thüringen und die machen das aus, was wir hier im Freistaat verteilen wollen. Es sind die, die die Steuern dieses Landes erarbeiten; zu denen haben Sie in Ihrer Regierungserklärung kein Wort verloren.

(Beifall CDU)

(Abg. Mohring)

Klar ist, mit Ihrer angekündigten Politik wandert die Politik in Thüringen aus der politischen Mitte an den linken Rand. Sie nehmen auch die Gesellschaft nicht mehr aus der Mitte heraus wahr, sondern Sie wollen vom Rand heraus Politik gestalten. Und natürlich ist es richtig, sich um Schwache und Geringverdiener, um die Mühseligen und Beladenen, um die Flüchtlinge und Verfolgten zu kümmern – ausdrückliche Zustimmung –, doch vergessen Sie nicht die, die mit all ihrer Arbeit jeden Tag von früh bis spät am Abend mit ihrem eigenen persönlichen Haftungsrisiko das finanzieren, was Sie ankündigen künftig alles auszugeben.

(Beifall CDU)

Beides macht das Land aus. Erst dann ist das Land vollkommen und vollständig.

(Beifall CDU, AfD)

Dann will ich ein Problem benennen, was in Ihrer Regierungserklärung gar nicht vorgekommen ist: kein Wort zu den Familien als Fundament unserer Gesellschaft – wir haben das ausdrücklich vermisst –, kein Wort zu den Familien und kein Wort zu dem blühenden Vereinswesen unseres Landes, kein Wort zu dem breiten ehrenamtlichen Engagement und seiner Förderung und außer den Sätzen zum Lutherjahr – das sage ich ausdrücklich zu dem bekennenden Christen – kein Wort zu den Kirchen in diesem Land. Es ist bedauerlich, dass Ihre Regierungserklärung an dieser Stelle so große Lücken enthält.

(Beifall CDU, AfD)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Wissen Sie, was das eigentlich alles zeigt? Etwas, das Sie selbst vielleicht gar nicht wahrnehmen: Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sind für Sie vor allem Gegenstand staatlicher Lenkung und Leitung. Sonst würden Sie all die gesellschaftlichen Strukturen, in denen sich Eigenständigkeit und Eigensinn, Verantwortung und Selbstverantwortung äußern, für die es das Subsidiaritätsprinzip gibt, wenigstens in den Blick nehmen. Aber dass Sie diese Menschen außer Acht lassen in dieser ersten Antrittsrede an diesen Freistaat Thüringen, das ist bemerkenswert und das zeigt auch, welchen Politikansatz Sie in diesem Land verkörpern. Es ist ausdrücklich nicht unserer. Wir werden einfordern, dass Sie auch diese ehrenamtlichen Menschen, dass Sie die Kirche in diesem Land, dass Sie die Familien und alle die, die beitragen, dass dieses Land bunt und vielfältig ist, auch mit in den Blick nehmen und sie nicht vernachlässigt werden. Es wird unsere Aufgabe sein, Sie jeden Tag darauf aufmerksam zu machen.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Beim Abschnitt zur Bürgerbeteiligung waren Sie offensichtlich draußen!)

Dann will ich Ihnen deutlich sagen: Dieser Freistaat Thüringen braucht keine demokratische Erneuerung; er ist durch und durch demokratisch. Dass Sie das anders sehen, das mag sein, aber wir leben in einer Demokratie, wir leben in einer Freiheit.

(Beifall CDU, AfD)

Und dieser Freistaat Thüringen ist demokratisch, er braucht keine demokratische Erneuerung. Wahrscheinlich waren Sie gedanklich abwesend in den letzten beiden Wahlperioden, als wir, auch auf bürgerschaftliches Engagement und auf große Debatte in diesem Landtag hin, die direkte Demokratie in der Landesverfassung und in der Thüringer Kommunalordnung so weit liberalisiert haben, dass wir damit in der Spitzengruppe, was die rechtlichen Regelungen in den neuen Ländern betrifft, angekommen sind. Wir sind an der Spitze bei Bürgerbeteiligung und bei direkter Demokratie; wir haben unsere Hausaufgaben in diesem Land gemacht.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir nutzen die Regelungen der direkten Demokratie ausführlich aus, sie müssen nicht erweitert werden, sondern sie müssen erst einmal gelebt werden. Und es schadet doch nichts, dass Sie auch einmal schauen, was passiert.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wir haben es reichlich genutzt. Ich will doch gern einmal daran erinnern: Einer Ihrer Koalitionspartner war es ja in Südthüringen, dort wollten sie unbedingt für viele Millionen einen schiefen Turm bauen. Es waren die Bürger mit den niedrigeren Hürden, die die direkte Demokratie genutzt haben, diese Wahnsinnsfinanzierungsprojekte zu verhindern. Danke an Michael Heym und die vielen Tausenden Bürger, die diese Mittel richtig genutzt haben!

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen auch, wir sind vollkommen mit Ihnen überein, als Sie davon gesprochen haben, dass es wichtig war, dass wir mitten im Wahlkampf zu diesem Landtag standen und in einem Sonderplenium des Thüringer Landtags gemeinsam den Abschlussbericht zu den NSU-Verbrechen hier ohne Polemik, ohne Wahlkampf, sondern in aller Würde gegenüber den Opfern, aber auch in der Auswertung des Untersuchungsausschusses besprochen haben. Das war tatsächlich – so haben viele von außen diesen Freistaat gesehen und auf diesen Landtag gesehen – ein Höhepunkt unserer parlamentarischen Arbeit. Wir müssen deshalb nicht über den Abgrund streiten, der sich beim Blick auf die Verbrechen des NSU aufgetan hat. Da sind wir

(Abg. Mohring)

uns einig, auch dass wir die Arbeit des Untersuchungsausschusses in dieser Wahlperiode fortsetzen wollen. Das haben wir auch gemeinsam schon am Ende der letzten Wahlperiode erklärt. Aber es bleibt ein Problem, dass Ihr extrem einseitiger Blick auf die Gefährdung unserer Demokratie nur darauf gerichtet ist: Was muss man – richtigerweise – gegen den Rechtsextremismus tun? Aber was Sie völlig ausgeblendet haben – ich verstehe das ja bei der Zusammensetzung Ihrer Landtagsfraktion und Ihrer Partei –,

(Beifall AfD)

den Blick auf den Linksextremismus haben Sie hier ausdrücklich vermissen lassen.

(Beifall CDU, AfD)

Ich will es anmahnen, die Bekämpfung des Extremismus hat nicht nur die rechte Seite im Blick, sondern auch der Linksextremismus, auch die Gewalt, die vom Islamismus ausgeht, gehören dazu. Sie müssen alle Gefährdungen der Demokratie in den Blick nehmen, nur dann haben wir eine wahre Demokratie und Wehrhaftigkeit organisiert.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Extreme Dummheit auch!)

Ich will Ihnen auch sagen, Ihre naive Einseitigkeit, mit der Sie Flüchtlings- und Asylpolitik betrachten, reicht nicht aus. Wir stehen uneingeschränkt für eine zugewandte Willkommenskultur und Integrationspolitik.

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Seit wann?)

Wir stehen uneingeschränkt hinter großzügiger Hilfe für die an Leib und Leben bedrohten Flüchtlinge und Asylbewerber und die letzte Landesregierung hat in diesem Sinne

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

enorm viel unternommen. Wir müssen uns nicht vorschreiben lassen, was gut ist für dieses Land. Die Regierung von Christine Lieberknecht, in Zusammenarbeit mit der SPD, hat an diesen wichtigen Weichenstellungen die entscheidenden Schritte in der letzten Wahlperiode unternommen. Belehrungen sind an dieser Stelle von Ihnen sowieso ausdrücklich überflüssig.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der eine sagt es so, der andere so!)

Aber ich will Ihnen auch sagen, wir stehen nicht für eine Politik zur Verfügung, die gar nicht mehr nach den Gründen fragt, warum jemand nach Deutschland kommt, die gar nicht mehr danach fragt, was ein Zuwanderer einbringen kann in die Gesellschaft

und was er einbringen möchte, und die auch gar nicht mehr danach fragt, was Kommunen und Sozialsysteme wirklich sinnvoll bewältigen können. Dass Ihre erste Amtshandlung der Winterabschiebestopp war, analog zu dem, was die Landesregierung in Schleswig-Holstein gemacht hat, ist insofern bezeichnend, als Sie die Regelung von Schleswig-Holstein eins zu eins übernommen haben. Ich will an der Stelle mindestens anmerken, dass der Winterabschiebestopp, der zunächst vor allen Dingen auch den Schutz vor Kälte und Winter in den Blick nimmt, bei der Liste der 15 Staaten, die Sie aufgeführt haben in Ihrem Beschluss, mindestens bei Pakistan, wo derzeit 22 Grad herrschen, nicht wirklich begründungsfähig ist. Und ich will mindestens anmerken, dass dort, wo die Bundesregierung von CDU und SPD gemeinsam gerade eine sichere Drittstaatenregelung vereinbart hat, für Mazedonien, für Serbien, für Bosnien-Herzegowina,

(Beifall CDU, AfD)

dass für diese sicheren Drittstaaten natürlich der Winterabschiebestopp nicht gelten kann. Denn wenn Sie ausdrücklich gegen die gesetzlichen Regelungen des Bundes verstoßen, dann tragen Sie erneut dazu bei, dass Sie Thüringen isolieren, weil Sie gegen geltendes Bundesrecht verstoßen

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und nicht die Möglichkeiten ausnutzen, die Sie ausnutzen können, Flüchtlinge zu schützen, die verfolgt sind und über den Winter geschützt werden müssen.

(Beifall CDU)

Abschiebestopp ja, aber nicht einfach abschreiben, was andere Länder schon falsch gemacht haben. Das ist ein Irrweg und den müssen wir hier bezeichnen.

(Beifall CDU, AfD)

Mehr als bemerkenswert ist in Ihrer Regierungserklärung, dass Sie all das, was Sie ankündigen, all das, wo Sie mehr Geld in die Hand nehmen wollen, alles zulasten der Steuerzahler machen wollen.

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie doch mal auf Ihren Koalitionsvertrag! Wahrscheinlich haben Sie ihn vor lauter Euphorie gar nicht gelesen, Sie hatten ja auch keine Zeit vor lauter Abstimmungen und Posten besetzen. Posten und Kosten waren ja die letzte Aufgabe in den letzten Wochen.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder ein Pöstchen, damit alle zustimmen, damit diese Regierung zustande kommt.

(Abg. Mohring)

(Beifall CDU, AfD)

Aber wenn sich der Euphorienebel gelegt hat und wenn Sie endlich in Ihren Posten auch alle angekommen sind und sich zurücklehnen können, dann wollen wir doch mal auf eins schauen: Was haben Sie denn vereinbart in Ihrem Koalitionsvertrag? Generierung von Mehreinnahmen, Stärkung der Einnahmehasis – das ist nicht nur sprachlich unschön, sondern auch in der Wirklichkeit. Wer von Generierung von Mehreinnahmen spricht und wer von der Stärkung der Einnahmehasis spricht, der meint wohl nur den tieferen Griff in die Tasche der Steuerbürger. Genau das geht nicht.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Genau das ist der falsche Weg und genau das haben Sie vor.

(Beifall CDU, AfD)

Unschöne Worte, schlecht formuliert, aber die Wahrheit erkennbar – Sie wollen dem Steuerzahler in die Tasche greifen.

(Zwischenruf Abg. Gentele, AfD: Genau!)

Und das, was Sie nicht aufschreiben, das, was Sie nicht sagen in Ihrer Regierungserklärung, das findet sich im Linken-Wahlprogramm auf Seite 40 wieder. Was heißt denn „Stärkung der Einnahmehasis“ und „Generierung von Mehreinnahmen“? Wer es bei den Grünen und wer es bei der SPD nicht gelesen hat, für den lohnt sich ein Blick auf Seite 40 im Linken-Wahlprogramm. Dort steht nämlich drin, was die Generierung von Mehreinnahmen heißt: Weil das Land Thüringen natürlich gar keine Steuern erhöhen kann, weil die Steuergesetzgebungskompetenz beim Bund liegt und weil Angela Merkel richtig sagt „keine Steuererhöhung in dieser Wahlperiode“, dann bleibt nur noch der Griff in die kommunale Steuertrickkiste. Sie schreiben, Sie wollen die kommunale Steuerquote von 24 Prozent auf 40 Prozent erhöhen. Wer die Mittelständler und die Handwerksbetriebe so schröpfen will, wer das Steueraufkommen verdoppeln will, wer die Steuerquote so enorm anschrauben will, ruiniert dieses Land und stellt die falschen Weichen.

(Beifall CDU, AfD)

Das werden wir nicht zulassen. Wir werden immer unser Wort machen, wo Sie Handwerker und Mittelstandsbetriebe in den Ruin führen, weil Sie Ihre Wahlversprechen mit Steuererhöhungen finanzieren wollen.

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Sagen Sie das der CDU in Jena!)

Schauen Sie sich doch an. Welchen Beitrag wollen Sie denn auf Bundesebene leisten?

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: War das jetzt die konstruktive Opposition?)

Jetzt waren Sie gestern erstmals bei der Ministerpräsidentenkonferenz, mussten erst mal zwei Stunden vor der Tür stehen, weil die Sozialdemokraten Sie nicht mal reinlassen wollten. Jetzt ist die Frage: Wie lange hält das an? Werden Sie irgendwann eingeladen in diese Vorbesprechung? Dann ist auch klar, was in 2017 in Berlin passieren soll. Aber es war bezeichnend, als Sie gestern vor der Tür standen. Wer vor der Tür steht bei der Ministerpräsidentenkonferenz, lieber Herr Ramelow, der kann schlechterdings mitreden und nicht mitreden. Ich will ganz klar sagen: Stehen Sie vor der Tür, können Sie Thüringer Interessen nicht wahrnehmen. Ich bin gespannt, wie Sie Ihre Rolle zukünftig für diesen Freistaat Thüringen ausfüllen wollen. Wer vor der Tür steht, hilft schlecht diesem Freistaat.

(Heiterkeit AfD)

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Aber es bleibt entscheidend: Was machen Sie dort für Ihr Wort und wie kriegen Sie Mehrheiten zustande? Natürlich haben Sie davon berichtet, was heute alle Zeitungen schreiben, dass vereinbart wurde mit den Ministerpräsidenten und der Bundesregierung, bis Juni 2015 soll es ein Verhandlungsergebnis geben. Aber weil das ein enger Zeitkorridor ist, hätte mich natürlich interessiert, was denn die neue Regierung vorhat, an Impulsen einzubringen bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Wie wollen Sie denn die Interessen von Thüringen bei diesen harten Verhandlungen wahrnehmen, wo es um die Zeit nach Ihrer Regierung, wenn die zu Ende ist spätestens nach 2019, geht? Die Zukunft dieses Landes geht auch weiter, wenn Rot-Rot-Grün am Ende ist, aber Sie müssen jetzt Ihr Wort machen und Sie haben in Ihrer Regierungserklärung zu Ihren Verhandlungspunkten, zu den Interessenvertretungen, die Sie für Thüringen wahrnehmen wollen, nichts gesagt. Eine große Lücke in Ihrer Regierungserklärung.

(Beifall CDU)

Natürlich – wo soll es auch herkommen –, gesagt haben Sie nichts, wie Sie all das finanzieren wollen. Sie haben in den Verhandlungen nichts gesagt. Sie haben in der Pressekonferenz der Vorstellung zum Koalitionsvertrag nichts gesagt. Da gab es einen Journalisten von einer Thüringer Zeitung, der sogar nachgefragt hat: Liebe Koalitionäre von Rot-Rot-Grün, sagt uns doch: Was kostet das, was ihr da vereinbart habt?

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Geld!)

Dann haben die sich alle drei angeguckt, haben die Mikrofone gegenseitig rübergeschoben wie beim Hütchenspielertrick, aber die Mikrofone gingen

(Abg. Mohring)

nicht weg, die Antwort blieb immer noch offen. Was haben Sie gesagt: Wir wissen es nicht, wir müssen erst rechnen. – Das ist typisch Linke-Finanzpolitik, keine Ahnung vom Geld, aber erst mal ausgeben wollen.

(Beifall CDU, AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

Aber wir helfen Ihnen gern weiter, weil wir rechnen können. Wir wissen, was das kostet.

(Unruhe und Heiterkeit DIE LINKE)

Ich ahne auch, dass die neue Finanzministerin auch das Gefühl hat, was das kostet.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Zugabe!)

Sie saß nämlich ziemlich eingekauert auf ihrem Stuhl die ganze Zeit, als Sie geredet haben, weil sie weiß, sie muss künftig die Rolle ausfüllen, die der hoch angesehene Wolfgang Voß in der vergangenen Wahlperiode ausgeführt hat.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens große Schuhe von Wolfgang Voß, super Finanzminister, super Bilanz! Ganz große Schuhe für Sie! Aber jetzt kommt es und das ist das Entscheidende: Das, was Sie im Koalitionsvertrag vereinbart haben, das, was Sie an Versprechen aufgeschrieben haben, kostet diesen Freistaat Thüringen, wenn Sie alles eins zu eins umsetzen, jährlich 1 Milliarde Euro mehr an Mehrausgaben. Das kann sich dieser Freistaat Thüringen nicht leisten. Wenn Sie umsetzen, was Sie versprechen, ruinieren Sie dieses Land und stellen es nicht auf solide Finanzzüße, wie Sie angekündigt haben, sondern Sie machen das Land finanziell kaputt. Das wollen wir nicht und das werden wir ausdrücklich nicht zulassen.

(Beifall CDU, AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

Wir haben dieses Land auf sichere Füße gestellt.

(Unruhe DIE LINKE)

Seit 2007 machen wir keine Schulden mehr. Schauen Sie sich die Leistungsbilanz der CDU-geführten Landesregierungen an. Schauen Sie sich den Wettbewerb der deutschen Bundesländer an. Wir stehen vorn, wenn es darum geht, ohne Schulden über so einen langen Zeitraum ausgekommen zu sein.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Rücklagen gebildet. Und jetzt kommt das ganz Entscheidende: Wir haben auch Altschulden verbindlich getilgt. Davon lassen Sie jegliches Wort in Ihrem Koalitionsvertrag vermissen. Die Pro-

Kopf-Neuverschuldung steigt unter Ihrer Regierung an, das kündige ich Ihnen heute schon an – alles, nur keine solide Finanzpolitik!

(Beifall CDU, AfD)

Falls Sie zugehört haben, was Bodo Ramelow gesagt hat, dann hätten Sie doch bei einem Satz stolpern müssen, dass nicht zusammenpasst, was Sie ankündigen. Er spricht davon: Wir wollen die Tilgung bestehender stiller Verbindlichkeiten fortsetzen. Ich sage Ihnen ganz klar: Wer in der Finanzpolitik von Stille spricht, sollte besser schweigen. Wer in der Finanzpolitik davon spricht, er will sich erst einmal einen Überblick über die Finanzlage verschaffen, hat keine Ahnung von Finanzpolitik. Nichts ist transparenter im deutschen Bundesstaat als der Haushaltsplan eines Landes.

(Heiterkeit AfD)

Dort steht alles, dort ist alles nachvollziehbar.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keinerlei versteckte Kosten, ja, ja!)

Dort sind alle Verbindlichkeiten, alle Aufgaben festgeschrieben. Sie müssen das Wort machen vom Kassensturz, weil Sie eine Begründung suchen für Ihren Griff in die neue Schuldenkiste, weil Sie eine Begründung suchen, warum Sie Ihre Versprechen nicht erfüllen können. Wir werden Sie beim Wort nehmen bei all dem, was Sie ankündigen, bei all dem, was Sie sagen wollen, was Sie ausfinanzieren wollen,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Worüber regt ihr euch eigentlich auf? Dass Sie zu viel ausgegeben haben?)

und bei all dem, was Sie machen wollen, wenn es darum geht, vermeintlich die Schulden einzuhalten. Alleine die Aussetzung der Tilgung von Altschulden spricht Bände. Es ist die Abkehr von seriöser Finanzpolitik und der erste Weg dahin, unsolide Finanzpolitik in dieser Wahlperiode anzusteuern. Mit uns ist das nicht zu machen.

(Beifall CDU)

Dann ist auch interessant festzustellen: diese leise Abkehr der großen, vollmundig angekündigten Gebietsreform. Wer davon spricht – wir nicht, wir sind wohl alles, nur keine Gebietsreformfreunde, mit uns gibt es auch keine Gebietsreform in diesem Land. Das ist doch ganz klar.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU)

Wir vertrauen den Menschen. Sie wollen reinfummeln in die Gesellschaft. Wir vertrauen den Menschen, wir vertrauen den Kommunen, deswegen

(Abg. Mohring)

sind wir gut vorangekommen in der letzten Wahlperiode. Aber dass Sie still und leise hier vorn sagen – richtigerweise –, erst Verwaltungsreform, dann Funktionalreform, und dann sagen, nicht vor 2018, vielleicht noch vor 2019 die gesetzlichen Regelungen schaffen, der gibt doch eins zu: Mit 46 Stimmen kann man zwar schön die Posten besetzen, aber mit 46 Stimmen kann man wirkliche Reformen in diesem Land nicht auf den Weg bringen. Sie werden alles machen, außer Postenbesetzung und großem Ankündigen – Sie werden am Ende mit leeren Händen dastehen. Große Reformen sind von Ihnen nicht zu erwarten, das hat Ihre Regierungserklärung heute gezeigt. Gut für das Land: Ohne Gebietsreform war die erste Wahllüge perfekt, Gebietsreform wird es mit Ihnen unter Rot-Rot-Grün auch nicht geben.

(Beifall CDU)

Kein Wort von umfassender Aufgabenkritik. Kein Wort von dem, was in der Strukturreform tatsächlich auf den Weg gebracht wird, außer der Stärkung von Einnahmehasis und der Formulierung: Fortsetzung des Stellenrückgangs zur Erreichung des Niveaus vergleichbarer Länder wird angekündigt. Aber was heißt das denn, wenn gleichzeitig gesagt wird, wir wollen bei der Polizei richtigerweise mehr vor Ort organisieren und Sicherheit weiter gewährleisten, wenn das heißt, Stellenkorridore bei den Lehrern von 500, wie wir auch unter Schwarz und Rot vereinbart haben, plus Vertretungsreserven? Dann heißt das am Ende – man braucht doch nur mal gucken,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das könnt ihr doch machen!)

wo Linke schon regiert haben, nach Brandenburg schauen: Was ist denn aus der Fortsetzung des Stellenabbaus, wie in Brandenburg angekündigt, geworden? Der unvermeidliche Stellenabbau dort ist wie hier, hat dazu geführt, dass aus dem vereinbarten Stellenabbau am Ende mehr Stellen geworden sind. Mit Verweis auf Brandenburg, dass auf finanzpolitische Ankündigungen – „wir machen keine Schulden“ – am Ende eins geworden ist. Was passiert denn, wenn man auf der einen Seite die Einnahmen nicht erhöhen kann und auf der anderen Seite nicht in der Lage ist, die Ausgaben zu reduzieren, weil man keine Aufgabenkritik macht, weil man die Reform auf die lange Bank schiebt, weil man sie gar nicht umsetzt trotz vollmundiger Ankündigung? Die Investitionsquote in Brandenburg ist von 17,5 Prozent in 2009 auf 10,5 Prozent im Jahr 2016 nach der Mittelfristigen Finanzplanung gesunken. Ich sage Ihnen: Wenn Sie das auch vorhaben, weil Sie nicht in der Lage sind, die Finanzen in Ordnung zu bringen, weil Sie Ihre Mehrausgaben finanzieren wollen, wenn das Einzige ist, was bleibt, die Investitionsquote zurückzuführen, dann machen Sie dieses Land kaputt, dann legen Sie den Rück-

wärtsgang genau dort ein, wo die einzige Chance für die Entwicklung dieses Landes und die einzige Chance für ordentliche Löhne besteht, wo die einzige Chance für Wachstum besteht und wo auch die einzige Chance darin besteht, durch ein erhöhtes Steueraufkommen, was aus Wachstum heraus wächst, auch die Einnahmen und die Ausgaben so ausgeglichen zu halten, dass wir weiter ohne Schulden auskommen. Gehen Sie diesen Weg wie in Brandenburg, ist es ein falscher Weg, ist es ein Rückwärtsgang und dann ist es genau das, was wir vermuten: Rot-Rot-Grün macht das Land kaputt und bringt das Land nicht voran.

(Beifall CDU, AfD)

Aber ich will Ihnen auch sagen: An den Taten wollen wir Sie messen und die Chance wollen wir Ihnen natürlich geben, dass Sie Ihre Konzepte hier vorbringen. Das gehört zur fairen, konstruktiven Arbeit dazu, ausdrücklich.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na danke!)

An den Taten wollen wir Sie messen, aber die Worte allein sind nicht sonderlich glaubwürdig. Deshalb ist es wichtig, wenn Sie es unterstützen wollen, um die Glaubwürdigkeit Ihrer Worte auch zu untermauern, dann will ich gern an Bündnis 90/Die Grünen in der Regierungskoalition appellieren.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Lass das Bündnis bitte weg!)

Wir werden in diesem Landtag in einer der nächsten Sitzungen einen Antrag einreichen zur Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung, und wenn Sie dabei sind, dass Sie mithelfen wollen, dass Finanzpolitik auf Dauer solide angelegt ist, dann können die Grünen ihren alten Antrag herauskramen aus der letzten Wahlperiode und dafür werben, dass diese Koalition von Rot-Rot-Grün in der Lage ist, die Mehrheit beizutragen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Mohring, was machen Sie denn jetzt?)

An uns scheitert eine verfassungsändernde Mehrheit in dieser Frage nicht. Schuldenbremse ja, wenn die Grünen sich in dieser Regierungskoalition durchsetzen. Wir sind gespannt, welche Kraft Bündnis 90/Die Grünen in dieser neuen Koalition denn tatsächlich überhaupt haben werden.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Wenn das Herr Barth gehört hätte! Sie haben es ja eins zu eins übernommen!)

Was Sie haben vermissen lassen in Ihrer Regierungserklärung, ist, ein belastbares Personalent-

(Abg. Mohring)

wicklungskonzept bis Ende 2015 vorzulegen, natürlich in Kooperation mit den Beschäftigten, die das Ziel erreichen, dass tatsächlich auch Einstellungskorridore geschaffen werden, aber eben auch, dass der notwendige Personalabbau tatsächlich umgesetzt wird. Daran werden wir Sie messen. Ihre Ankündigung in der Regierungserklärung lässt das eher vermissen.

(Unruhe DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ganz klar etwas zur Frage, das Wahlalter auf 16 abzusenken, sagen. Richtigerweise sprechen Sie davon, dass es wichtig ist, Demokratie auch an Schulen zu organisieren, politische Bildung auch an Schulen festzuschreiben. Das teilen wir ausdrücklich, weil das wichtig ist für die Demokratiefestigkeit, für die Lernfähigkeit von Demokratie, aber ich kündige Ihnen jetzt schon an: Einer Verfassungsänderung zur Absenkung des Wahlalters auf 16 werden wir nicht zustimmen.

(Beifall CDU, AfD)

Natürlich diskutieren wir darüber, aber wenn Sie sich angesehene Studien ansehen – ich will eine der Universität Hohenheim nennen, die untersucht hat, wie es denn junge Menschen selbst mit ihrer eigenen Verantwortung bei politischen Entscheidungen halten –, dann sagen die selbst, dass 16- bis 18-Jährige sich seltener für Politik interessieren, und nicht, weil sie faul oder politikverdrossen sind, wie sie sich selbst einschätzen, sondern weil sie sich selbst kein zuverlässiges Urteil in dem Alter zutrauen wollen.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ein Quatsch!)

(Unruhe DIE LINKE)

Und wenn junge Menschen sich selbst kein zuverlässiges Urteil zutrauen werden, dann kommen nur Linke auf die Idee, das vom Staat aus zu organisieren und zu lenken. Darauf kommt man nicht, wenn man vernunftbegabt auf die Gesellschaft schaut, sondern weil man ideologisch bedingt das ändern will und steuern will, was man selbst ideologisch für richtig hält.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ideologische Bedingtheit!)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: War es nicht die CDU in Brandenburg, die der Absenkung des Wahlalters zugestimmt hat?)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen etwas zu Ihren Ankündigungen in der Bildungspolitik sagen und ich will Ihnen ausdrücklich zustimmen, wenn Ihr Satz gilt, dass alle bestehenden Schularten eine sichere Entwicklungsperspektive bekommen, dann ist das aller Ehren wert. Die Frage muss aber lau-

ten: Was heißt das tatsächlich und wie ist das möglich, wenn Sie gleichzeitig ankündigen, den flächendeckenden Ausbau von Gemeinschaftsschulen voranzutreiben? Wer den flächendeckenden Ausbau von Gemeinschaftsschulen vorantreiben will, der will am Ende auch, dass Grundschulen in ihrer Selbstständigkeit aufgegeben werden, der will am Ende auch, dass Gymnasien in ihrer Selbstständigkeit aufgegeben werden. Wir wollen Sie an den Taten messen, aber Ihre Worte an der Stelle sind nicht sonderlich glaubwürdig.

(Beifall CDU, AfD)

Wir sprechen uns ausdrücklich gegen die Abschaffung eines eigenständigen Förderschulgesetzes aus,

(Beifall CDU)

aber wir begrüßen, dass Sie für die Förderschullehrerausbildung eine eigene Ausbildung vorgeschlagen haben. Die Umsetzung wird spannend, aber dass Sie es ankündigen, wollen wir ausdrücklich begrüßen. Aber ich will Ihnen sagen, das eigenständige Förderschulgesetz hat einen besonderen Wert. Wir wollen diesen besonderen Wert, eben auch, dass die Ansprüche der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf verbindlich in einem eigenständigen Gesetz festgeschrieben und nicht durch allgemeine Regelungen zur individuellen Förderung an Schulen aufgeweicht werden. Diesen Wert halten wir für besonders wichtig für diesen Freistaat Thüringen. Deshalb wollen wir keine Zusammenlegung zwischen Schulgesetz und Förderschulgesetz, sondern die Eigenständigkeit des Förderschulgesetzes hat unsere Priorität. Wir werden dafür streiten in diesem Haus, dass das auch in der Zukunft so bleibt.

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen auch: Wir sind gespannt darauf, wie Sie wirkliche Eigenverantwortung für die Thüringer Schulen schaffen wollen. Grundsätzlich unterstützen wir dieses Anliegen, weil es auch unserem Ansatz entspricht, Eigenverantwortung der Schulen vor Ort zu stärken. Wir wollen auch gern darauf aufmerksam machen, dass auch wir nicht in der Frage sonderlich in der letzten Koalition weit vorangekommen sind. Sie haben ja aus Ihrer Sicht den Bildungsminister aus der letzten Wahlperiode an einer Stelle vorhin gelobt und ihn dann gleichzeitig kritisiert in derselben Rede, zwei Sätze später, indem Sie gesagt haben, Sie wollen die Unruhe an den Schulen beenden. Das muss die SPD mit sich ausmachen: Welches Wort wiegt denn mehr - gute Bildungspolitik auf der einen Seite oder Abschaffung der Unruhe an der Thüringer Schule? Das müssen Sie in Ihrer Koalition mit sich ausmachen. Ich bin deshalb gespannt, wie Sie tatsächlich Eigenverantwortung an Thüringer Schulen organisieren werden.

(Abg. Mohring)

Ich sage Ihnen jetzt schon mal viel Spaß in der Koalition voraus. Unsere Unterstützung, wenn es um wirkliche Eigenverantwortung geht, haben Sie aber an dieser Stelle.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, was zeigt am Ende diese Regierungserklärung, wenn man auf die Details noch weiter gehen würde? Ich will es an einem Punkt noch mal hervorheben, weil sie besonders sind. Sie haben richtigerweise aus Ihrer Sicht das fehlende WLAN in den Ministerien, in der Staatskanzlei beklagt. Aber wenn man Ihre Digitalisierungsstrategie anschaut, die Sie heute angekündigt haben, da bleiben Sie selbst hinter Ihren vollmundigen Ankündigungen bei Weitem zurück. Denn Sie sprechen in Ihrer Regierungserklärung davon, dass Sie die Breitbandstrategie 2020 fortsetzen wollen. Dort ist aber vereinbart, dass 15 bis 30 Mbit/s bis 2020 Ausbaupkapazitäten erfolgen sollen. Wir wissen aber – und nicht Sie zuletzt –, falls Sie gestern überhaupt zugehört haben und nicht freudetrunken bei der Ministerpräsidentenkonferenz und vor lauter Buckeln bei der Kanzlerin abwesend gewesen sind,

(Heiterkeit CDU)

dann wissen Sie, dass gestern vereinbart wurde, dass das Ausbauziel bis 2018 heißt: 50 Mbit pro Sekunde – vor allen Dingen daraus, dass die Länder ihren Eigenanteil aus der Versteigerung von Frequenzen durch den Bund und die Aufteilung der Erlöse nach dem Königsteiner Schlüssel auch jetzt etatisieren müssen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber gestern im Bundesrat und heute nichts dazu sagen, sondern auf eine alte, vergangene Strategie verweisen, der ist nicht auf der Höhe der Zeit, der hat auch nicht zugehört bei dem, was die Ministerpräsidenten vereinbart haben.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident:
Das habe ich nicht gesagt!)

Ich habe mich heute früh noch mal erkundigt, Sie müssen Ihre Frage der Erlöse und der Aufteilung der Gelder mit hier vor Ort verankern, dann geht Breitbandstrategie, dann geht schnelles Internet in Thüringen. Dafür sprechen wir uns aus. Ihre Regierungserklärung will alles, nur nicht an der Stelle zügig und schnell vorankommen.

(Beifall CDU)

Aber, meine Damen und Herren, was zeigt uns das? Vorschläge, die nicht ausfinanziert sind. Eingriffe in die Gesellschaft, ideologiebehaftet. Ein „Weiter so!“ in der Gesellschaft, wo man eigentlich große Ankündigungen vorwegnimmt und sagt, man will alles verändern. Tatsächlich will man alles fortentwickeln, was bisher schon alles da ist. Und rückwärts gewandte Ideen, wo es darum geht, das Land

nicht voranzubringen, sondern zu isolieren und allein stehen zu lassen und nicht in dem Konzert der deutschen Bundesländer an der Spitze weiter Verantwortung zu übernehmen. Es ist so, am Ende symbolisch, wie ich es auch schon in der Vergangenheit der anderen Runden gesagt habe: Mit Ihrem Einzug in die Staatskanzlei haben Sie symbolisch die rote Fahne gehisst.

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Ja-wohl!)

Symbolisch steht die rote Fahne für eins, nämlich: Es gibt nur einen Ort an der Stelle auf der Welt, wo die rote Fahne gehisst ist und wo es vorwärtsgeht. Das ist die rote Fahne hinten am Langholztransporter. Bei Ihnen, mit der roten Fahne auf der Staatskanzlei, geht es nicht voran, sondern zurück.

(Beifall AfD)

Wir werden aufpassen, dass Thüringen in einer guten Zukunft bleibt. Wir werden Sie kritisch als Opposition dabei begleiten. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Das Wort hat jetzt Abgeordnete Hennig-Wellsow für die Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Hennig-Wellsow, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, die Reaktion von Mike Mohring sagt mehr über Mike Mohring und die CDU als über uns.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es schon sehr erstaunlich, wie der Verlierer einer Bundesvorstandswahl sich hierher stellen und andere als Verlierer beschimpfen kann. Eine Wahl, die so deutlich verloren ist, eine Bundeskanzlerin, die in Thüringen bei einer CDU eingegriffen hat, damit sie nicht zusammen mit der AfD agiert,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dafür eine Quittung bekommen hat – an einem solchen Punkt wird das Ganze schon skurril. Es ist schon ein bisschen schade, dass Mike Mohring sich heute noch einmal für die Vorstandswahl morgen profilieren muss. Ich glaube, dem ist viel geschuldet. Das sei ihm verziehen.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Vielleicht verliert er doch!)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Kommen Sie zur Sache jetzt!)

(Abg. Hennig-Wellsov)

Das Schöne ist, dass eine neue Koalition natürlich auch neuen Wind ins Land bringt, dass wir andere Vorstellungen haben als Sie, dass wir diese in einem guten Koalitionsvertrag formuliert haben. Auch in der Reaktion der CDU auf diesen Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung vom Ministerpräsidenten Bodo Ramelow konnte ich nicht erkennen, dass die CDU irgendeine Vorstellung von Thüringen hat, wie es weiter vorangehen kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage mal, wer hier von Verlierern spricht, der muss einfach auch zur Kenntnis nehmen, dass in Thüringen das Realität geworden ist, was für zwölf weitere Bundesländer gilt, nämlich dass es keine CDU-Ministerpräsidenten mehr gibt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt nämlich genau vier in Deutschland und das sagt auch ein bisschen was darüber, auf welchem Ast die CDU sitzt. Ich wusste auch gar nicht, dass mit Oppositionsführerschaft – und, ich glaube, das ist für Mike Mohring, das habe ich heute festgestellt – wahrscheinlich die perfekte Rolle geworden – einhergeht, dass man nicht mehr lesen und nicht mehr zuhören kann. Deswegen kann ich vieles einfach nur als falsch zurückweisen.

Wenn wir etwas erreicht haben mit dieser Koalition, dann ist das doch auch zuallererst, dass wir klar machen können, dass wir handeln. Wir haben den Winterabschiebestopp zuallererst in Thüringen durchgesetzt. Das ist eine erste Handlung des Kabinetts.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das war 24 Jahre in Thüringen nicht möglich und das bedeutet, dass wir für eine humane Politik stehen und dass wir es nicht zulassen, dass Menschen um ihr Leben fürchten müssen, weil sie abgeschoben werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verspreche an diesem Pult eines: Wir werden die Menschen in Thüringen zu Gewinnern und Gewinnerinnen machen, denn darum geht es in Thüringen – nicht um die einzelne Partei, die an diesem Punkt feststellen muss, dass sie leider in diesem Fall verloren hat.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will noch ein bisschen was zur Haushaltspolitik sagen. Bodo Ramelow hat schon sehr viel dazu gesagt, auch, wohin wir wollen. Die CDU hat 16 Milliarden Schulden hinterlassen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: ... hätten ... doch gar nicht aufwenden müssen. Reden Sie nicht dummes Zeug!)

(Unruhe CDU)

Die CDU hat eine kommunale Finanzstruktur hinterlassen, die einfach fatal ist. Wir haben über 100 Gemeinden, die keinen Haushalt haben; wir haben 400 Gemeinden, die nur durch den Rückgriff auf ihre Rücklagen einen Haushalt aufstellen konnten; wir haben 200 Gemeinden ohne Rücklagen überhaupt; wir haben 60 Gemeinden in einer sehr prekären Finanzsituation und all das hat die CDU gemacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür, dass die Kommunen kein Finanzproblem haben, war es schon erstaunlich, dass Sie im vergangenen Jahr 136 Millionen Euro einfach mal so an die Kommunen geben wollten.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es war Landtags- und Kommunalwahl!)

Weiter zur Haushaltspolitik: Jetzt kann man sagen, das Schuldenaufbauen in den letzten Jahren hat Sinn gemacht, weil Infrastruktur aufgebaut werden musste usw. Aber ich will mal kurz erwähnen, was in der Zeit von Mike Mohring als finanzpolitischem Sprecher und Fraktionsvorsitzendem bzw. in den 90er-Jahren an Entscheidungen hier anstand. Wir hatten eine Pilz-Affäre, das sagt dem einen oder anderen noch etwas, wir sprachen über Spaßbäderförderungen, die uns bis heute nicht loslassen, wir sprechen über Altlasten daraus in den Folgejahren von über 90 Millionen Euro, über Flugliniensubventionen, über Fahrgastzahlenmanipulation usw. Wir haben eine Spielbank, zu der ein Untersuchungsausschuss geführt worden ist. Wir hatten Trennungsgeldaffären. Die kleinteilige Thüringer Verwaltungsstruktur mit einem dreistufigen Verwaltungsaufbau kostet uns heute noch sehr viel Geld. Es wurde die Privatisierung von Krankenhäusern in Größenordnungen gefördert. Wir haben den Maßregelvollzug privatisiert bekommen. Wir haben ein üppiges Beauftragtenwesen. Ich sage nur Richtung Polizei, es ging um die Polizeiausstattung, um Hub-schrauber in doppelter Ausführung; wir diskutieren über Polizeifahrzeuge und nicht zuletzt über ein Sondervermögen zur Verbesserung wasserwirtschaftlicher Strukturen, das 2009 ein Wahlgeschenk an die Thüringerinnen und Thüringer war, um überhaupt noch eine Wahl gewinnen zu können. Das ist eine milliardenschwere Last, die immer noch auf dem Haushalt liegt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Hennig-Wellsov)

So könnte ich das fortführen. Aber eins wird, glaube ich, deutlich: Von finanzpolitischer Verantwortung kann bei der CDU nicht die Rede sein.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Jahr für Jahr in den Landeshaushalten 150 Millionen Euro gefunden, die irgendwo geparkt waren für was weiß ich für Geschenke, siehe 136 Millionen Euro. Nur einen Blick auf Brandenburg: Brandenburg hat den vergangenen Haushalt mit dem höchsten Überschuss aller Bundesländer überhaupt beschlossen, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einem Linken-Finanzminister.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Beispiel will ich hier noch sagen, dass ich, was die Kommunen und Gemeinden angeht, überhaupt nicht aus einer linken Perspektive spreche. Es ist der CDU-Bürgermeister in Hildburghausen, der nach dem sanierten Haushalt, von Steffen Harzer übergeben, jetzt damit beginnt Kredit aufzunehmen, weil er einfach nicht mehr den Haushalt zubeekommt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern wird auch an diesem Punkt deutlich, wie sehr wir in der Pflicht sind, die kommunale Familie finanziell besserzustellen.

Und wenn es darum geht – nur als Stichwort: die Abschaffung der V-Leute –, das Kritisieren der Veränderung der Sicherheitsarchitektur in Thüringen, dann kann ich nur sagen, dann macht an diesem Punkt die Koalition alles richtig, weil wir in diesem Punkt tatsächlich Konsequenzen aus dem NSU-Terror ziehen, die anders nicht sein können und wo wir den Mut haben müssen, in Thüringen diesen Schritt zu gehen, und wir werden das tun.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur mal eine kleine Anmerkung am Rande: Wenn Mike Mohring vom „Buckeln vor der Kanzlerin“ spricht, dann hat das ...

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Das ist gut!)

Gut, ich brauche gar nicht weitersprechen. Das ist angekommen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, eines wird sehr deutlich in dieser ersten Regierungserklärung der rot-rot-grünen Koalition: Bereits nach wenigen Tagen haben wir damit begonnen, eine neue Form des Umgangs mit dem Parlament auf den Weg zu bringen. Das Gesagte steht für Offenheit und Mit-

einander und auch ich kann Sie an dieser Stelle, die diese Koalition kritisieren, nur dazu auffordern, uns darin zu begleiten, eine neue politische Kultur für das Parlament, aber auch für Thüringen auf den Weg zu bringen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Gentele, AfD: Das sehe ich am Büro!)

Das inhaltliche Kernelement der Regierungspolitik besteht in der demokratischen, sozialen und ökologischen Modernisierung. Dass die CDU das nicht verstehen kann, das ist mir vollständig klar, weil sie nicht für demokratisch, sozial, modern und ökologisch steht. Aber diese Koalition wird eine solche Politik auf den Weg bringen und Bodo Ramelow hat dazu eingeladen, diese Zukunftsprojekte, die wir heute benannt bekommen haben, konstruktiv mitzugestalten.

Ich muss leider feststellen, dass die CDU-Fraktion als größte Oppositionspartei gerade nur mit sich selbst beschäftigt ist.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Genau!)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Mit Wanzen auch!)

Sie behauptet, die politische Mitte Thüringens darzustellen. Allein ihre eigene Mitte hat sie noch nicht gefunden. Deswegen ist das Bild der CDU in den vergangenen Wochen, in chaotischer Zerstrittenheit zu zerfallen, ein sehr realistisches und ich warte die nächsten Jahre ab, ob überhaupt noch Politikfähigkeit zu erkennen ist.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auf jeden Fall!)

Die Bundesvorsitzende musste erst eingreifen, um die abenteuerlichen Pläne des Fraktionsvorsitzenden der CDU über eine Allianz mit Rechtspopulisten zu beenden. Dass auch seine Nichtbundesvorstandswahl damit zusammenhängt, wissen wir alle.

An dieser Stelle die Grünen aufzufordern, zusammen mit der AfD und der CDU für eine Schuldenbremse im Landtag in der Thüringer Verfassung zu stimmen, zeigt zum einen, dass die CDU-Fraktion nicht rechnen kann – das reicht nämlich nicht für zwei Drittel –, und zum anderen, dass wir uns nicht darauf verlassen können, dass das Wort zählt, dass es keine Allianz mit Rechtspopulisten gibt. Der CDU-Fraktionsvorsitzende muss sich leider auch fragen lassen, wie viel Wert sein Wort eigentlich hat, nach dem, was alles inzwischen öffentlich bekannt geworden ist.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Da klatschen nicht mal Ihre eigenen Leute!)

(Abg. Hennig-Wellsov)

Und landesweit mit solchen Negativschlagzeilen in die Medien zu kommen,

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Da gibt's auch nichts zu klatschen!)

ist mit Sicherheit kein Ruhmesblatt. Manche CDUler liebäugeln nach ganz rechts, gleichzeitig wird nach außen versucht, immer noch die sture Arroganz der Macht weiterzuführen, was in einer unangenehmen Art und Weise kontrastiert, was wir heute von Bodo Ramelow gehört haben. Das steigert sich in Anstandslosigkeit, die hier nur als rapide schwindende Souveränität einer ehemaligen Regierungspartei zu verstehen ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der ehemalige Finanzminister Herr Voß –

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gar nicht mehr da!)

er hat quasi als letzte Amtshandlung 200 Millionen Euro an Rücklagen des Landes sozusagen in Schuldentilgung gegeben –

(Beifall CDU, AfD)

tut weiterhin so, als wäre der Landeshaushalt seine Privatschatulle, führt die Politik der CDU fort, Thüringen als ihr Privatgebiet zu betrachten. Das kann ich an dieser Stelle nur kritisieren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich kann Ihnen auch versprechen, das letzte Wort hat an diesem Punkt definitiv die neue Regierung und nach einem seriösen Kassensturz, weil nach Ihrer Politik nicht klar ist, was Sie mit dem Landeshaushalt gemacht haben, werden wir entscheiden, wie wir weiter vorgehen.

Herr Reinholz hat nicht einmal den Anstand, sein Ministerium ordnungsgemäß zu übergeben,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnert mich schon so ein bisschen an ein bockiges kleines Kind, dessen Spielzeug abhandengekommen ist. Das hat nichts mit verantwortungsvoller Politik zu tun, das hat auch nichts mit Professionalität zu tun und deswegen muss ich auch ernsthaft daran zweifeln, dass es der CDU überhaupt gelingt, den Auftrag der Wählerinnen und Wähler zu erfüllen, nämlich eine gute Oppositionspartei zu sein.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber im Interesse der Thüringerinnen und Thüringer bitte ich Sie, Ihre destruktive Nabelschau zu beenden, in die Oppositionsarbeit einzusteigen und

mit uns gemeinsam für die Weiterentwicklung Thüringens zu streiten, gegen Rechtsextremismus und für eine neue politische Kultur.

Werte Abgeordnete, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik setzt der neue rot-rot-grüne Koalitionsvertrag wirklich Maßstäbe. Das Konzept der Guten Arbeit steht im Mittelpunkt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Koalition bedeutet gute Arbeit, dass sie auch und gerade im Bereich der geförderten Arbeit existenzsichernd, selbstbestimmend und gesundheitsfördernd sein muss. Die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe ist wesentliches Merkmal guter Arbeitsmarktpolitik und gute Arbeitsmarktpolitik ist Teil guter Wirtschaftspolitik. Diesen Gedanken ist der Koalitionsvertrag in Gänze verpflichtet. Nur eine kurze Anmerkung: Langzeitarbeitslose in gemeinwohlorientierte Beschäftigung zu bringen bedeutet nicht, in Unternehmen zu kündigen.

(Beifall DIE LINKE)

Unsere Landesregierung wird sich im engen Kontakt mit den Sozialpartnern für eine Modernisierung und Humanisierung der Arbeitswelt einsetzen. Dazu zählen die Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Einsatz für eine Antistressverordnung, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für Tarifbindung und gerechte Entlohnung. Das Stichwort „Tariffreue und Vergabegebot“ ist durch den Ministerpräsidenten ausdrücklich erläutert worden. Wir werden die Wirtschaft dabei unterstützen, dass ihre Entwicklung auch Spielräume für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten zulässt, denn wirkliche Sozialpartnerschaft nützt den Thüringer Unternehmen und den bei ihnen Beschäftigten gleichermaßen. Darüber hinaus müssen und werden wir uns besonders für diejenigen Menschen einsetzen, die heute noch von der Erwerbsarbeit und damit auch von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind.

(Beifall DIE LINKE)

Auch in dieser Hinsicht setzt der Koalitionsvertrag Maßstäbe. Wir werden das Landesarbeitsmarktprojekt ungekürzt fortführen. Für Menschen mit Behinderung werden wir ein Budget für Arbeit ermöglichen, um ihnen eine Perspektive jenseits der Werkstätten zu eröffnen, sozialversicherungspflichtig und existenzsichernd.

(Beifall DIE LINKE)

Darüber hinaus ist eine echte Innovation vorgesehen und ich freue mich, dass die Linke mit einer Ministerin wie Heike Werner für ältere Langzeitarbeitslose endlich das Projekt „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ auf den Weg bringen und finanzieren kann.

(Abg. Hennig-Wellsov)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geschieht mittels Passiv-Aktiv-Transfer in einem mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales abgestimmten Thüringer Modellprojekt. Wir freuen uns sehr – Bodo Ramelow hat es schon gesagt –, dass hier bereits viele positive Signale aus der Bundesagentur für Arbeit vorliegen und uns eine große Unterstützung zuteil kommt. Wie wichtig das auch ist, dass wir dieses Programm einführen, zeigen die Zahlen. 49 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Beziehenden in Thüringen erhalten seit vier Jahren oder länger ohne Unterbrechung diese Leistung, weil sie keinen Arbeitsplatz finden. Es ist natürlich illusorisch zu glauben, dass diese Menschen zeitnah auf den genannten ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Aber auch für sie braucht es ein entsprechendes Angebot, um gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten. Unser Modellprojekt eines öffentlichen Beschäftigungssektors wird hier einen wichtigen Einstieg liefern, um Menschen in freiwillige, gesellschaftlich notwendige, existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu integrieren.

Wir müssen, liebe Kolleginnen, jungen Menschen endlich eine Perspektive in Thüringen bieten.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist sowohl ein Gebot der Zukunftssicherung als auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft, gerade wenn es um die Sicherung des Fachkräftebedarfs geht. Deshalb steht diese Koalition auch für einen guten Umgang und Übergang von der Schule in den Beruf und für gute Ausbildung, mit flächendeckenden und praxisnahen Angeboten der Berufsorientierung, mit einer besseren Verzahnung von Jugendberufshilfe und weiteren sozialen Unterstützungsformen, mit dem Ausbildungssystem und mit einer Verbesserung der Ausbildungsbedingungen.

An dieser Stelle möchte ich wirklich darauf hinweisen, was wir im Koalitionsvertrag aus meiner Sicht auch zukunftsweisend auf den Weg bringen werden, nämlich ein sogenanntes Azubiticket. Ähnlich dem Semesterticket für Studierende wollen wir damit ein preiswertes Angebot für Auszubildende schaffen und gleichzeitig die Erreichbarkeit der Berufsschulen verbessern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei werden die Kammern natürlich einbezogen. Aber es ist auch klar, dass von einer stärkeren Mobilität von Auszubildenden die Auszubildenden als auch die Unternehmen, aber auch andere profitieren.

Es ist bereits ausgeführt worden, dass in den nächsten Jahren auch unsere Infrastrukturprojekte eines neuen Augenmerks bedürfen. Neben den

Großprojekten wie dem ICE-Knoten Erfurt, der uns als Europadrehkreuz vor ganz neue Herausforderungen stellt – der Ministerpräsident hat da schon einschlägige Vorstellungen unterbreitet –, und den bereits anvisierten Straßenbauprojekten werden wir auch den Regionalverkehr viel stärker in den Blick nehmen, als das bisher der Fall war. Er ist für die Lebensqualität im ländlichen Raum, zu dem große Teile Thüringens gehören, unerlässlich. Zielführend ist hierbei der Verkehrsverbund mit der Verknüpfung von Schiene und Bus. Neue Modelle wie ein Express-Busnetz können die Attraktivität solcher Angebote erhöhen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir halten Gespräche mit der Bahn für nötig, um nicht ganze Regionen, wie beispielsweise Ostthüringen, vom Fernverkehr abzukoppeln.

(Beifall DIE LINKE)

Die Mitte-Deutschland-Strecke ist die am meisten frequentierte in Thüringen. Perspektivisch setzen wir auf eine höhere Taktfrequenz. Neben dem Ausbau und der Verbesserung der ÖPNV-Angebote gehört auch die Förderung einer nachhaltigen Mobilität und damit die Unterstützung CO₂-armer Angebote zu unseren Aufgaben. Zur Absicherung der Umsetzung unseres Nachhaltigkeitszieles ist gerade im Hinblick auf die Substanz der Verkehrswege und die dafür notwendigen finanziellen Aufwendungen festzuhalten, dass es vermehrt um Straßenerhalt statt um Straßenneubau gehen muss. Mit einer noch stärkeren Berücksichtigung des Radverkehrs bei Straßenbaumaßnahmen wollen wir eine nachhaltige und bedarfsgerechte Absicherung von Mobilität unterstützen.

Die Kommunen wollen wir beim Lärmschutz und in der Verkehrssicherheit unterstützen und koordinierte Maßnahmen entwickeln. Uns ist es besonders wichtig, Mobilität für alle – ob jung, ob alt, ob gesund, ob gebrechlich – zu sichern. Dazu gehört selbstverständlich die Barrierefreiheit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass die zuständige Ministerin Birgit Keller zu all diesen Fragen sehr zügig vorankommen wird und im Landtag von den Erfolgen der Regierung in dem Punkt berichten kann.

In der Bildungspolitik hat Mike Mohring vorhin sehr deutlich gemacht, dass er einfach weit weg von einer emanzipatorischen Bildungspolitik ist, die alle mitnimmt und die Chancengerechtigkeit für alle öffnet.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Bildungspolitik tritt die Koalition an, um Bildungsgerechtigkeit in Thüringen zu verbessern.

(Abg. Hennig-Wellsov)

Erst die neuesten Zahlen zeigen, dass wir regional als auch sozial schwerwiegende Unterschiede haben, was Bildungschancen angeht. Dazu werden der systematische Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens bei Garantie aller Schularten – was sich definitiv nicht ausschließt – mit multiprofessionellen Teams und die Verstärkung der Schulsozialarbeit beitragen. Mit einem neuen Personalsteuerungsmodell und der Neueinstellung von mindestens 500 Vollzeitlehrkräften pro Jahr werden wir erreichen, dass Thüringen aus dem Mittelfeld der Bildungsgerechtigkeit auf einen Spitzenplatz gelangt.

(Beifall DIE LINKE)

Das von der Landesregierung inzwischen angebotene Bündnis für gute Schule – und da bedanke ich mich bei Dr. Birgit Klaubert – unterstützen wir auch als Fraktion und als Regierungskoalition ausdrücklich. Wir setzen uns noch dazu dafür ein, dass wir endlich, auch was das Thema Inklusion angeht, zu einer Qualitätsoffensive kommen, die alle mitnimmt und die Bedingungen entsprechend schafft.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der Gesundheits- und Pflegepolitik werden wir die Gesundheitsversorgung in Thüringen qualitativ stärken, auch um den Herausforderungen des demografischen Wandels wirksam zu begegnen. Dabei halten wir Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung für besonders wichtig. Es gilt, die Versorgungsangebote an die sich wandelnden Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen und zum Beispiel neue Modelle der sektorenübergreifenden Versorgung zu unterstützen. Wir wollen eine möglichst wohnortnahe Patientenversorgung gewährleisten. Wichtige Elemente sind die Errichtung von medizinischen Versorgungszentren im ländlichen Raum durch Kommunen, Krankenhausträger, kassenärztliche Vereinigungen oder niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sowie der Ausbau der schon bestehenden MVZs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bodo Ramelow hat ... Einen Moment.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Der Hund Atila hilft bei der Suche!)

Bodo Ramelow hat zuerst immer recht.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Genau!)

(Unruhe CDU)

Sehr geehrte Kollegen, Bodo Ramelow hat die Notwendigkeit der Aufarbeitung von in der DDR begangenen Unrecht in der Regierungserklärung ausdrücklich betont und erwähnt.

Ich erkläre hier für die Partei Die Linke und die Fraktion Die Linke, dass wir das genauso sehen, und ich verweise auf die hohe Zustimmung von

94 Prozent zum Koalitionsvertrag in unserer Basisbefragung, der in dieser Frage eindeutig ist.

(Beifall DIE LINKE)

Ich frage mich auch, wo Sie leben, Herr Mohring. Weder Gregor Gysi noch Bodo Ramelow waren Mitglied der SED-Nomenklatura. Sie ignorieren vollkommen, dass die 2,3 Millionen SED-Mitglieder heute auch in anderen Parteien zu finden sind – auch bei Ihnen.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Das stimmt jetzt aber nicht!)

Sie ignorieren, dass es auch in der SED, vor allem an der Basis, aber auch einzelne Verantwortungsträger und Kräfte gab, die die Machtarroganz der Führung abgelehnt haben,

(Beifall DIE LINKE)

die gehofft haben, dass in der DDR ähnlich wie in der UdSSR unter Gorbatschow ein tief gehender Reform- und Demokratisierungsprozess beginnt und die deswegen auch in den Konflikt gegangen sind.

(Beifall DIE LINKE)

Sie ignorieren, dass sich unsere Vorgängerpartei PDS bereits mit ihrer Verantwortung für das Scheitern der DDR und ihre demokratischen Defizite tief gehend auseinandergesetzt hat – von der Entschuldigung bei den Bürgerinnen der DDR auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 über die Aufarbeitung des Stalinismus in der SED-Geschichte bis hin zum Parteibeschluss der Hauptverantwortungsträger und vielen Diskussionen an der Basis.

Sie ignorieren, dass 25 Jahre nach dem Mauerfall längst viele Menschen in der Linken Politik machen, die in ihrer Biografie überhaupt keine Anknüpfungspunkte zur SED und ihrer Politik haben.

Schließlich ignorieren Sie, dass auch die CDU mit Verantwortung in der DDR getragen hat.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr gut!)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Sie ignorieren, dass Sie als Partei oder dass die CDU als Partei gelten muss, die nicht unbedingt den Wandel in der DDR mit vorangetrieben hat.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle bin ich ausdrücklich dankbar für unseren sehr eindeutigen Koalitionsvertrag, der klar benennt, was das DDR-Unrecht angerichtet hat, und über die Maßnahmen, die wir bisher von einer Thüringer Landesregierung gesehen haben, auch die Aufarbeitung von DDR-Unrecht vorantreiben wird. Lassen sie mich mit dem Thema enden, das

(Abg. Hennig-Wellsov)

mich durchaus befremdet. Ich weise es ausdrücklich als parteipolitisch motiviert zurück, dass gedroht wird, dass die Thüringer Sicherheitsbehörden nicht mehr die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern finden, weil wir die wichtigen und konkreten Schlussfolgerungen aus dem NSU-Terror ziehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Ich dachte, Sie geben jetzt einen positiven Ausblick!)

Diese Koalition wird es nicht zulassen, dass der NSU-Terror kleingeredet wird. Wir werden weiter für Aufklärung sorgen und wir werden an diesem Punkt auch klar benennen, dass es für uns ein Verbrechen ist, was in die Thüringer Geschichte eingegangen ist und das man in seiner Gänze betrachten muss. Das bedeutet auch einen klaren Kampf gegen Rechtsextremismus an der Wurzel und mit diesen Worten bedanke ich mich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Das Wort hat jetzt Abgeordneter Höcke, Fraktion der AfD.

(Beifall AfD)

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Ministerpräsident Ramelow, auf der Einladung zum heutigen Plenum stand, dass wir heute eine Regierungserklärung hören würden.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben eine gehört!)

Ich habe heute nur eine Regierungsvorlesung gehört.

(Beifall AfD)

Sie sind sicherlich in Kenntnis über § 28 Abs. 1 der Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses. Das war keine Meisterleistung, das sage ich Ihnen mal als Anfänger,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Heiterkeit DIE LINKE)

weil Ihr Ruf als exzellenter Rhetoriker Ihnen eigentlich vorausgeeilt ist. Ich hoffe, dass Sie irgendwann dann auch wieder den Standard liefern können, den ich von Ihnen erwarte.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Politikum!)

Ansonsten können Sie froh sein, dass Ihre Kollegen, sowohl auf den Abgeordnetenbänken als auch auf der Regierungsbank, während Ihrer Erklärung ausgiebig auf ihren Smartphones gedaddelt haben,

(Zwischenruf Taubert, Finanzministerin: Das ist ja unverschämt!)

sonst wären wahrscheinlich die Köpfe auf das Holz geschlagen und einige Nachrücker hätten sich startklar machen müssen, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das einzig Gute daran, dass Sie jetzt da stehen können, ist, dass Sie die Schüler nicht mehr ertragen müssen!)

Ja, jetzt beruhigen Sie sich mal wieder! Ganz ruhig! Ich möchte gerade noch was zur Form sagen. Ich bedauere es außerordentlich, dass das Rumgedaddel auf Smartphones auch in diesem Hohen Haus Einzug gehalten hat.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das möchte ich mal ganz deutlich betonen, weil ich denke, dass es der Würde dieses Hauses nicht angebracht ist. Ich habe in meiner Fraktion angeraten, die Benutzung der Technik während des Plenums einzustellen, weil es mir als Respekterweisung vor dem Hohen Haus dient, und wir möchten auch dieses Zeichen setzen, dass wir die Würde dieses Hohen Hauses gewahrt wissen wollen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Dann setzen Sie sich!)

Ich habe aus der Presse erfahren, dass ich in den letzten Plenarsitzungen rumgepöbelt hätte.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben Sie!)

Ja, gut.

Wenn das so ist, dann möchte ich darüber mein Bedauern ausdrücken. Ich möchte das wirklich tun. Ich möchte mein Bedauern ausdrücken, weil ich tatsächlich ein Mensch bin, der auf Ausgleich angelegt ist.

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD: Der war gut!)

Nein, der war nicht gut, das ist so.

Das heißt nicht, dass ich in der politischen Auseinandersetzung nicht auch deutlich werden will. Alles andere wäre Lebenszeitverschwendung und das muss ja nicht sein.

Ich möchte aber auch mal auf den Gebrauch des Zwischenrufs aufmerksam machen und darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren und Jahr-

(Abg. Höcke)

zehnten leider eine deutliche Qualitätsabsenkung konstatieren müssen, was den Gebrauch des Zwischenrufs angeht.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde mich freuen, wenn wir wiederum die Würde des Hohen Hauses auch dadurch erhalten könnten, dass wir intelligent und sicherlich platziert einen Zwischenruf landen, aber vorher vielleicht doch mal nachdenken. Das würde mich freuen. Ich weiß, dass meine Kollegen in der AfD-Fraktion das auf jeden Fall so handhaben werden und hier ein deutliches Zeichen senden werden.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Es gab keinen Zwischenruf, es hat also nicht geklappt mit dem Nachdenken!)

So, jetzt kommen wir von der Form weg und wollen auch mal zum Inhalt gehen, denn das ist notwendig, damit das Ding wird. Nicht wahr? So ein kleines Landesparlament wie das unsere – ich bin eigentlich der Meinung, dass es noch weiter verkleinert gehört – ist grundsätzlich nicht der Ort, an dem die großen Dinge besprochen werden dürfen. Aber ich denke, so ein historisch-politischer Sündenfall wie die Wahl eines kommunistischen Ministerpräsidenten

(Unruhe DIE LINKE)

ist dann schon mal Anlass genug,

(Beifall AfD)

um auch mal grundsätzlich einzuschwenken, Herr Ramelow.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: ... hab ich doch angekündigt!)

Dies nur vorweg. Ich sehe eindeutig eine personelle, institutionelle, konstitutionelle Kontinuität Ihrer Partei, Herr Ramelow, zu den Mauerkillern der SED. Das wird auch überhaupt nicht wegdiskutiert werden können.

(Beifall AfD)

Ich schließe mich ganz eindeutig der Aussage des Trägers der Thüringer Verdienstmedaille Reiner Kunze an, der in einer Anzeige kurz vor der Wahl sagte: Die Linke ist der „Kokon der kommunistischen Plattform“. Dem möchte ich mich ausdrücklich anschließen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe Baubeuf, Blanqui, Weitling, Marx und Engels gelesen.

(Zwischenruf Abg. Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Aber nicht verstanden!)

Wir können ja mal die Probe machen in einem internen Diskurs, Herr Kollege, ob ich es verstanden habe oder ob Sie es gelesen haben.

Ich kann Ihnen versichern – und hören Sie gut zu –, dass ich die Kritik der Frühsozialisten und einiger kommunistischer Theoretiker am Kapitalismus sehr wohl nachempfinden kann. Ich betone an dieser Stelle, dass wir den Zustand des gegenwärtigen Finanzkapitalismus tatsächlich überwinden müssen, wenn wir unseren blauen Planeten nicht gegen die Wand fahren wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall AfD)

Aber ich betone auch, dass die Lösungsansätze der Sozialisten und Kommunisten keine sind. Der Kommunismus steht für 100 Millionen Tote im 20. Jahrhundert. Der Kommunismus versucht, das gleichzuschalten, was nicht gleich ist.

(Beifall CDU, AfD)

Das ist genauso ein großes Verbrechen, wie wenn man das Ungleiche gleichschalten will.

(Beifall CDU, AfD)

Ich sage – und da bin ich bescheiden als Politiker –: Die Politik darf den Menschen beim Werden nur unterstützen. Die Selbstentfaltung der Anlagen jedes Einzelnen muss vom Einzelnen vollzogen werden.

(Beifall AfD)

Der ideologische Machbarkeitswahn, Herr Ramelow, der auch aus Ihrem Koalitionsvertrag spricht, mündet in eine Erziehungsdiktatur.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe DIE LINKE)

Sie wollen nicht Ihrem Land dienen, sondern Sie wollen nur eine Utopie – das ist eigentlich eine Dystopie, die ich sehe, keine Utopie – verwirklichen. Ihr Motto scheint es zu sein – jetzt werde ich ganz konkret, wenn ich den Blick auf Thüringen lenke und das, was Sie mit unserem Freistaat vorhaben –: Sie lenken da um, wo Thüringen einigermaßen in der Spur war, und setzen dort auf Kontinuität, wo bisher schon vieles falsch gelaufen ist, Herr Ramelow.

(Beifall AfD)

Werfen wir einen Blick auf die Finanzen und die Wirtschaft: Es ist doch bezeichnend, dass das Kapitel „Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik“ das vorletzte des Koalitionsvertrags ist.

(Unruhe DIE LINKE)

(Abg. Höcke)

Die Grundlage der politischen Gestaltung wird quasi als Beiwerk hinten drangefügt, das sagt doch schon alles.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Grundlage ist der Mensch!)

Der Mensch steht natürlich immer im Mittelpunkt, da haben Sie recht.

Sie werden Thüringen in ein finanzpolitisches Abenteuer stürzen, weil die angekündigten Ausgaben absolut unmöglich sind.

Das Einzige, was Sie realistisch gegenfinanzieren, ist das kostenlose Kindergartenjahr. Das finanzieren Sie dadurch gegen, dass Sie etwas Bewährtes fallen lassen, nämlich das Landeserziehungsgeld; dazu später noch einmal mehr.

Es wird weiterhin mit nicht vorhandenen Haushaltsüberschüssen jongliert und es wird auf nicht zugesagte Bundeszuschüsse gesetzt. Ich sage ganz deutlich, letztlich verbrennt man hier das Holz, an dem sich unsere Kinder und Enkel noch wärmen sollen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Holz ist ein nachwachsender Rohstoff!)

Frau Henning-Wellsow erklärte während der Vorstellung des Koalitionsvertrags ganz treffend – ich zitiere –: „Nicht alles, was wir wollen, ist bezahlbar.“ Recht hat sie, Frau Henning-Wellsow.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Henning!)

Auf Bundesebene wollen Sie für einen Subventionsabbau eintreten, in Thüringen aber alle verfügbaren Mittel abgreifen. Mit diesem Widerspruch im Gepäck, lieber Herr Ramelow, werden Sie wahrscheinlich im Bund nicht weit kommen, auch wenn die verehrte Kanzlerin Ihnen schon die Hand geschüttelt hat.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Es ist gar nicht erkennbar, wo Sie Geld einsparen wollen. Ob wirklich die Erhöhung der Anzahl der Staatssekretäre Einsparpotenzial birgt, das wage ich allerdings zu bezweifeln.

(Beifall AfD)

Und auch die Gebietsreform wird nicht zu Einsparungen führen, wie das Beispiel aus anderen Bundesländern zeigt, ganz deutlich zeigt, im Gegenteil, das Einzige, was Sie den Bürgern zumuten, sind längere Wege zu den Ämtern. Auch innovative wirtschaftspolitische Ideen sucht man in Ihrem Koalitions-

vertrag vergeblich. Dafür soll aber die Sozialwirtschaft ausgebaut werden, in die Unternehmensführung wollen Sie eingreifen und die Subventionstöpfe öffnen, und das bei 16 Milliarden Schulden. Herr Ramelow, wie soll das funktionieren?

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Durch Einsparungen, die wir ...)

Die Energiewende, ein wichtiges Thema gerade für die Grünen in Ihrer Koalition, aber auch für Sie. Die Energiewende bedeutet für Sie nur Chancen. Die Kosten der EEG-Umlage und die hohe Staatsquote führen allerdings zu permanent steigenden Preisen.

(Beifall CDU, AfD)

Dass die Wirtschaft und dass die kleinen, mittelständischen und Handwerksbetriebe unter diesen ständig steigenden Preisen leiden, das scheint Ihnen völlig egal zu sein, liebe Freunde von der rot-rot-grünen Koalition.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU, AfD)

Und auch dass die Pleite der Geraer Stadtwerke-Holding maßgeblich, Herr Ramelow, mit dem massiven Eingriff in den Energiemarkt zusammenhängt, das haben Sie anscheinend überhaupt gar nicht begriffen.

(Beifall CDU, AfD)

Das Schlimmste aber ist – und das sage ich jetzt mal ganz bewusst als Konservativer, dem die Ökologie sui generis am Herzen liegt –, das Schlimmste aber ist, dass Ihre auf Ideologie, Hysterie und Unvernunft gegründete Energiewende unserer Natur schweres Leid zufügt.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist richtig!)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zerstörungswerk der energiepolitischen Transformation, das Sie vorhaben und das Sie hier in Thüringen forcieren wollen, das wird unsere einzigartige Kultur- und Naturlandschaft in einer Weise verändern, transformieren – das ist ja der beliebte Begriff, den Sie immer wieder verwenden, wenn Sie auf Zerstörungswerke nicht wirklich direkt hinweisen wollen –, das wird unsere einzigartige Kultur- und Naturlandschaft in einer Weise verändern, wie es die industrielle Revolution nicht zu leisten imstande war, Herr Ramelow.

(Beifall CDU, AfD)

(Unruhe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Sehr witzig!)

(Abg. Höcke)

Zur Innenpolitik. Ich kann Ihnen nur raten: Missbrauchen Sie die Innenpolitik nicht als ideologische Spielwiese. Die im Koalitionsvertrag ausgewiesenen Veränderungsabsichten sind Ausfluss

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Sie aber auch!)

– und das ist der gegenteilige Geist von dem, den Sie immer beschwören – einer Misstrauenskultur.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kennzeichnungspflicht für Polizisten liefert unsere Polizisten und deren Familien Chaoten aus.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch völliger Unsinn!)

Die neue Definition des Rechtsbegriffs der Gefahr wird die Beamten noch wehrloser machen. Das ist vorauszusehen.

(Beifall AfD)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich sage ganz deutlich: Die Thüringer Polizei braucht keine Neuausrichtung. Die Thüringer Polizei leistet sehr gute Arbeit und hat eine der höchsten Aufklärungsquoten dieser Republik, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall CDU, AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

Sie begründen auch nirgendwo, Herr Ramelow, welchen Nutzen es hat, in die Polizei verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Wie Sie das schon aussprechen, das ist widerlich, Herr Höcke!)

Entspannen Sie sich! Am besten laufen Sie mal um das Hohe Haus, das entspannt. Machen Sie ein bisschen Sport. Ich weiß, Herr Ramelow und liebe Kolleginnen und Kollegen vom roten Block, ich weiß, dass Sie das ideologische Ziel haben, Deutschland abzuschaffen. Das möchte ich hier mal in aller Deutlichkeit sagen.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Beifall AfD)

Und ich entgegne Ihnen Ihre ideologische Zielsetzung mit den Worten der Kanzlerin. Die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel hat gesagt: Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert.

(Beifall CDU, AfD)

In diesen Kontext passt die Forderung nach einem Ausländerwahlrecht. Auch sie ist Egoismus pur,

kein Altruismus, wie Sie das vorgeben hier zu pflegen, liebe Freunde vom roten Block.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Wir sind keine Freunde!)

Sie ist Egoismus pur,

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn Sie schielen auf eine wachsende Wählerschicht, die Sie mit sozialen Wohltaten bei Laune halten wollen. Das ist Ihre originäre Zielsetzung.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wahlrecht und Staatsbürgerschaft sind aber untrennbar miteinander verknüpft.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder Ausländer, der dauerhaft in Deutschland und in Thüringen lebt und der sich hier integriert, hat selbstverständlich das Recht, dann auch im Abschluss eines gelungenen Integrationsprozesses die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, selbstverständlich. Selbstverständlich soll er dann auch wählen dürfen.

(Beifall AfD)

Es ist eine Schande, dass Sie das bewährte Landeserziehungsgeld abschaffen wollen.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Wahlfreiheit erhalten!)

Sie rauben verantwortungsbewussten Eltern die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, was das Beste für ihr Kind ist, und ich sage Ihnen, in Thüringen haben wir überwiegend verantwortungsbewusste Eltern.

(Beifall AfD)

Alles andere ist eine Misstrauenskultur,

(Beifall CDU, AfD)

die Sie selbstbewusst erziehenden Eltern entgegenbringen, Herr Ramelow.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Genau!)

Schon die Jüngsten unterwerfen sich staatlichen Einflussnahmen.

(Unruhe DIE LINKE)

Der Thüringer Bildungsplan von 0 bis 18 Jahre zeigt den Weg in eine Welt, die das Unterste nach oben kehrt. Mit Ihrem Ansatz zur Früh- und Hypersexualisierung

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe es gewusst!)

(Abg. Höcke)

rauben Sie Ihren Kindern ihre unbeschwerte Kindheit. Und ich sage ganz klar: Wer es wagt, die Seele unserer Kinder anzurühren, wer es wagt, unseren Kindern ihre Kindheit zu rauben, der muss mit unserem entschlossenen Widerstand rechnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hören Sie gut zu, Frau Rothe-Beinlich, es wird noch besser. Auch dem Gender-Totalitarismus, dieser Fehlgeburt des Behaviorismus,

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

werden wir die Stirn bieten, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Nach der politischen Revolution und der Kulturrevolution versuchen Sie jetzt die anthropologische Revolution. Das werden wir zu verhindern wissen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich ja, wenn Sie sich freuen und endlich mal wieder aufwachen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Hauptsache, man kann Ungleiches gleichschalten und Bewährtes zerstören, nicht wahr? Das ist doch Ihre Zielsetzung.

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage auch ganz eindeutig, liebe Freunde vom roten Block: Was Sie mit Ihrem Körper machen oder wie Sie sich fühlen oder definieren, das ist mir völlig egal,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist schön!)

aber wenn Sie Ihre perverse Sicht auf die Welt als allgemeine Erziehungsmaxime

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

durchsetzen wollen, werden Sie scheitern.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Höcke, ich bitte Sie eindringlich zum wiederholten Male, mäßigen Sie sich!

(Zwischenruf aus dem Hause: Ordnungsruf!)

Abgeordneter Höcke, AfD:

Frau Präsidentin, zum wiederholten Male? Das ist mir gerade nicht zu Ohr gedungen. Wann haben Sie mich noch ermahnt?

Vizepräsidentin Jung:

In einer der letzten Sitzungen.

Abgeordneter Höcke, AfD:

In einer der letzten Sitzungen? Danke schön. Aber dann bitte ich auch, dass Sie ein bisschen für Ordnung sorgen, was das Plenum angeht.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das steht Ihnen nicht zu!)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Sie meckern, kriegen Sie noch einen zweiten Ordnungsruf!)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Höcke, Sie haben das auch nicht zu kommentieren. Da Sie neu im Plenum sind, sagen ich Ihnen das jetzt noch mal.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Danke schön.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass der Gleichstellungsausschuss und die Einführung dieses Ausschusses Fehler waren.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Höcke, darf ich Sie noch einmal unterbrechen? Der Abgeordnete Adams möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Nein, keine Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Jung:

Gestatten Sie das?

Abgeordneter Höcke, AfD:

Nein.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Klar, weil er sie nicht beantworten kann. Jetzt halten Sie doch mal die Klappe!)

Die einseitige Bevorzugung von Frauen allein aufgrund ihres Geschlechts führt nicht zu einer positiven Diskriminierung, sondern zu einer weiteren negativen Diskriminierung. Es werden nicht nur exzellente Männer von Führungspositionen ausgeschlossen, sondern auch leistungsstarke Frauen in ver-

(Abg. Höcke)

antwortungsvollen Positionen in ihrer Autorität untergraben. Starke Frauen brauchen keine Quote.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie müssen es ja wissen!)

Ich beklage hier auch die fehlende Bereitschaft, die ich im Koalitionsvertrag leider erkennen musste, aller Gefährdung der Demokratie wirksam und mit Entschlossenheit zu begegnen. Wir unterstützen den Kampf gegen Extremismus jeder Art.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Dann schaffen Sie sich ab!)

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Das sagt der Richtige!)

Obgleich der Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz 2013 von zum Teil hemmungsloser Gewalt der linksextremistischen Szene spricht und Linksextremisten im Vergleich zu Rechtsextremisten weit mehr als doppelt so viele Gewalttaten verüben, wird der Kampf gegen die linken Demokratiefeinde in Ihrem Koalitionsvertrag, man wundert sich, an keiner Stelle erwähnt.

(Beifall AfD)

Auch wenn Sie nicht nur vom Kampf gegen Rechts extremismus sprechen, sondern vom Kampf gegen rechts – und ich frage Sie mal: Was ist denn gegen einen Rechtsdemokraten einzuwenden, Herr Ramelow?

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Einiges, einiges!)

Dann weiß ich, was dahintersteht. Da steht kein Kampf gegen Extremismus hinter so einer Begrifflichkeit, sondern es steht ein Kampf gegen die bürgerliche Welt dahinter. Das ist Ihr Endziel!

(Beifall CDU, AfD)

Jetzt gibt es für dieses einseitig ausgerichtete Landesprogramm noch einmal eine Million mehr, nicht in der Legislatur, sondern pro Jahr – toll, wunderbar –,

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das ist auch gut so!)

(Beifall DIE LINKE)

wahrscheinlich mit dem Ziel, nicht vermittelbare und oftmals dem linksextremistischen Milieu entstammende Politologen und Sozialpädagogen in gut versorgte Pfründe reinzubringen. Das ist der Hintergedanke dieses Programms, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Passus im Koalitionsvertrag, Herr Ramelow, hat mich beeindruckt, der hat mich wirklich beeindruckt. Ich zitiere aus Ihrem Koalitionsvertrag: „Die Ergebnisse der Landtagswahlen haben neue Gefährdungen der demokratischen politischen Kultur aufgezeigt.“

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Ja, elf Abgeordnete!)

Diese selbstkritische Reflexion macht Hoffnung.

(Beifall CDU, AfD)

Denn bekanntlich ist die Einsicht der erste Schritt zur Besserung, liebe Freunde.

Die Thüringer haben eine von den Linken geführte rot-rot-grüne Regierung nicht gewünscht. Darauf hat Herr Mohring schon hingewiesen. Nur 24 Prozent der Wahlberechtigten haben Ihrer Koalition die Stimme gegeben. Die drei bürgerlichen Parteien CDU, AfD und die nicht mehr im Parlament vorhandene FDP waren dort mehrheitlich gewählt worden.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Eine Stimme mehr, Sie eine Stimme weniger!)

Sie sind de facto eine Minderheitsregierung – das sollten Sie immer wissen –, was die Zustimmung der Thüringer Bevölkerung angeht. Ich bin nach wie vor überzeugt, Herr Ministerpräsident, dass Ihre parlamentarische Mehrheit sehr wackelig ist.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das ist Mathematik!)

Ihre größte Stütze – und jetzt muss ich auch ein bisschen Kritik an der CDU-Fraktion mitteilen –,

(Beifall AfD)

das sind im Augenblick Frau Merkel und Herr Tauber. Denn diese beiden haben eine von mir sogenannte Merkel-Tauber-Doktrin ausgegeben.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ergebnis dieser Merkel-Tauber-Doktrin ist, dass Frau Merkel und Herr Tauber konstatieren, dass es indirekt schlimmer ist oder dass es indirekt bedauerlicher ist

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie war das mit der freien Rede?)

– ja, ich darf mich auch mal verhaspeln –, dass Sie eher bereit sind, einen kommunistischen Ministerpräsidenten unter Tolerierung von ehemaligen Stasimitarbeitern und Stasizuträgern in Thüringern zu tolerieren als einen CDU Ministerpräsidenten, der von der Zustimmung der AfD-Abgeordneten abhängt. Das tut uns leid, liebe CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rassismus tut weh!)

(Abg. Höcke)

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Oder von einem Rassisten!)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Kleine Mathematikschwäche!)

(Beifall AfD)

Auch Ihre Haltung im Rahmen der Koalitionsverhandlungen lässt bei mir Fragezeichen aufzeigen. Sie haben beispielsweise in Gesprächen mit der CDU signalisiert, dass Sie bereit wären, das Landeserziehungsgeld dem Machterhalt zu opfern. Ich möchte Sie an diesem Beispiel daran erinnern, dass es Inhalte gibt, dass es Werte gibt, die man verteidigen sollte, egal, was einem geboten wird und welche Ziele man hat. Ich ermuntere die CDU: Versuchen Sie sich an eine alte Wertorientiertheit der Union wieder heranzuwagen, versuchen Sie der Beliebigkeit, die der Union leider in den letzten Jahren in die Knochen gedrunken ist, Herr zu werden und diese abzuschütteln. Ich glaube, gerade Sie, Herr Mohring, haben vielleicht die Chance, die Union auf einen Kurs zu bringen, um diese Partei, diese große, alte Partei, die mal eine gute Vergangenheit hatte, die aber mittlerweile etwas unkenntlich geworden ist, vielleicht doch wieder zu neuen Ufern zu führen und ihr eine neue Zukunft zu geben. Das würde ich mir wünschen, Herr Mohring.

(Beifall AfD)

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag – mir schlägt so viel Widerstand entgegen, aber daran muss ich mich wohl noch weiter gewöhnen. Ich werde es tun und ich werde das auch leisten können. Ich bin ein Mann, der mit allen redet auf der sachlichen Ebene, mit jedem das Gespräch führt

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Wir werden mit Ihnen kein Gespräch führen, Ihre Selbstgefälligkeit nicht weiter bedienen!)

– auch mit Ihnen im Übrigen. Der einzige Ausschlussgrund ist, wenn mir mit Gewalt oder mit Beleidigung entsprechend begegnet wird. Das wäre der einzige Ausschlussgrund. Ansonsten bin ich ein Mann, der zuvorderst in die Politik eingetreten ist, weil er der Meinungsfreiheit dienen möchte. Diese Motivation werde ich mir auch behalten.

Die AfD ist eine Fraktion des gesunden Menschenverstandes

(Unruhe DIE LINKE)

und wir sind dezidiert antiideologisch. Und wir sagen hier ganz deutlich: Alles das, was dem Interesse unseres Landes dient, alles das, was es an Inhalten hier zu beschließen gibt, die auch mit unserem Landtagswahlprogramm in Einklang stehen, werden wir hier zusammen mit Ihnen beschließen. Wir werden eine konstruktive Oppositionsarbeit machen, das versichere ich Ihnen. Ansonsten – und da spreche ich, denke ich, auch in einer Stimme

meiner Fraktion – sind wir auch nicht böse und erwarten es auch nicht, wenn diese Legislatur keine fünf Jahre geht. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Hey für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Hey, SPD:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Sehr geehrter Herr Höcke, ich bedauere es manchmal sehr, dass es nicht möglich ist laut Geschäftsordnung, mitten in einem Tagesordnungspunkt einfach mal eine Pause einlegen zu können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch gar nicht viel auf Ihren Redebeitrag eingehen, nur so viel möchte ich sagen: Wenn politische Selbstüberschätzung Rad fahren könnte, müssten Sie bergauf noch bremsen.

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir alle haben im politischen Bereich aufregende Wochen in Thüringen hinter uns, an deren Schlusspunkt die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten stand. Heute befassen wir uns mit seiner Regierungserklärung und den Vorhaben einer Koalition, die sich in einem entsprechenden Vertrag dreier Parteien wiederfinden.

Jetzt haben wir auch schon einiges gehört über diesen Koalitionsvertrag, der die weitere politische Zukunft Thüringens beschreibt, also die Zukunft unseres Landes. Wir haben gehört, was Herr Mohring davon hält, wir haben gehört, was Sie, Herr Höcke, davon halten. So eine Regierungserklärung ist ja auch kein Pipifax, um es mal mokant zu sagen.

Ich möchte aber auf die Rede von Herrn Mohring noch einmal eingehen. Das war ein bemerkenswerter Redebeitrag, ich habe sehr genau zugehört. Zwei Dinge sind mir aufgefallen. Zunächst haben Sie hingewiesen auf die Adventsstimmung, die im Moment hier eigentlich vorherrschen sollte – da haben Sie recht. Dann haben Sie geschildert, wie gut Thüringen eigentlich in Deutschland dasteht, das war gleich zu Beginn Ihrer Rede. Und Sie haben – das hat mich aufhorchen lassen – vor allen Dingen den Bereich der Bildungspolitik skizziert. Das war der Bereich, Herr Mohring, auf den sich Ihre Partei insbesondere eingeschossen hatte, auch was die Arbeit von Christoph Matschie betraf, da blieb kein

(Abg. Hey)

Stein auf dem anderen. Die Abteilung Attacke ist da auf Hochtouren gelaufen und selbst im Wahlkampf – das muss man sich mal vorstellen – ist gesagt worden: Nach dem 14. September und damit wir das alles an Missständen im Bildungsressort auch wieder abstellen können, werden wir irgendwann als CDU das Bildungsministerium übernehmen. Daran kann ich mich noch sehr gut erinnern.

Sie haben auch die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen gelobt. Auch da sage ich: Ich danke Ihnen ausdrücklich dafür, auch das war ein Bereich, in dem zwei SPD-Minister Akzente gesetzt haben. Also, ganz so viel falsch gemacht haben, können wir ja nicht. Ich danke Ihnen aber auch ausdrücklich für Ihre Worte, Herr Mohring, zur politischen Kultur in diesem Land oder – wie Sie es auch berechtigterweise dargestellt haben – zur Unkultur. Ich wollte eigentlich gar nicht groß darauf eingehen, aber Sie haben es selber angesprochen. Das ist auch wichtig, weil das, was wir erlebt haben in den letzten Wochen und Monaten, eigentlich nichts mehr mit normalem Menschenverstand zu tun hatte, was hier Kolleginnen und Kollegen auch aus diesem Haus erdulden mussten an Drohanrufen, an Drohbriefen, an Mails, an Beleidigungen, an Beschimpfungen und – Sie selbst haben es auch gesagt – an Sachbeschädigungen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das hier noch einmal thematisiert haben. Aber, lieber Kollege Mohring, dann muss man sich immer auch an den eigenen Worten messen lassen. Ich glaube, in der politischen Debatte, die Sie auch heute hier geführt haben, ist es natürlich durchaus legitim, ist es auch durchaus erlaubt, beispielsweise zu sagen, dass die Stasi in der Koalition nichts zu suchen hätte. Das haben Sie hier vorn wörtlich am Mikrofon gesagt und in die geöffneten Stenoblöcke hineindikiert.

(Beifall CDU, AfD)

Aber das hat, lieber Herr Mohring, auch einen Nebeneffekt: Es verursacht nämlich bei etlichen Menschen Angst, es schürt Vorurteile. Das ist nicht immer gut für das politische Klima.

Dazu auch noch ein Wort: Sie haben in Emleben vor gar nicht allzu langer Zeit direkt vor der Haustür meiner Heimatstadt bei einer politischen Veranstaltung Ihrer Partei vor einem tobenden Saal zu dieser neuen politischen Konstellation wörtlich gesagt: Wir werden diese Bande vor uns hertreiben.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

Ich weiß nicht, lieber Herr Mohring, ob das der richtige Stil ist, solche Worte in einer derart aufgeheizten politischen Debatte zu benutzen. Das muss ich auch mal deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber zurück zum Thema, es geht ja heute um die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten und um die Ziele, die dort aufgezeigt wurden und über die sich selbstverständlich auch gern in ihrer Wegbeschreibung streiten lässt. Deswegen will ich auch eingangs gern die Frage stellen: Was ist das für ein Land, in dem wir leben? Wie verstehen wir dieses Land? Welche Probleme, welche Aufgaben haben wir in diesem Land zu lösen? Die Regierungspartner haben einen Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht, der an die von uns angestrebten Projekte der letzten Legislatur anknüpft, aber auch gleichzeitig einen neuen Weg beschreitet. Wir wollen uns auf diesen neuen Weg machen zu einem Thüringen mit einem Mehr an sozialer Balance, mit einem Mehr an Chancengleichheit und einem ausgeprägten ökologischen Bewusstsein. Das wird nicht leicht, denn schon die Rahmenbedingungen für das Beschreiten dieses Weges sind kompliziert. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen das neue politische Bündnis teilweise skeptisch, auf alle Fälle aber mit sehr hohen Erwartungen. Für unsere gemeinsame Arbeit müssen genau deshalb nach außen und nach innen die Prinzipien der Transparenz und des gegenseitigen Respekts gelten, aber wir müssen vor allem auch sehr sensibel gegenüber den Bedürfnissen der Wählerinnen und Wähler sein. Über alledem steht ein enormes Maß an Vertrauen unter uns Bündnispartnern, denn nur wenn das gegeben ist, wird Rot-Rot-Grün auch fünf Jahre lang funktionieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist auch ein Teil der neuen politischen Kultur, deren Erwartungen wir erfüllen möchten. Ein guter Umgang miteinander zeugt von Respekt, Gleichberechtigung und ist gleichzeitig das Fundament einer erfolgreichen Zusammenarbeit. Ich sage das hier ganz deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir sind hier keine Koalition von Partnern zweiter oder dritter Klasse, wir sind hier gleichberechtigt in dieses Bündnis gestartet.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dem neuen Politikstil unseres Bündnisses gehört auch ein integrativer Ansatz, der sich auf alle Politikfelder auswirken wird. Ich nenne zum Beispiel die Asyl- oder die Migrationspolitik oder auch die Gleichstellungs- oder die Arbeitsmarktpolitik. Mit Recht haben die Menschen draußen im Land Hoffnungen, die sie an die Politik richten. Eine dieser Hoffnungen und eine dieser Erwartungen ist die, dass die soziale Balance und der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt werden. Es ist ja nicht unbekannt, dass der Abstand zwischen Arm und Reich immer größer wird – auch in unserer Gesellschaft, auch in Thüringen. Zugleich verzeichnen wir einen derzeit latenten Drift zu politisch extrem

(Abg. Hey)

rechtsorientierten Organisationen und Gesinnungsgemeinschaften, der stetig zunimmt. Wir werden fast täglich Zeugen von rassistischen, antisemitischen, fremdenfeindlichen, aber auch verstärkt antimuslimischen Äußerungen. Ich will nur auf eines hinweisen – das hat vorhin auch in der Debatte eine Rolle gespielt und da wurde es sehr unruhig hier im Haus –: Anfang dieser Woche diskutiert der Zentralrat der Muslime über eine Mitverantwortung der Politik Deutschlands und seiner Länder am Erstarken dieser Anti-Islam-Bewegung Pegida, und während das noch leidenschaftlich diskutiert wird, meine Damen und Herren, schwafelt man schon wieder insbesondere in einem benachbarten Bundesland davon, die deutsche Sprache in Familien mit Migrationshintergrund quasi pflichtgemäß sprechen zu müssen. Das macht mich nachdenklich,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

insbesondere, wenn das aus einem Bundesland kommt, wo teilweise Dialekte gesprochen werden, die allenfalls auch nicht viel mit der deutschen Sprache zu tun haben.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klar ist, es müssen weitere Schritte getan werden, um Ängste und Vorurteile gegenüber Migranten und Flüchtlingen abzubauen. Wir müssen uns dafür einsetzen, ein friedliches und tolerantes Miteinander aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Das heißt, Menschen, die vor Terror, Krieg oder politischer Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen sind, dürfen wir nicht brüsk abweisen. Diesen Menschen müssen wir mit Respekt und Fürsorge begegnen und ihnen Schutz gewähren. Das gebietet uns unser Anstand gegenüber den Verfolgten und Vertriebenen und ist zudem Ausdruck unseres demokratischen und sozialen Wertesystems. Ich sage das auch sehr bewusst im Hinblick auf die jüngst bekannt gewordenen Vorgänge zum Beispiel auch in Thüringer Behörden wie in Sömmerda. Ein Zeichen für unseren Willen, die Situation für die Flüchtlinge in Thüringen deutlich zu verbessern, ist der Beschluss des Kabinetts zum Winterabschiebestopp, der bereits in der 2. Sitzung getroffen wurde.

Unser Engagement gegen Extremismus und für zivilgesellschaftliches Engagement haben wir schon durch das Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz gezeigt. Diesen Ansatz wollen wir auch in dieser neuen Koalition weiterführen. Dieses Landesprogramm wird nämlich um 1 Million Euro pro Jahr aufgestockt und bekommt eine klare Ausrichtung in der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet für uns auch, dass wir gemeinsam mit allen Fraktionen hier im Hohen Haus die Konsequenzen aus der Aufarbeitung der NSU-Verbrechen ziehen. Thüringen steht – wir haben das auch schon in den Reden meiner Vorredner gehört – in einer besonderen Verantwortung, weiter an der Aufarbeitung der Verbrechen des Terrornetzwerks NSU mitzuwirken. Darum wollen wir die Ergebnisse und Empfehlungen des Untersuchungsausschusses – der komplette Name war „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ – konsequent umsetzen, die parlamentarische Untersuchung auch weiter fortführen, die Thüringer Sicherheitsbehörden in die Lage versetzen, Rechtsextremen mit einem konsequenten, repressiven Vorgehen zu begegnen. Alle rechtlich zulässigen und geeigneten Mittel sollten dazu ausgeschöpft werden.

Wenn ich eben gesagt habe, dass die Schere zwischen Arm und Reich auseinandergeht, dann müssen wir auch darüber reden, wie es auf dem Arbeitsmarkt aussieht. Dort gibt es gravierende Fehlentwicklungen in unserer Republik. Ursache dafür sind zum Beispiel die sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnisse, aber darunter könnte man auch ganz viele andere Dinge subsumieren. Wir haben bereits in der letzten Legislatur mit gezielten Maßnahmen für gute Arbeitsbedingungen – wie das von uns initiierte Vergabegesetz – entgegengesteuert. Mit einer ganzheitlichen Betrachtung ist es natürlich auch wichtig, bestimmte Leitlinien fortzuführen und neue Ansätze anzuwenden. Das ist eben bei diesem Thema „Gute Arbeit“ nicht nur sehr gut möglich, das ist auch dringend erforderlich. Denn das Thema „Gute Arbeit“ ist im Kern nicht nur aktive Wirtschaftspolitik, die als Resultat ihrer politischen Gestaltung bessere Bildung und Ausbildung, Forschung und Infrastruktur, aber genauso durch eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden Arbeitsplätze schafft und auch sichert. Zu den konkreten Maßnahmen, für die wir in dieser Regierung stehen, zählen dabei vor allem die Fortführung des Landesarbeitsmarktprogramms „Arbeit für Thüringen“, die Fortführung der Programme TI-ZIAN und ThINKA, die Menschen in schwierigen Lagen Unterstützung bieten, aber auch die bessere Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt.

Wenn wir über Bildung, über Fortbildung gesprochen haben, dann heißt das auch, dass es unser Ziel sein muss, dass jeder Schüler und jede Schülerin einen Abschluss in der Tasche hat. Um dies sozial Benachteiligten zu ermöglichen, sind wir froh, dass sich die neue Landesregierung entschlossen hat, die Schulsozialarbeit weiter zu fördern und gesetzlich festzuschreiben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Hey)

Unsere bisherigen Bemühungen, Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Schulbildung zu bieten, setzen wir fort, denn gleiche Chancen auf den Zugang zu Bildung sind ein sehr hohes Gut. Dazu gehören zum einen auch die Ausweitung des Einstellungskorridors für Nachwuchspädagogen auf jährlich 500 Vollzeitstellen und die Schaffung einer Vertretungsreserve, um Unterrichtsausfall so viel wie irgend möglich minimieren zu können. Dazu zählt der Ausbau der Thüringer Gemeinschaftsschule – heute schon heiß debattiert –, die zu einem flächendeckenden Angebot des langjährigen gemeinsamen Lernens werden soll.

In der Erwachsenenbildung ist die rasche Verabschiedung eines Bildungsfreistellungsgesetzes unser zentrales Projekt. Die Vorarbeiten sind ja hierfür durch die Sozialdemokraten bereits in der letzten Legislatur geleistet worden. Damit würde sich Thüringen endlich der übergroßen Mehrzahl der Länder anschließen und einen gesetzlich verbrieften Anspruch gewähren. Es würde endlich Zeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir also über soziale Balance reden, dann müssen wir den guten Kurs der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik für Thüringen fortführen. Dazu gehört die Förderung eines starken Mittelstandes und des Unternehmergeistes, der mit Unterstützung von Gründerinnen und Gründern erreicht werden kann. Also zählen wir darunter Maßnahmen wie die Stärkung der Kreativwirtschaftsbranche als Querschnittsbranche, eine Unternehmensförderung mit vollumfänglicher Finanzierung durch das Land – auch das ist heute schon dankenswerterweise angesprochen worden. Sämtliche Instrumente der Wirtschaftsförderung, die teilweise mit Mitteln des Bundes oder der Strukturfonds EFRE und ESF finanziert werden, werden nun vollumfänglich mit Landesmitteln komplementär finanziert.

Mich haben viele Menschen gefragt, was denn der neue Zuschnitt des Wirtschaftsressorts bedeuten soll, also diese Zusammenführung des Wirtschaftsbereichs mit dem Bereich der Hochschulpolitik. Dabei ist es eigentlich ganz simpel: Unsere Hochschulen leisten in Forschung und Lehre eine gute Arbeit. Gemeinsam mit unseren Unternehmen kann also hier vor Ort eine intensive Verzahnung entstehen, die kompetente und fähige Köpfe in Thüringen hält und nach Thüringen an unsere Hochschulen und später auch in die Unternehmen ziehen kann. Es geht um das Know-how und wie unsere Wirtschaft dieses Know-how nutzen kann. Und es geht auch darum, Neugründungen vorrangig in wissensintensiven und gut bezahlten Bereichen zu fördern. Ein erster Anreiz ist natürlich die frühe Würdigung der wissenschaftlichen Tätigkeit. Deshalb haben wir uns auf ein Maßnahmenpaket – das heißt: „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ – geeinigt, das

zur Entspannung der Lage für diejenigen führt, die in der Forschung und Lehre tätig sind.

Ein zentrales Anliegen unserer Hochschulpolitik ist der Erhalt und die Weiterentwicklung der Thüringer Hochschullandschaft. Die Koalition bekennt sich ohne Einschränkung zu den bestehenden Hochschulen des Freistaats an ihren jetzigen Standorten. Fusions- und Streichdebatten wird es mit uns nicht geben. Wir werden vielmehr dafür Sorge tragen, dass die unter sozialdemokratischer Federführung entstandene Hochschulentwicklungsplanung, also die „Hochschulstrategie Thüringen 2020“, nun auch umgesetzt wird und die Hochschulen nach den Vorgaben des Wissenschaftsrats in den kommenden Jahren ausfinanziert werden.

Ein neues Denken und einen neuen Umgang verfolgt die Koalition auch im Bereich der ökologischen und der nachhaltigen Politik. Wir wollen eine grundsätzlich andere Politik im Dialog mit Verbänden, Gewerkschaften, sonstigen Akteuren sowie Betroffenen gestalten.

Überhaupt ist der stetige Dialog eins der wichtigsten Instrumente von vorausschauendem Handeln in allen Bereichen. Deshalb lohnt sich auch ein Blick auf die Umweltpolitik, in der wir eine Privatisierung und eine weitere Zentralisierung der Wasserversorgung ablehnen und die Thüringer Fernwasserversorgung transparent gestalten und ihre Aufsichtsführung demokratisieren wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So ist auch für einen effektiven und natürlichen Hochwasserschutz eine überregionale Abstimmung unverzichtbar. Der Hochwasserschutz folgt der Maxime „Vorsorge vor Nachsorge und Schadensbeseitigung“. Das Landesprogramm „Hochwasserschutz“ wird umgehend dahin gehend angepasst. Das ist unser Verständnis von einem nachhaltigen, vorbeugenden Hochwasserschutz und von guter Umweltpolitik.

(Beifall DIE LINKE)

In was für einem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren, leben wir eigentlich, habe ich eingangs gefragt. Im Hinblick auf unsere Geschichte ist es wichtig, dieses Land auch in seiner kulturellen Vielfalt zu verstehen. Unsere Heimat, also das, was wir heute als Thüringen bezeichnen, hat in seiner wechselvollen Historie aus bis zu 30 Residenzen bestanden. Wenn Sie in einer bestimmten Epoche, meine Damen und Herren, durch dieses wunderschöne Land mit einer warenbeladenen Kutsche reisten, mussten Sie bis zu 20-mal Zoll zahlen, so viele einzelne kleine Herzog- und Fürstentümer gab es damals. Jeder dieser Herzöge hatte eigene Residenzen, also Burgen und Schlösser, er hatte eigene Gärten, Parks und Orangerien, er besaß eigene Theater und Orchester. All das ist in Thüringen im-

(Abg. Hey)

mer noch vorhandenen in einer Fülle und in einem Zustand wie nirgend sonst in Deutschland. Das ist fantastisch, das ist wunderbar, das ist ein einmaliger kultureller Schatz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wollen wir diese einzigartige Kulturlandschaft erhalten und weiter fördern.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Und gleichzeitig eine Gebietsreform machen!?)

Das muss allerdings auch gleichberechtigt geschehen und deshalb muss es auch eine gleichberechtigte Behandlung der wichtigsten kulturellen Institutionen in Thüringen geben.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Sie gehen nicht unter dabei!)

Ich stehe heute nicht nur als Vertreter einer Koalition vor Ihnen, sondern auch als Abgeordneter einer Region, die lange für die Gleichbehandlung zweier bedeutender Stiftungen gekämpft hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, wenn wir über Leuchttürme reden, dann ist die Stiftung Schloss Friedenstein Gotha nun endlich auch im Koalitionsvertrag mit der weiteren Entwicklung des „Barocken Universums Gotha“ verankert und sie wird berechtigterweise und endlich als Einrichtung von nationaler Bedeutung betrachtet. Damit sind die beiden Leuchttürme auch klar genannt: die Stiftung Schloss Friedenstein in Gotha und die Klassik Stiftung Weimar.

In der neuen Legislaturperiode forcieren wir die Umsetzung des von der SPD initiierten Landeskulturkonzepts. Zentrale Herausforderung ist für uns dabei die Verstetigung der Kulturausgaben des Landes, was angesichts eines voraussichtlich schrumpfenden Gesamtetats einer riesigen kulturpolitischen Kraftanstrengung gleichkommen wird.

Nicht weniger wichtig ist uns der Erhalt der traditionsreichen Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft. Wir haben dankenswerterweise heute schon einiges davon von Ministerpräsident Ramelow gehört. Hier gilt es, in der 2017 beginnenden, neuen Förderperiode eine langfristige Finanzierung des Landes zu ermöglichen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass auch die kommunalen Theater- und Orchesterträger weiterhin in der Lage sein werden, ihren Teil der finanziellen Verantwortung für die Einrichtungen zu schultern.

(Beifall SPD)

Wir wollen in diesem Sinne die Kommunen daher bei ihrer kulturpolitischen Aufgabenwahrnehmung weiter unterstützen und den Kulturlastenausgleich auch in den kommenden Jahren ungekürzt fortführen. Zudem werden wir prüfen, wie das Land auch

die kommunalen Jugendkunst- und Musikschulen besser als bislang fördern kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun sind das alles schöne Dinge, die ich aufgezählt habe. Das ist wie im Leben: Schöne Dinge kosten Geld. Damit sind wir an einem der wichtigsten Knackpunkte angekommen, denn irgendwie muss auch alles bezahlbar bleiben. Die rot-rot-grüne Regierungskoalition hat einen ambitionierten Vertrag mit vielen guten und neuen Ideen vorgelegt, trotzdem sollten wir uns als Koalitionäre keinen allzu großen Illusionen über die bevorstehenden Aufgaben und finanziellen Möglichkeiten hingeben. Wir müssen der Prämisse des klugen Wirtschaftens folgen. Das restlose Abschmelzen der dem Land vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel – ich sage nur Solidarpakt II bis zum Jahr 2020 –, aber auch der absehbare Rückgang der Förderung der neuen Bundesländer aus den EU-Strukturfonds werden unter Berücksichtigung der Schuldenbremse in der bevorstehenden Wahlperiode die Gestaltungsmöglichkeiten in unserem Land deutlich einschränken. Deshalb ist es gut und deshalb ist es richtig und deshalb ist es auch wichtig, dass die Koalitionspartner vereinbart haben, die im Grundgesetz, der Landesverfassung sowie in der Landeshaushaltsordnung Thüringens verankerten Regelungen nachhaltiger Finanzpolitik als Grundlage der Landeshaushalte dieser Legislaturperiode anzusehen. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu wörtlich, mit Verlaub, Frau Präsidentin – ich zitiere –: „Die in § 18 LHO verankerte Schuldenbremse ist Maßstab für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Die Regelung wird in der bisherigen Form beibehalten.“ Das heißt dann aber auch, dass der Koalitionsvertrag in seinen umschriebenen Themengebieten die angestrebten und gewünschten Entwicklungen für den Freistaat nur immer im Kontext mit diesen finanziellen Spielräumen beschreiben kann. Den Koalitionspartnern ist deshalb bewusst, dass die Umsetzung der Maßnahmen unter dem Finanzierungsvorbehalt des Haushalts steht und auch stehen muss. Ausgabensteigerungen sind durch Einnahmeerhöhungen oder durch Einsparungen an anderer Stelle zu kompensieren. Damit das gelingen kann, definiert der Koalitionsvertrag Bereiche und auch Aufgaben mit Einsparpotenzial.

Auch wenn es in der vergangenen Legislatur nicht möglich war, ein sehr zentrales Projekt, vielleicht sogar eines der wichtigsten Projekte für dieses Land, umzusetzen, bleiben wir dabei: An einer Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform aus einem Guss führt kein Weg vorbei. Ziel ist die Schaffung einer effizienten und kostengünstigen Verwaltung in Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Bin ja mal gespannt, was die Thüringer dazu sagen!)

(Abg. Hey)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen die länderübergreifende Zusammenarbeit wieder intensivieren. Wir müssen Standards überprüfen und eine Definition von Kern- und auch Zukunftsaufgaben treffen, die das Land unverzichtbar wahrnehmen muss. Die Konsolidierungsstrategie des Landes wird dadurch erschwert, dass die Gestaltungsspielräume der Länder auf der Einnahmeseite auch deutlich beschränkt sind. Deshalb sind wir uns einig, dass wir uns auf Bundesebene für eine weitere finanzielle Entlastung des Landes und eben auch seiner Kommunen einsetzen müssen. Angesichts der Regelungen zur Schuldenbremse muss Haushaltskonsolidierung im Bund und in den Ländern Priorität vor Steuersenkungen haben. Maßnahmen des Bundes, die die Einnahmesituation unseres Freistaats und seiner Kommunen ohne eine dauerhafte finanzielle Kompensation verschlechtern, werden wir im Bundesrat ablehnen. Thüringen wird sich für Steuergerechtigkeit einsetzen und Maßnahmen unterstützen, die zur wirksameren Ahndung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung beitragen. Die neue Regierung will von der Durchsetzung von Steuergerechtigkeit allerdings nicht nur reden, sondern auch in ihrem Verantwortungsbereich handeln, deshalb werden die Steuerprüfungsdienste und die Steuerfahndung im Rahmen der personellen Möglichkeiten weiter verstärkt.

Mit großer Sorge verfolge ich persönlich – der eine oder andere von Ihnen hier im Plenum sicherlich auch – die gegenwärtigen Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020. Da steht sehr viel für Thüringen auf dem Spiel, als dass das einen kaltlassen könnte. Die Koalitionspartner haben hierzu vereinbart, die spezifischen Bedürfnisse gerade der neuen Bundesländer und der Kommunen in den Mittelpunkt zu stellen, aber auch die Herausforderung anderer strukturschwacher Regionen zu berücksichtigen. Ein sogenannter Wettbewerbsföderalismus wird von uns ganz klar abgelehnt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Steuereinnahmen der Kommunen sollen nach dem Willen der Regierungskoalition vollständig in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden. Gemeinsames Ziel ist es, einen auskömmlichen und ausgewogenen Finanzausgleich zu erreichen, der das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Landesteilen Deutschlands nicht aufgibt. In den letzten Wochen und Monaten, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch sehr viel über die Finanzausstattung unserer Kommunen, also der Gemeinden und Städte, hier in Thüringen gesprochen worden. Die Regierungskoalition hat mit ihrem Vertrag beschlossen, die kommunale Finanzaus-

stattung zu verbessern. Das Finanzausgleichsgesetz soll mit Wirkung ab 2016 fortentwickelt werden. Dabei soll der Finanzbedarf auf Basis der Jahresrechnungsstatistik und in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden geprüft und neu ermittelt werden. Schnellschüsse sind wegen der Komplexität der Materie zu vermeiden. Wir warnen davor eindringlich. Mit dem Haushalt für 2015 wird die neue Landesregierung einen Vorschlag zur Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung unterbreiten und in einem zweiten Schritt wird dann die zugesagte Revision des Kommunalen Finanzausgleichs mit Wirkung ab 2016 erfolgen. Die SPD-Landtagsfraktion will erreichen, dass Thüringen auch in Zukunft eigenständig und handlungsfähig bleibt, und wir wollen auch weiterhin für handlungsfähige Kommunen und für die Chancengleichheit zwischen Stadt und Land sorgen. Das heißt, unsere Kommunen benötigen mehr finanzielle Unterstützung, um ihre Aufgaben auch künftig zuverlässig zu erfüllen. Wir werden die finanzielle Situation der Kommunen verbessern, indem wir die betreffenden Ansätze in diesem Kommunalen Finanzausgleich erhöhen wollen.

Wir wollen, dass sich die kommunalen Strukturen den veränderten Rahmenbedingungen anpassen, und dazu streben wir ein gestuftes Neugliederungsverfahren an, in dem freiwilligen Zusammenschlüssen vor allen Dingen der Vorrang eingeräumt wird. Uns ist es wichtig, Veränderungen so vorzunehmen, dass die Identität der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gemeinde erhalten bleibt und auch gefördert wird. Die traditionellen, historischen und infrastrukturellen Verflechtungsbeziehungen der beteiligten Gemeinden, und das ist in Thüringen ein großes Pfund, mit dem man wuchern kann, spielen bei uns deswegen bei dieser Bewertung eine sehr zentrale Rolle. Wir wollen die Verwaltung schlanker machen. Das funktioniert nach unserer Auffassung am besten, wenn wir die Verwaltungen in den Kommunen auch unter Einbeziehung der neuen technischen Möglichkeiten besser nutzen. So sparen wir an Behörden und Verwaltungspersonal. Es entstehen aber nicht nur Effizienzgewinne, sondern – auch das ist ganz wichtig – die Verwaltung rückt so näher an den Bürger heran. Willy Brandt, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat einstmals gesagt, wir müssten mehr Demokratie wagen. Die Demokratie liefert uns niemals fertige Lösungen, Entscheidungen oder Konstellationen. Sie ist kein starres Konstrukt. Demokratien verstehen sich als ein dynamischer Prozess, in dem sich Akteure unter bestimmten Spielregeln frei bewegen, natürlich auch miteinander streiten, aber auch handeln und gestalten können. Dieser ständige Aushandlungsprozess, in dem Ideen ausgetauscht und um Argumente gestritten wird, gibt uns die Chance, Thüringen, also auch unser Land, weiterzuentwickeln, wettbewerbsfähig zu bleiben und Akzente zu setzen. In der Konkurrenz zu anderen Regionen als

(Abg. Hey)

Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensstandort zu bestehen, bedeutet für uns Sozialdemokraten nicht nur, die Leistungsfähigkeit dieses Standorts in struktureller Hinsicht zu stärken. Denn es sind zugleich die weichen Faktoren wie flexible Arbeitszeitmodelle, eine gut ausgebaute kulturelle Infrastruktur oder ein reichhaltiges Angebot an Naherholungsräumen, die in puncto Standortattraktivität zunehmend an Bedeutung gewinnen. Wir wollen uns der Herausforderung stellen, Thüringen zu einem der anziehendsten Lebens- und Arbeitsorte in Deutschland zu machen. Das ist unser Auftrag und dafür wollen wir in den kommenden Jahren mit aller Kraft arbeiten. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Adams das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Thüringer Landtag, liebe Gäste aus nah und fern! Vielen Dank, Bodo Ramelow, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank für die klaren Worte zur Zukunft in Thüringen. Sie haben hier in den letzten fünf Tagen mehr entwickelt, mehr rhetorisch gefasst, als die vorgehende Landesregierung in fünf Jahren je gefasst hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will, weil es gleich unruhig in der CDU wird, auch ganz kurz auf Herrn Kollegen Mohring eingehen, auf seine Rede.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Der Oberlehrer kommt wieder durch!)

Ich will nicht damit anfangen, dass, glaube ich, Herr Mohring der erste Verlierer dieser Woche war, als er in den Bundesvorstand nicht eingezogen ist,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die Frage anschließen, ob er damit der erste Fraktionsvorsitzende einer Landtagsfraktion ist, der nicht im Bundesvorstand der CDU vertreten ist.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das geht euch doch gar nichts an! So ein Käse!)

Ich möchte einen Faktencheck anschließen, wenn Herr Mohring kritisiert, dass in dem neuen Koalitionsvertrag Religion nicht vorkommen würde. Wir haben einmal nachgesehen: Im alten schwarz-roten

Koalitionsvertrag gibt es das Wort „Religion“ nicht. Es gibt das Wort „Religion“ nicht.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: „Kirche“ hat er gesagt!)

(Unruhe CDU)

Es gibt das Wort „Kirche“ im Zusammenhang mit dem Luther-Jubiläum. Dass wir bei Ihnen nicht abgeschrieben haben, wie es Herr Mohring glaubt bemerkt zu haben, sehen Sie daran, dass Sie bei uns auf Seite 60 einen ganzen Absatz zur Religionsfreiheit und Religionsvielfalt finden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz abgesehen davon, dass Pakistan – Herr Mohring ist leider nicht da – Regionen hat, in denen immer Winter ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ganz abgesehen davon, dass die CDU-Landesregierung vor einigen Jahren – eine CDU-Landesregierung – einen DDR-Grenzoffizier, Ex-Grenzoffizier zum Innenminister gemacht hat, ganz abgesehen davon, dass es Minister Voß war, CDU, meine sehr verehrten Damen und Herren, der die Kommunen dazu zwang, die Gebühren anzuheben, die Steuern anzuheben, habe ich in dem Redebeitrag von Herrn Mohring nur sehr Erwartbares gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, darum, eine neue politische Kultur möglich zu machen, und damit möchte ich gern eine Meldung aufnehmen, die ich heute Morgen lesen konnte. Der Landesfrauenrat hat sich zu Wort gemeldet. Er hat gesagt: Dies – das war mir selbst noch gar nicht so präsent gewesen – ist die erste Landesregierung seit 25 Jahren,

(Beifall DIE LINKE)

die paritätisch besetzt ist von Frauen und Männern. – Herzlichen Glückwunsch zu diesem Kabinett, Herr Ministerpräsident.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht aber auch darum, Schluss zu machen mit einer Politik, einer Partei, die sich Thüringenpartei nannte und sich noch schlimmer aufgeführt hat. Die Menschen in Thüringen haben sich davon befreit und es wäre gut, wenn auch die CDU sich davon befreien könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, ich möchte ganz kurz auch direkt auf das eingehen, was die AfD hier vorgetragen hat. Die AfD hat einen ganz unglaublichen, unsagbaren Vorwurf ausgesprochen. Sie haben uns ein bestimmtes Weltbild vorgeworfen. Ich kann nur sagen: Solche

(Abg. Adams)

Vorwürfe lenken sich immer auf den Aussprechenden hin, immer direkt auf den Aussprechenden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Thüringen ist diese Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, dennoch ein Zeitenwandel hin zu mehr Bürgerbeteiligung, mehr Solidarität und mehr Ökologie, als wir das bisher hatten.

Ich will, weil Frau Tasch so energisch in den Widerstreit hier tritt, auch noch ganz kurz auf die CDU eingehen und die moralische Frage, wer hier mit wem koalieren darf. Das ist nämlich eine ganz spannende Frage und ich verstehe nur nicht, warum die CDU sich hier so aufregt. Ich will gar nicht darauf eingehen, dass die CDU in Chemnitz, Zwickau, Cottbus, Marzahn-Hellersdorf mit der Linken zusammen koalitiert. Ich will auch gar nicht darauf eingehen, dass die „Süddeutsche“ zu Recht sagt, ich zitiere: Wenn es um Posten geht, scheint die CDU im Osten keine Scheu zu haben, mit der Linken zusammenzuarbeiten.

(Beifall SPD)

– Das alles ist gar nicht so wichtig. Viel wichtiger ist doch, dass Sie in der letzten Legislatur

(Zwischenruf Abg. Holzapfel, CDU: Warten wir mal ab! Macht es erstmal besser!)

(Unruhe CDU)

– ich schaue da nur mal auf das Rechnungshofgesetz –, gern mit der Linken zusammengearbeitet haben. Da hatten Sie keine Scheu, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber heute demonstrieren Sie hier eine Scheu und Ablehnung, die keinesfalls konsistent ist und auch nicht glaubwürdig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber vielleicht sind Sie auch deshalb so provoziert, weil es natürlich genug Menschen gibt, die aus der CDU in der alten Zeit zusammen mit Leuten aus der SED damals zusammengearbeitet haben. Sie sind doch zusammen geschritten, Seit' an Seit', in der Nationalen Front. Ja, es war in der DDR opportun, schnell Ja zu sagen, leicht Ja zu sagen zu einem Volkskammermandat, zu einem Sitz im Kreistag, seit 30 Jahren, Kollege Primas, im Kreistag, und das im 25. Jahr der friedlichen Revolution.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war opportun, schnell Ja zu sagen, und heute ist es opportun, „Pfui Teufel!“ zu rufen. Wir Grüne verschließen uns diesem Opportunismus. Wir sagen: Wir gehen unseren Weg, einen klaren Weg für eine Thüringer Politik, und nicht einen opportunen Weg, wie Sie ihn gern haben wollen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ganz klar!)

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Und Sie haben sich eingeschleimt!)

Wir haben die Linke kennengelernt in Sondierungs- und Koalitionsgesprächen als eine Partei, der es nicht leichtgefallen ist, aber die den Weg gegangen ist, Unrecht zu bekennen, Unrecht zu benennen und wenigstens sich auf den Weg zu machen, dieses Unrecht auch wiedergutzumachen. Es würde der CDU sehr gut zu Gesicht stehen, wenn sie nicht nur einen Satz in ihrem Grundsatzprogramm hätte, sondern einen ganzen Absatz der Aufarbeitung ihrer Blockflötenvergangenheit widmen würde, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rot-Rot-Grün will nicht alles von Grund auf neu umkrepeln, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen modernisieren, was in 24 Jahren der CDU-Regierung liegengeblieben ist. Den offenen Fragen, den schwierigen Themen, meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen wir uns an. Damit ist es Aufgabe dieser Landesregierung, die großen Themen, wie zum Beispiel eine Polizeistrukturreform, endlich auch zu einem Abschluss zu bekommen, eine Gebiets- und Verwaltungsreform, eine Funktionalreform auf den Weg zu bekommen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Wir wollen keine Gebietsreform!)

Es ist nahezu witzig, wenn Herr Gruhner heute fordert, dass hier Bürgerbeteiligung mit eingebunden werden soll. Wir haben hier als Grüne vor zwei Jahren schon einen Antrag gestellt, dass wir eine Gebietsreform auf den Weg bringen müssen mit einem Maßnahmeplan, und immer wieder gekoppelt an Bürgerentscheide vor Ort. Es ist so was von durchsichtig, dass die CDU jetzt nach einem Volksentscheid danach ruft – doch nicht, um den Willen der Bürger zu erfahren, sondern weil Sie glauben, dass Sie im Land so viel Bambule gegen dieses Projekt machen können, dass es mit einem Volksentscheid durchläuft. Sie instrumentalisieren die Bürgerbeteiligung für Ihre Ziele. Wir wollen die Bürger einbinden und bieten ihnen die Bürgerbeteiligung an. Das ist ein vollkommen anderer Weg und das ist unser neuer politischer Stil hier in Thüringen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Regierungsantritt von Rot-Rot-Grün ist der Beginn einer neuen politischen Kultur. Es geht darum, den Menschen in Thüringen mehr Beteiligung zu ermöglichen und ihnen deutlich zu sagen: Bürgerbeteiligung ist nicht nur angeboten, sondern Bürgerbeteiligung ist ausdrücklich gewünscht. Bürgerbeteiligung ist das, womit wir Regierungshandeln gestalten, Regierungshandeln ausbauen, Regierungshandeln stärker machen.

(Abg. Adams)

Ich möchte auf einige inhaltliche Themen, die heute in der Debatte schon vorgekommen sind, noch mal ganz besonders eingehen. Hier ist über die Frage, die Debatte, die die Innenministerkonferenz derzeit gerade führt, über die Verlässlichkeit des Thüringer Verfassungsschutzes zum Beispiel, diskutiert worden. Ich bin erstaunt über diese Debatte. Ich bin da absolut erstaunt, dass gerade die CDU diese Debatte hier in den Landtag holt und meint, darstellen zu können, dass das irgendetwas mit dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag zu tun hat. Darüber bin ich sehr erstaunt. Schaut man sich an, was der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern kritisiert, Herr Caffier, dann kann man sehr genau lesen – ein kleines Zitat aus der heutigen „Thüringer Allgemeinen“ –, hier sagt er ganz deutlich: Er könne den Austausch der Daten nicht als Gefährdung für seine V-Leute zulassen. – Ich wüsste nicht, wo es um Austausch von Daten im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün geht. Wir schalten V-Leute ab, das ist das Credo unserer Arbeit. Ich glaube, es war Herr Geibert gewesen vor gar nicht allzu langer Zeit, der hier ein Gesetz vorgelegt hat, in dem es um diesen Austausch von Daten ging, den alle Innenminister kritisiert haben. Ihr Vorwurf wendet sich auch direkt gegen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da haben Sie nicht ordentlich zugehört, was die Debattenlage überhaupt im Augenblick ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Naturschutz, Bildung und Migration, das sind die wichtigen Punkte, die von den Kollegen hier schon angesprochen wurden. Auch dafür, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank, dass Sie das angesprochen haben. Naturschutz, es wird Sie nicht verwundern, dass das ein wichtiges Thema für uns Grüne ist.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Darauf bin ich mal gespannt!)

Das ist für uns sehr wichtig und ich probiere mal einen ganz kleinen Problemaufriss, Frau Kollegin Tasch. Natura 2000 – Sie kennen diese Debatte um diesen Prozess und wir haben in Thüringen, wir sind ein kleines Bundesland, verhältnismäßig kleine Flächen, aber eine sehr stark diverse unterschiedliche Landschaftsform. Wir haben 2.400 Pflanzenarten, 750 Flechtenarten und 500 Pflanzengesellschaften, die wir in diesem Natura-2000-Prozess schützen wollen. Der derzeitige Zustand, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach 24 Jahren CDU-Koalition ist, dass wir hier bei der Hälfte der Tier- und Pflanzenarten eine Gefährdung feststellen müssen. Wir müssen bei 51 Prozent der Pflanzengesellschaften Gefährdungen feststellen. Wir müssen bei 89 Prozent der Biotope eine Gefährdung feststellen. Deshalb ist es wichtig, dass wir eine neue Umweltministerin haben, die dieses Projekt angeht, die unsere Natur stark macht, dass sie das

Grüne Herz bewahrt, dass es auch in der Zukunft noch den Menschen Freude macht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es geht bei dieser Frage um den Wald, das ist das grüne Gold Thüringens, das ist das Fort Knox. Kein vernünftiger Mensch würde auf die Idee kommen, Fort Knox zu plündern, um kurzfristig aus der Goldreserve Geld zu schlagen. Das würde niemand machen. Jeder Vernünftige würde versuchen, aus Fort Knox einen sicheren Ort zu machen, der Bestand hat, diese Reserve und die eher zum Wachsen zu bringen. Genau so wollen wir Forstpolitik machen. Wir wollen unseren Wald stark machen, wir wollen ihm die Möglichkeit geben zu wachsen, stärker zu werden. Dann haben wir ihn auch in der Not, wenn wir ihn einmal brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Aber die Bäume wachsen von alleine!)

Zur umweltverträglichen Entwicklung Thüringens gehört aber auch, dass wir endlich Verantwortung übernehmen dafür, welche Entwicklung das Klima nimmt. Die Erderwärmung, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erwärmung unseres Klimasystems ist eindeutig. Der Weltklimarat hat in seinem Fünften Sachstandsbericht deutlich gemacht, dass der menschliche Einfluss die Hauptursache für die Erwärmung jetzt im 20. Jahrhundert ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann Thüringen natürlich nicht alleine lösen, aber wir können mitmachen bei den Ländern, die an der Spitze stehen, hin zu einem klimaneutralen Handeln. Deshalb ist es richtig, dass diese Koalition sich das ambitionierte Ziel gestellt hat, bis 2020 25 Prozent und bis 2040 100 Prozent der erneuerbaren Energien aus einheimischen Rohstoffen, aus einheimischer Qualitätssonne, aus Thüringer Qualitätswind zu gewinnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das führt zu Innovation, das führt zu Wertschöpfung im Land, wenn wir den Strom nicht mehr kaufen, und das führt zu einem starken Mittelstand und einer Handwerkerschaft, die in Thüringen immer goldenen Boden hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bildungspolitik – alle Kollegen haben sie schon angesprochen – ist ein Thema, das uns ganz wichtig ist. Ich will es auf die einfache und klare Formel bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Gute Bildung ist Chancengerechtigkeit, schlechte Bildung ist ungerecht, meine sehr verehrten Damen und Herren, einfach nur ungerecht. Uns Grünen sind dabei zwei Aspekte wichtig, die man immer unter den Begriff „Vielfalt“ fassen kann: erstens Menschen, die vielfältig sind. Menschen sind unter-

(Abg. Adams)

schiedlich und deshalb müssen wir darauf unsere Politik ausrichten, die Menschen hineinzuholen, Inklusion zu üben, nicht rausdrängen, nicht verdrängen, sondern inklusiven Unterricht anbieten, Familien mit Kindern, die inklusiven Unterricht benötigen, es nicht aufzubürden, sonst wohin fahren zu müssen, sondern immer in der Nähe eine Schule zu haben, die inklusiven Unterricht auch anbieten kann. Das ist kein Teufelswerk. Das hat vor allen Dingen etwas mit Wollen und Bekenntnis sowie der Unterschiedlichkeit und Würde eines jeden einzelnen Menschen zu tun. Und es ist die Vielfalt in der Schullandschaft, denn wir glauben, dass die Vielfalt und auch die Konkurrenz unterschiedlicher pädagogischer Systeme unserem Schulsystem insgesamt guttut, und die freien Schulen sind immer der Motor gewesen für diese Entwicklung. Wir werden sie stärken und auch da bin ich dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er nicht begründet hat damit, dass die Vorgängerregierung sich ja einen Richterspruch vom Verfassungsgerichtshof geholt hat, sondern dass er das Bekenntnis zur freien Schule abgegeben hat mit dem Ziel, Vielfalt zu schaffen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auf ein weiteres Thema, das ich vorhin mit dem Schlagwort „Migration“ benannt habe, eingehen. Wenn ich die Debatten in diesem Landtag richtig verfolgt habe, dann diskutieren wir nicht nur über Migration, über Einwanderung, wir reden auch über den sicheren Ort für Flüchtlinge, wir reden über ein weltoffenes Thüringen, wir reden vor allen Dingen aber auch über Religionsfreiheit, die jeder Religion beigemessen werden soll. Und Islamophobie oder Islamfeindlichkeit sollte in diesem Haus überhaupt keinen Platz haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte bei diesem Thema einen wirklichen Fachmann zitieren, nämlich unseren Altbischof Wanke. Ich glaube, es war in seiner Weihnachtspredigt im Jahr 2012, da ist er auf die Frage eingegangen, die Angst davor, dass Moscheen in Thüringen entstehen und der Muezzin dann irgendwann zum Gebet ruft. Bischof Wanke hat in seiner großen Klarheit, in seiner großen Glaubensfestigkeit einen sehr schönen Satz gesagt, ungefähr so sinnhaft zitierbar: Er hat keine Angst davor, dass der Muezzin ruft. Er hat davor Angst, dass in diesem Land Kirchenglocken nicht mehr das Wort der Nächstenliebe verkünden. – Dem schließe ich mich voll an, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir von Bündnis 90/Die Grünen finden es unerträglich, dass zum Beispiel Politiker, Geschichtslehrer,

Juristen und Zahnärzte aus Opportunitätsgründen die Demonstrationen vermeintlicher Europäer, die islamfeindlich und rassistisch auftreten, rechtfertigen oder sogar offen unterstützen. Wir finden es unerträglich,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

meine sehr verehrten Damen und Herren. Und dies macht uns nur stark. Es macht uns traurig und wütend, ja, aber es macht uns stark in unserem Widerstand dagegen.

Jetzt will ich mich noch mal ganz klar der AfD zuwenden. Was erlauben Sie sich? Was erlauben Sie sich, Menschen abzuwerten,

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Tun wir nicht!)

die einfach unterwegs sind in dieser Welt, einfach unterwegs sind aus wirtschaftlicher Not, aus rechtlicher Not oder es einfach nur wollen, in Freiheit mit mehr Perspektiven und besseren Perspektiven mit ihren Familien zu leben? Was glauben Sie, warum Sie die abwerten dürfen?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Wir werten sie nicht ab!)

Die Geschichte unseres Landes ist voll von Menschen, die sich aufgemacht haben in andere Länder, in andere Regionen, um dort ihr Glück zu suchen, aus bitterer Armut. Wir müssen nicht nur über die deutschen Einwanderer, massenhaften Einwanderer in die USA reden, wir müssen nicht nur an die bitterarmen Schwaben, die sich aufgemacht haben, ein Land zu suchen, in dem sie genug fruchtbaren Boden haben, um ihre Familien zu ernähren, erinnern. Wir müssen uns einfach nur daran erinnern, zum Beispiel meine Generation, die mit Anfang 20 dieses Land, die DDR, verlassen hat, die haben nicht Hunger gelitten, die sind auch nicht alle vom Gefängnis bedroht gewesen. Sie wollten einfach nur mit ihrer Familie in Freiheit leben,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sie wollten Perspektiven entwickeln. Und Sie wollen dieses Argument Menschen absprechen? Das kann ich nicht verstehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nicht verstehen, wie man glaubt, so etwas argumentieren zu dürfen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Kollege Möller – also Möller von der AfD, er ist jetzt gerade nicht da, wahrscheinlich mit seinem Handy draußen.

(Abg. Adams)

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Ich sage es ihm!)

Er hat als Erstes, glaube ich, zwei Anfragen gestellt, zwei Anfragen, in denen er den Menschen, die hier in Thüringen vor Flucht und Vertreibung Obdach suchen, eines ganz klar ins Gesicht sagt: Wir wollen euch hier nicht haben. Das sagt er ganz klar mit seinen Anfragen, meine sehr verehrten Damen und Herren:

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen euch nicht hier haben; wir staunen darüber, dass die Statistik so schlecht ist, dass man euch, obwohl man euch rauschmeißen könnte, immer noch nicht rausgeschmissen hat. Und dass er danach fragt: Wie, was, die wehren sich sogar auch noch, wenn sie rausgeschmissen werden sollen? – das finde ich unglaublich.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Der blanke Unsinn!)

Ja, die haben Angst. Ja, die haben Angst vor dem, was ihnen jetzt geschehen soll. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das darf man auch. Die sind nämlich nicht mit dem Reisebus hierhergekommen, so wie Sie in den Urlaub in interessante Gegenden fahren. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben, dass die mit dem Reisebus hier angekommen sind. Das ist aber so nicht. Die sind bei Nacht aus ihren Dörfern losgegangen. Sie sind vor Schüssen in Deckung gegangen, diese Menschen. Diese Menschen haben an Grenzen und Meeren gestanden und sie wussten nicht, ob sie sie lebendig überqueren können, und kommen hier an, sind endlich hier in Freiheit und Frieden angekommen und dann kommt jemand von Ihnen und sagt: Aber avanti, schnell wieder zurück! – Unglaublich, meine sehr verehrten Damen und Herren, unglaublich!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Das ist hier keine Märchenstunde!)

Wie borniert muss man sein, unter den Bedingungen des demografischen Wandels, der uns große Sorgen macht, die Leute wegzuschicken, die gerne hierhergekommen sind? Ich kann das nicht verstehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir sind deshalb sehr froh, sehr geehrter Herr Ramelow, lieber Minister Lauinger, dass das Kabinett als ersten Beschluss den Abschiebestopp beschlossen hat und damit den Menschen über die Zeit, die Winterzeit hier sicheres Obdach gibt. Das soll unsere Politik tragen. Ganz herzlichen Dank allen, die daran so schnell in der ersten Woche mitgearbeitet haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich diesen Tagesordnungs- oder diesen Diskussionspunkt von mir begonnen habe mit einem Wort aus der katholischen Kirche, dann möchte ich gern mit dem Leitspruch der EKM hier enden, der ganz klar sagt: „Nächstenliebe verlangt Klarheit.“

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt noch viele Themen, die es anzureißen gilt. Mit Blick auf die Zeit will ich ganz kurz auf Wirtschafts- und Finanzpolitik eingehen. Alle haben es schon gesagt: Die CDU sollte sich in großer Demut üben. Sie haben uns 16 Milliarden Euro Schulden hinterlassen, wir werden mit diesem Erbe umgehen müssen. 16 Milliarden Euro Schulden, das bedeutet, dass Thüringen 7 Prozent seines Haushalts jeweils in die Zinsausgaben geben muss, im Vergleich dazu das Land Sachsen nur 2 Prozent oder Mecklenburg-Vorpommern, nicht schwarz regiert, sogar nur 5 Prozent. Alle sind besser als wir; wir sind nicht die Top-Thüringen-Leute, wie Sie es versuchen immer wieder darzustellen.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: So ein Schwachsinn!)

Zur Frage der Wirtschaftskompetenz, meine sehr verehrten Damen und Herren, gab es ja eine interessante Debatte am Anfang dieser Woche, vor Ihrem CDU-Parteitag, wo sich Leute aus dem DIW hinreichend geäußert haben und danach gefragt haben: Wo ist denn eigentlich die Wirtschaftskompetenz, die ehemalige Wirtschaftskompetenz der CDU hingegangen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen niemanden in der Wirtschaftspolitik gängeln. Wir werden neue Möglichkeiten eröffnen, die insbesondere im Klimawandel liegen, insbesondere in einer solidarischen Weise mit Pflege umzugehen, und insbesondere darin, dass wir Naturschutz voranbringen werden. Dieses Land, dieser wunderschöne Freistaat Thüringen, kann mehr, er kann mehr Ökologie mit Ökonomie verbinden, dieser Freistaat Thüringen kann mehr Demokratie in Regierungshandeln einbinden und dieser Freistaat Thüringen kann Solidarität üben, auch jenseits von Mehrgeld-Ausgeben. Dafür stehen wir Grüne. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Adams. Meine Damen und Herren, damit ist zunächst einmal die Rednerliste, die gemeldet worden ist, abgearbeitet.

(Vizepräsident Höhn)

Gibt es aus den Reihen der Abgeordneten noch weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen. Wünscht die Regierung noch einmal das Wort? Herr Ministerpräsident, bitte.

Ramelow, Ministerpräsident:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bleibt festzustellen: Innerhalb einer Woche hat die rot-rot-grüne Landesregierung die Arbeit aufgenommen. Die Landesregierung hat heute der Öffentlichkeit und den Parlamentariern, die sich damit auseinandersetzen wollen, was wir an Politik entwickeln wollen, einen ersten Überblick gegeben.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Ist doch kein Mensch da!)

Ich darf Ihnen für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage eine geruhsame Zeit wünschen, einen besinnlichen Advent und vor allen Dingen einen guten Rutsch in das neue Jahr. Aber vor uns, dem Kabinett und den regierungstragenden Fraktionen, liegt viel Arbeit. Wir wollen schnell und zügig anfangen, die Eckpunkte des Haushalts vorzubereiten. Wir wollen schnell und zügig anfangen, in kniffligen Situationen den Gemeinden beizustehen, bei denen es im Moment sehr kompliziert ist. Die Bemerkung will ich mir schon erlauben, wenn man denn immer mit dem Finger auf uns zeigt: Ich finde kritische Begleitung völlig richtig, aber wir können nur abbilden, was der Stand ist, den wir vor einer Woche übernommen haben, und dieser Stand ist kompliziert genug und da bin ich ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wer „wir“? Die SPD hat doch mitregiert?)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wolfgang, jetzt sei doch nicht so nervös!)

Lieber Wolfgang Fiedler, ich finde es ja gut, dass die kommunale Stimme klar zu hören ist, aber dass die kommunale Familie große Sorgen hat, und nicht nur in Gera, sondern möglicherweise auch noch in anderen Städten, die ihre Haushalte nicht genehmigt kriegen, das befremdet mich denn schon, wenn innerhalb von wenigen Tagen auf einmal Situationen eintreten, dass Städte ihren Haushalt nicht freigegeben bekommen, obwohl sie große Kraftanstrengungen gemacht haben. Ich glaube, da muss die Landesregierung jetzt sehr schnell Partner unserer kommunalen Familie sein. Und in diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit heute für den ersten Einstieg in unsere Regierungsarbeit, aber ich sage Ihnen zu, dass wir überall da, wo Hilfe gebraucht ist und wir gefragt sind, gern ansprechbar sind und für Sie die Ärmel aufkrepeln wollen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Noch einmal die Frage nach weiteren Wortmeldungen. Das kann ich nicht erkennen. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 1. Wir treten jetzt in eine Mittagspause ein, die Sitzung wird um 13.45 Uhr fortgesetzt.

(Zwischenrufe aus dem Hause)

Wenn es den Wunsch aus dem Hohen Haus nach Fortsetzung der Sitzung gibt, dann möge man das dem Präsidium bitte mitteilen. Ich würde mich über eine Reaktion seitens der Parlamentarischen Geschäftsführer oder Fraktionsvorsitzenden sehr freuen.

Ich höre, es gibt das übereinstimmende Votum des Hauses, die Sitzung unmittelbar fortzusetzen.

(Beifall im Hause)

Deshalb rufe ich jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 2**

**Thüringer Gesetz zu dem
Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 6/29 -
ERSTE BERATUNG

Wünscht die Landesregierung das Wort zur Begründung? Herr Hoff, bitte.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen vorweg einige wichtige grundsätzliche Informationen zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag mitteilen. Die vorgenommenen Änderungen sind überschaubar. Es geht lediglich um drei Punkte und sie betreffen ausschließlich die Höhe des Rundfunkbeitrags und dessen Verteilung. Sie sind jedoch durchaus – der Begriff „historisch“ wird so häufig verwendet, aber sie sind sicherlich von einer relativ großen Relevanz, denn der monatliche Rundfunkbeitrag wird zum 1. April 2015 abgesenkt. Das ist ein absolutes Novum in der Geschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Möglich wird dies durch die von den Ländern vollzogene Umstellung des Rundfunkbeitrags, die durchaus auch gesellschaftlich umstritten war. Sie ist aber im Ergebnis gleichwohl ein echter Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger und ein Erfolg, der maßgeblich auch in Thüringen erarbeitet worden ist, denn die vorbereitende Arbeitsgruppe stand unter Thüringer Federführung.

(Minister Prof. Dr. Hoff)

Zweitens: Die prozentuale Aufteilung des Aufkommens aus dem Rundfunkbeitrag wird neu geregelt. Den überwiegenden Teil, 72 Prozent, erhält die ARD; das ZDF erhält einen Anteil in Höhe von 25 Prozent und das Deutschlandradio einen Anteil von 2,7 Prozent. Der Verteilungsschlüssel wurde von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten errechnet, von der Rundfunkkommission gebilligt und ist somit in den Staatsvertragstext eingeflossen. Er beruht also auf einer ausführlichen Auseinandersetzung auch mit den Rahmenbedingungen einer solchen Finanzierung.

Drittens: Der Umfang der Finanzausgleichsmasse innerhalb der ARD wird ab dem 1. Januar 2017 von derzeit 1 Prozent auf 1,6 Prozent angehoben und die sich daraus ergebende Summe wird nach einem neu festgelegten Verteilungsschlüssel im Verhältnis von 50,92 zu 49,08 Prozent auf den Saarländischen Rundfunk und das Radio Bremen aufgeteilt.

Diese drei Neuerungen resultieren hauptsächlich aus der positiven Entwicklung der Beitragseinnahmen, auf die ich bereits eingegangen bin. Aufgrund der Umstellung der Rundfunkfinanzierung sind laut Prognose der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten im Zeitraum 2013 bis 2016 Beitragsmehrerträge in Höhe von ca. 1,1 Milliarden Euro zu erwarten. Die KEF hat den Ländern empfohlen, etwa 50 Prozent dieser Mehreinnahmen für eine Absenkung des Rundfunkbeitrags um 73 Cent zu verwenden. Mit der anderen Hälfte solle eine Rücklage gebildet werden, um gegebenenfalls unvorhergesehene Schwankungen der Beitragseinnahmen abfedern zu können. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben dieser Empfehlung nicht in Gänze Rechnung getragen, sondern sie haben am 13. März dieses Jahres beschlossen, dass der Rundfunkbeitrag in einem ersten Schritt zunächst um 48 Cent gesenkt wird und die Differenz zum Vorschlag der KEF zusätzlich in diese bereits von mir angesprochene Rücklage fließt. Alle weiteren Fragen sollen in einem zweiten Schritt entschieden werden. Dabei handelt es sich vor allem um die strukturelle Prüfung des Beitragsmodells, die als ein Ergebnis der Diskussion vereinbart worden war, und die Stabilisierung des Rundfunkbeitrags bis einschließlich 2020.

Diese grundsätzlichen Vorgaben wurden auch im Wege der üblichen Vorunterrichtung des Landtags gemäß der Thüringer Landesverfassung erörtert und in der letzten Legislaturperiode fanden sie ihre Zustimmung. Gleichwohl ist der Antrag gestellt worden, dieses Gesetz noch einmal an den Ausschuss zu überweisen. Das finden wir sinnvoll. Zunächst gilt es aus unserer Sicht, die Ergebnisse der Evaluierung des neuen Beitragsmodells abzuwarten, denn das Ziel der Landesregierung lautet, finanziel-

le Spielräume zu erhalten und später im Rahmen der Evaluierung über mögliche strukturelle Anpassungen zu beschließen, wofür die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder auch die entsprechende Rücklage gebildet haben. Darauf müssen die Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht warten. Der Sechzehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag und damit die Beitragssatzung treten am 1. April 2015 in Kraft. Ausgenommen hiervon ist die Neuregelung des Rundfunkausgleichs, die zum 1. Januar 2017 – wie ich ausführte – wirksam wird.

So weit zu den Änderungen, welche mit dem Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag einhergehen sollen. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Hoff. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort aus den Reihen der CDU-Fraktion dem Abgeordneten Wucherpfennig.

Abgeordneter Wucherpfennig, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren, mit dem heute in erster Lesung behandelten Thüringer Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag nähert sich ein langer Diskussionsprozess und Verhandlungsprozess dem Ende. Ziel ist es, bis zum 31. März 2015 die Zustimmung der 16 Landesparlamente zu bekommen. Ich denke, dass dieses auch unserem Parlament gelingen sollte, und beantrage von daher die Überweisung an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wucherpfennig. Als Nächster spricht Herr Abgeordneter Blechschmidt, Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werter Kollege Wucherpfennig, ist okay so, die Ausschussüberweisung werden wir natürlich auch mittragen, noch einmal zu diskutieren, denn – hier möchte ich den Schwerpunkt meiner Rede gleich auf den zweiten Teil des Berichts bzw. der Einbringung des Ministers Hoff richten – das war die Frage, es gibt eine zweite Stufe der Evaluierung. Ich halte es für sinnvoll, auf der Grundlage einer Behandlung im Ausschuss jetzt schon unsere Vorstellung als Parlamentarier für diese weitere Behandlung vorzunehmen. Da will ich drei Punkte und drei Stichworte nur

(Abg. Blechschmidt)

andeutungsweise nennen: Wir werden unsere Position mit Blick auf die Frage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seiner technischen und inhaltlichen Weiterentwicklung natürlich auch hier weiter verfestigen und deutlich machen. Das hat auch der Koalitionsvertrag in seinen Aussagen festgehalten. Ja werden wir auch weiterhin sagen zum Paradigmenwechsel, sprich, zu der Frage der bisherigen gerätebezogenen Gebühr hin zu einem Haushaltsbeitrag. Drittens ist natürlich auch die Frage der Kostenneutralität, die in der bisherigen Behandlung eine Rolle gespielt hat, ein wichtiges Moment.

Darüber hinaus haben wir natürlich auch Kritikpunkte. Auch hier stichwortartig: Das ist die Problematik der Befreiungstatbestände, die in den zurückliegenden Verhandlungen keine Rolle gespielt haben bzw. zurückgefahren worden sind. Das halten wir für ein Problem. Deshalb noch einmal eine Diskussion an der Stelle. Und es ist natürlich auch wichtig für uns, weitere soziale Verwerfungen oder betriebswirtschaftliche Verwerfungen, die dort eine Rolle spielen – ich nenne hier auch stichwortartig das Hostel – abzubauen. Hostels haben von sich aus immer das Bedürfnis, relativ – ich nehme mal das Wort in den Mund – spartanische Ausstattung vorzunehmen und in ihren Zimmern keine Empfangsgeräte zu haben, und dennoch müssen sie umfangreich entsprechende Gebührenbeiträge zahlen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Da muss auch gespart werden!)

Hier müssen wir noch einmal in den Diskussionsprozess eintreten. Deshalb bitte ich auch um die Überweisung an den Ausschuss. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Blechschmidt. Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Brandner, AfD.

Abgeordneter Brandner, AfD:

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Die finden Fernsehen wahrscheinlich ohnehin doof!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Kommunistisches Machtwerk!)

Herr Sitzungspräsident, liebe Kollegen der AfD – vollständig da –, werte Abgeordnete der Altparteien, ich mache es kurz: Der Gesetzentwurf als solcher ist etwas sperrig und wir verschließen uns der Überweisung an den Ausschuss auch nicht, aber wir haben etwas andere Ansatzpunkte: Bei uns geht es eigentlich grundsätzlich um den – beschönigend – sogenannten öffentlich-rechtlichen Rund-

funk, unter anderem also neun Sender der ARD und das ZDF und Radiosender, den wir als deutschen Staatsfunk bezeichnen. Dominiert und gesteuert wird das Ganze durch Sie, die Altparteien. Finanziert wird das Ganze durch Zwangsabgaben, die alle durch die Bank teilweise mehrfach leisten müssen und die eingetrieben werden durch den heute – euphemistisch – sogenannten Beitragsservice, früher Gebühreneinzugszentrale oder GEZ. Ich bleibe bei dieser GEZ, das prägt sich besser ein. Dieser Staatsfunk, den wir nicht gut finden, zeichnet sich dadurch aus, uns zu langweilen mit leichten und seichten Spielsendungen – Sie kennen das alle –, Festen der Volksmusik in allen möglichen Varianten, Tatortendlosschleifen und einer ausgefertigten Anzahl von Quasselsendungen, die auch gerne Talkshows genannt werden. Zusätzlich gibt es noch dann und wann Berichterstattungen von Ihren Jubelparteitagen und meist feindselige und sehr tendenziöse Berichterstattungen über Parteien – dazu komme ich –, Gruppierungen und Meinungen, die sich kritisch mit den Entwicklungen unserer Gesellschaft und unserem Land auseinandersetzen. Gerne und heftig geschwungen wird dann, genauso wie hier im roten Block, die Nazi- oder Faschismuskeule. Opfer dieser Tendenzberichterstattungen – jetzt fange ich gleich an zu weinen, ich nehme den Zwischenruf vorweg – dieses Staatsfunks sind auch oft wir von der AfD, aber das nur am Rande.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Am rechten Rand!)

Mit anderen Worten: Eine halbwegs ausgewogene objektive Berichterstattung gibt es im Staatsfunk nicht. Die Idee dieses Zwangsgebührenstaatsfunks ist aus unserer Sicht aber auch grundsätzlich überholt. Die Wurzeln, ich weiß nicht, wer das von Ihnen weiß, dieses Zwangsstaatsfunks liegen in der Spätzeit der Weimarer Republik.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Brandner, einen kleinen Augenblick. Herr Abgeordneter Höcke, ich darf Sie aufmerksam machen, dass jegliche Nahrungsaufnahme im Plenarsaal untersagt ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Brandner, Sie haben weiterhin das Wort.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja, wo war ich jetzt? Also, ich hatte gesagt, dass sie die Wurzeln in der Spätzeit der Weimarer Republik hat. Der Staatsfunk ist, die Geschichte zeigt das und die aktuelle Lage ja auch, sehr anfällig für politische Einflussnahmen und Steuerung durch die Regierenden. Viel gesprochen wird in dem Zusammenhang über Grundversorgung, die aber in Zeiten

(Abg. Brandner)

des weltweiten Netzes, des privaten Fernsehens und Radios und einer Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften überhaupt nicht mehr notwendig ist.

(Beifall AfD)

Angesichts dieser Vielzahl von staatsunabhängigen Medien kommt einem Staatsfunk keine besondere und schon gar keine überragende Bedeutung mehr zu. Es wäre ja auch nicht einzusehen, warum sich diese Grundversorgung dann auf Radio und Fernsehen beschränken sollte. Nicht einzusehen ist auch, warum sich die Sender der ARD und des ZDF-zwangsgebührenfinanziert und damit jeder Wirtschaftlichkeit entzogen – in Konkurrenz zu privaten Anbietern im Netz und der Presse begeben und auch noch Werbeeinnahmen erzielen. Die freie Rede, Herr Blechschmidt, habe ich mir vom Kollegen Ramelow abgesehen. Sie haben das mitbekommen, oder? Niemand käme ernsthaft auf die Idee, eine Zwangsabgabe dafür einzuführen, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, Zeitungen zu lesen. Wie wäre wohl die Reaktion in Deutschland, würde man jeden Einzelnen, ob er lesen kann oder nicht, dazu zwingen, monatlich 8 Euro zu bezahlen für die Möglichkeit, eine Zeitung zu lesen. Ein Aufschrei ginge durch die Republik.

(Beifall AfD)

Daran merken Sie, wie absurd diese Zwangsabgabe ist bezogen auf Fernsehen und Radio. Reden wir über GEZ-Gebühren, reden wir – nun hören Sie zu, eigentlich müssten Sie mir jetzt zustimmen – über eine unsoziale Wohnungs- oder Kopfsteuer, die da erhoben wird,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Würden Sie das mir überlassen?)

eine Zwangsabgabe, die pro Jahr und bei Kleinsthaushalten auch pro Person rund 215 Euro beträgt. 215 Euro pro Person in einem Kleinsthaushalt! Tatsächlich ist die Belastung aber noch viel höher, weil nahezu jeder mehrfach zahlt. Abgesehen von den Hostels, die Sie erwähnt haben, muss gezahlt werden auch für Betriebsstätten, Kindergärten, städtische Einrichtungen, Friedhofsverwaltungen – auch Krematorien sind da nicht befreit –,

(Beifall AfD)

Hotelzimmer, Supermärkte, Fabriken und Kraftfahrzeuge. Es handelt sich also um nichts anderes als eine allgemeine Staatsfunksteuer, die daran anknüpft, dass der Belastete irgendwo wohnt, irgendwo arbeitet oder sich auch nur irgendwo aufhält. Das hat mit der tatsächlichen Inanspruchnahme nicht ansatzweise etwas zu tun. Reden wir über die GEZ-Gebühren, reden wir auch über eine gänzlich unsoziale Umverteilung – hören Sie zu, das ist doch Ihr Wort! – von unten nach oben. Jeder zahlt direkt oder indirekt auch höhere Lebensmittel- und Verbraucherpreise dadurch, dass natürlich auch die

Supermärkte abführen müssen. Es profitieren davon aber nur wenige. Wer profitiert? Zum Beispiel die Mitarbeiter in den Staatsfunkanstalten. Ich habe gelesen, kein Redakteur fängt da mit unter 5.000 Euro, 13-mal im Jahr gezahlt, an. Wer profitiert noch davon? Das sind noch mehr als unsere Diäten übrigens, damit Sie das vergleichen können. Finanziert wird es von allen, egal ob arm oder reich. Davon bezahlt werden die Millionengagen für Gottschalk und Co. und ein paar Dutzend Fußballspieler auch noch, die dann durch die Champions League oder durch die Bundesliga rennen. Soziale Politik sieht anders aus. Ich denke, dass Sie mir da auch zustimmen. Reden wir über die GEZ-Gebühren, reden wir über ein intransparentes Finanzierungssystem! Oder wissen Sie, was Lanz, Silbereisen, Kleber und die anderen Gesichter des Staatsfernsehens so aus dem Geldspeicher der Öffentlich-Rechtlichen bekommen? Das weiß kein Mensch, das ist geheim.

(Beifall AfD)

Einnahmen von rund 8 Milliarden Euro im Jahr – das entspricht ziemlich genau den Einnahmen des gesamten Freistaats Thüringen, wenn ich das richtig gelesen habe – kommen so zusammen. Das heißt, dieses Finanzvolumen, was dem Freistaat zur Verfügung steht, wird im öffentlich-rechtlichen Staatsfunk für leichteste Fernseh- und Radiokost einfach verbraten. Man kann sich viel Besseres vorstellen, was man mit solchen Beträgen machen könnte. Interessant in diesem Zusammenhang übrigens auch – ich hoffe, dass ich da richtig recherchiert habe –, dass die Personalkosten im Staatsfunk bei 40 Prozent der Einnahmen liegen, im Freistaat Thüringen bei ungefähr der Hälfte. Auch daran sehen Sie, wie da geaast wird mit öffentlichen Geldern. Wenn man von Verwaltungswasserköpfen spricht, dann kommen die des Staatsfunks in den Aufsichts-, Bei- und sonstigen Räten auf eine Vielfalt von zu versorgenden Politikern der Altparteien wohl an erster Stelle. Jeder vernünftig denkende Mensch – wir sehen uns da so ein bisschen als Vorhut – muss also zu dem Ergebnis kommen, dass da erheblich gespart werden muss und auch kann.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Da kriege ich ja richtig Angst!)

Unser Wunsch ist es, den parteiengesteuerten und zwangsfinanzierten Staatsfunk ganz abzuschaffen.

(Beifall AfD)

Das wird nicht von heute auf morgen gehen, ich sehe das ja an der Reaktion hier, aber er sollte zumindest auf ein unverzichtbares Maß zurückgestutzt werden. Wir werden daher darauf hinwirken, dass die Rundfunkstaatsverträge zumindest in ihrer jetzigen Form aufhören zu existieren und dass der Freistaat Thüringen, vertreten durch die abwesende

(Abg. Brandner)

Exekutive, schnellstmöglich diese Verträge kündigt. Das ist möglich zum Ende nächsten Jahres. Darauf müssen wir uns verständigen. Wir könnten das hier im Landtag machen und dann wäre der gesamte GEZ-Mist weg.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Brandner, den „Mist“ lassen wir beim nächsten Mal weg.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Dann hat er gar nichts mehr zu sagen!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Okay. Habe ich das gesagt? Da gingen die Gäule mit mir durch, Entschuldigung. Ich wollte jetzt auch schließen, da bin ich auch gleich fertig.

Lassen Sie mich schließen mit einigen Worten aus dem aktuellen Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten – KEF –. Die Kommission ist bekannt, sie ist dem Einfluss der AfD völlig entzogen und zusammengestellt von den üblichen Verdächtigen. Diese Kommission erwartet im Zeitraum 2013 bis 2016 Einnahmen aus Rundfunkbeiträgen von – da müsste der Finanzminister oder die Finanzministerin blass werden, wenn sie hier wäre – 31,814 Milliarden Euro. Das sind Einnahmen – oder? –, davon träumt man. Die Kommission empfiehlt den Ländern, den Beitrag ab 2015 um 73 Cent auf 17,25 Euro abzusenken. Bei diesem Vorschlag ist die Hälfte der zu erwartenden Mehreinnahmen aus Teilnehmerbeiträgen bereits eingerechnet. 1 Milliarde Mehreinnahmen gab es übrigens, weil dieses Berechnungssystem umgestellt wurde auf diese Wohnungssteuer. Also allein diese Feststellungen der KEF machen es rätselhaft, wieso die damalige Vertreterin unseres Freistaats, Frau Lieberknecht – die sehe ich jetzt auch nicht –, zustimmte und hier die Entscheidung getroffen werden soll, ob eine Senkung nur um 48 Cent stattfindet. Das Minimum müsste aus unserer Sicht sein, dass kurzfristig zumindest um diese 73 Cent reduziert wird, wie es die KEF ja mit einem Finanzpolster von 500 Millionen festgestellt hat. Die AfD-Fraktion wird da – ich will die Beratung nicht vorwegnehmen –, aber ich gehe mal davon aus, dass die AfD-Fraktion der Änderung des Staatsvertrags nicht zustimmen wird, weil er als Ganzes auf den Prüfstand gehört und nicht einzusehen ist, warum die Bevölkerung mit einer nur um wenige Cent reduzierten Staatsfunksteuer zufrieden sein soll. Jetzt bin ich fertig. Danke schön.

(Beifall SPD, AfD)

Ich würde sagen, Applaus von der SPD.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Erleichterung im Hause!)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächster hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Pidde, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Fakten der Neuregelung des Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrags hat der zuständige Minister hier erläutert. Ich möchte nur einen Punkt noch einmal herausgreifen, nämlich die Beitragssenkung. Dies ist eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger. Die Länder setzen hier auch ein Signal in die Gesellschaft hinein, nämlich dass die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verantwortungsvoll angegangen wird und dass – was bei der Schaffung des neuen Beitragsmodells versprochen worden ist – nicht benötigte Überstände auch wirklich an die Beitragszahler zurückfließen.

Wir haben ja für diesen Zeitraum 2013 bis 2016 die Prognose der KEF mit 1,1 Milliarden Überschuss. Vorgeschlagen – auch das ist vorhin gesagt worden – war, 50 Prozent davon in eine Rücklage zu tun. Die Länder haben diesen Vorschlag grundsätzlich positiv bewertet, aber etwas mehr als 50 Prozent in die Rücklage gegeben. Und auch das ist gut, dass man einfach vorsichtiger herangeht. Denn nichts wäre schlimmer, als wenn wir jetzt eine Beitragssenkung machen und in kurzer Zeit würden sich die Beiträge wieder erhöhen, das wäre dann ein glatter Schuss in den Ofen.

(Beifall DIE LINKE)

So ein Hin und Her bei der Beitragsgestaltung wäre den Bürgern dann auch nicht mehr zu vermitteln. Die Rücklage ist also gut angelegtes Geld, um auch in Zukunft verantwortungsvoll damit umgehen zu können.

Meine Fraktion begrüßt diese geplante Beitragsabsenkung genauso wie diese gesamte Änderung des Rundfunkänderungsstaatsvertrags. Wir hätten das heute auch in erster und zweiter Lesung beraten und abschließen können. Allerdings stehen wir auch der Ausschussüberweisung offen gegenüber und werden dieser zustimmen, da auch noch genügend Zeit ist, denn die Ratifizierung des Staatsvertrags muss ja erst Ende März abgeschlossen sein und dann können wir das auch durchaus im Januar hier im Plenum in zweiter Lesung verabschieden.

Nach der Änderung des Staatsvertrags ist vor der Änderung des Staatsvertrags und während wir über die Ratifizierung des Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrags reden der Siebzehnte schon in Erarbeitung und da sind spannende Fragen, die dann zu klären sind. Es ist vorhin schon kurz auf die strukturelle Evaluierung des neuen Beitragsmodells eingegangen worden. Dann spielt auch eine Rolle, wie die Beitragsanteile an die Landesmedienanstalten zugewiesen werden. Bei den Beiträgen

(Abg. Dr. Pidde)

geht es um ganz spezielle Fälle, wie mit Wochenendhäusern umgegangen wird, wie mit dauerhaft auf Campingplätzen abgestellten Wohnanhängern umgegangen wird, und ähnliche Grenzfälle werden dann beraten. Das wird dann schon eine spannende Beratung und auch eine spannende Diskussion. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Dr. Pidde. Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Henfling von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Brandner, Sie haben heute, glaube ich, den Plenarsaal ein bisschen mit der Montagsdemo am Erfurter Anger verwechselt. Herzlich willkommen, das ist hier das Plenum im Thüringer Landtag und nicht die Reichsbürgerbewegung auf dem Erfurter Anger.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein relativ krudes Demokratieverständnis, was Sie hier an den Tag legen, wenn Sie die ganze Zeit von einem Staatsfunk sprechen. Wenn Sie mal staatsgeleitete Medien angucken wollen, schauen Sie mal nach Italien, da gibt es doch einen ganz bedeutenden Unterschied zu dem Qualitätsfernsehen, was wir hier teilweise im öffentlich-rechtlichen Fernsehen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen recht, dass Sendungen wie „Wetten, dass ...?“ jetzt auch nicht unbedingt zu meinen Vorlieben gehören, aber ich denke, ein gut aufgestellter öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist Teil eines demokratischen Staates. Das sollten Sie vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen.

Sie bezahlen ja auch dafür, dass die Feuerwehr in diesem Land funktioniert, auch wenn es bei Ihnen nicht ständig brennt – das vielleicht noch einmal, um klarzuziehen, wovon wir hier reden.

Es ist schon viel Richtiges gesagt worden durch die Kollegen Blechschmidt, Pidde, dass wir hier mit der Haushaltsabgabe ein neues Modell geschaffen haben, was wir Grünen schon lange eingefordert haben, weil es unter anderem die Schnüffelei durch die GEZ bei den Leuten beseitigt hat

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch zu mehr Beitragsgerechtigkeit geführt hat. Dass wir hier in die Evaluation gehen und schauen

müssen, wo wir Ungerechtigkeiten noch Rechnung tragen, und das auch noch einmal ändern müssen, steht außer Frage. Aber für 90 Prozent der Menschen hat sich sehr wahrscheinlich gar nichts geändert bei der Abgabe. Ganz im Gegenteil, für viele ist es eine Entlastung gewesen, insbesondere für Wohngemeinschaften, Lebensgemeinschaften, die nicht mehr mehrfach bezahlen. Das sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen. Auch unsere Fraktion beantragt hier die Überweisung an den Ausschuss und wir freuen uns da auf eine konstruktive und sachliche Beratung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete, und Glückwunsch zur ersten Rede hier im Thüringer Landtag.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es aus den Reihen der Abgeordneten weitere Redemeldungen? Das kann ich nicht erkennen. Wünscht die Regierung noch einmal das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur von mehreren Rednern beantragten Ausschussüberweisung. Es wurde Überweisung an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien beantragt. Wer der Überweisung an diesen Ausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind Stimmen aus allen Fraktionen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Beides ist nicht der Fall. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**

Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung von Abgeordneten

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/37 -

ERSTE BERATUNG

Wünscht die Fraktion das Wort zur Begründung? Das ist offenkundig nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Ich rufe Frau Abgeordnete Marx von der Fraktion der SPD auf.

Abgeordnete Marx, SPD:

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist in der Tat richtig, dass wir uns jedes Mal aufs Neue die Frage nach der Verlängerung des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung von Abgeordneten stellen. Die CDU hat jetzt diesen Antrag schon frühzeitig eingebracht. Wir stimmen zu, dass dieser Antrag selbstverständlich gründlich zu beraten und zu überweisen ist an den zuständigen Aus-

(Abg. Marx)

schuss, der jetzt heißt „Migration, Justiz und Verbraucherschutz“.

Sie erinnern sich vielleicht, diejenigen, die seit der letzten Legislaturperiode schon dabei sind: Wir wenden hier wie in jeder Legislaturperiode wieder ein Gesetz an, was vom Landesverfassungsgericht in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt worden ist, das heißt, immer nur in seinen Rumpfbestandteilen. Deswegen hatten wir eigentlich beim letzten Mal darüber gesprochen, dass wir dann in der kommenden Legislaturperiode, also in dieser, auch mal beraten wollen: Wie stellen wir dieses Gesetz auf eine verfassungsmäßige Grundlage? Das kann man dann sicherlich im Ausschuss noch machen. Selbstverständlich bleibt vom Grundsatz her die Überprüfung von Abgeordneten weiterhin ein wichtiges Thema. Die Aufarbeitung der SED-Vergangenheit nimmt einen breiten Raum in unserem Koalitionsvertrag ein. Selbstverständlich machen wir da auch vor Abgeordneten weiterhin nicht halt. Deswegen beantrage ich die Überweisung an den zuständigen Ausschuss.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Marx. Als Nächste hat Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Tat war die CDU sehr schnell, bereits jetzt für die nächste Legislatur diesen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen. Die einzige Änderung, die allerdings im Text erkennbar ist, ist, dass das Wort „sechsten“ durch das Wort „siebten“ ersetzt wird. Sprich, es geht einzig um die Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist eben schon von Frau Marx angesprochen worden: Wir hatten in der letzten Legislatur mehrere intensive Diskussionen auch zu diesem Gesetz. Es gab damals aber keinerlei Bereitschaft der Regierungsfaktionen, dasselbe zu ändern, obgleich das Gesetz in Teilen – ich nenne hier beispielhaft nur den § 8 – der Verfassung widerspricht und es auch ein einschlägiges Urteil dazu gibt.

Ich möchte erinnern an die Debatten der 88., der 113. und der 116. Plenarsitzung in der letzten Legislatur, denn da hatte meine Fraktion bereits einen umfangreichen Änderungsantrag zum Gesetz eingebracht, aus dem unmissverständlich hervorgeht, dass auch wir selbstverständlich an der Überprüfung der Abgeordneten festhalten wollen.

Wir haben allerdings auch deutlich gemacht und das auch noch mit einem Entschließungsantrag dazu unterlegt, dass die Überprüfung von Abgeordneten mitnichten die Aufarbeitung in Gänze ersetzen kann, sondern dass es eine sehr viel umfangreichere Aufarbeitung braucht und eine sehr viel stärkere Berücksichtigung auch derer in einer solchen Aufarbeitung, die sich vielleicht nicht nur unter dem Begriff der Abgeordneten quasi verfassen lassen. Insofern kann ich mich meiner Vorrednerin sehr gut anschließen. Wir plädieren ebenfalls für eine Beratung dieses Gesetzentwurfs im Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz und werden dann selbstverständlich auch unseren Antrag, den wir in der letzten Legislatur schon mal eingebracht haben, erneut zur Debatte stellen. Ich freue mich auf eine gute Debatte, ich freue mich auf ein konstruktives Miteinander. Ich glaube, im Ziel sind wir uns alle einig, das ist überhaupt gar keine Frage, gerade für uns als Bündnisgrüne, die wir in persona auch beteiligt waren an der Besetzung der Staatssicherheitszentrale hier beispielsweise in Erfurt, dass die Überprüfung fortgesetzt werden muss, aber wir brauchen dafür ein zeitgemäßes Gesetz. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Jetzt hat das Wort Herr Abgeordneter Henke von der Fraktion der AfD.

Abgeordneter Henke, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, werte Gäste, es wird Sie überraschen, dass wir dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen, und es ist gut, wenn die Stasiüberprüfung fortgesetzt wird. Dass wir vorher über die Regierungserklärung eines Ministerpräsidenten debattierten, dessen Mehrheit von Ex-Stasispitzeln und parlamentsunwürdigen Abgeordneten abhängt, sagt schon viel über die politische Lage Thüringens.

(Beifall AfD)

Diese Regierung ist erst wenige Tage im Amt und der Ruf des Landes hat schon gelitten. Es ist gut, dass Sie sich im Koalitionsvertrag unter anderem gegen Rassismus und Antisemitismus, hier gibt es offensichtlich Probleme bei den Linken, aussprechen. Wünschenswert wäre es aber gewesen, Sie hätten sich grundsätzlich gegen Extremismus, egal von welcher Seite, positioniert.

(Beifall AfD)

Sie weisen auf gefährliche Entwicklungen bei der letzten Landtagswahl hin. Wenn Sie damit die niedrige Wahlbeteiligung meinen – nicht einmal jeder vierte Wahlberechtigte hat für eine der drei Regie-

(Abg. Henke)

rungsfraktionen gestimmt –, gebe ich Ihnen recht. Dass die NPD es nicht in den Thüringer Landtag geschafft hat, finde ich aber sehr gut.

Es reicht, wenn wir Vertreter der extremen Linken haben, auf Rechtsextreme können wir dann gern verzichten.

(Beifall AfD)

Der Unrechtsstaat DDR mit der Staatssicherheit, den offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern, den Offizieren im besonderen Einsatz usw. war der Staat der SED. Deren Nachfolgepartei regiert heute wieder in Thüringen. Ich bin gespannt auf diese Stasiüberprüfungen.

(Beifall AfD)

Im Übrigen möchte ich Grünen und SPD mitteilen: Wenn Sie Ihr Profil suchen, Ihr politisches Profil, das befindet sich unter dem von den Linken. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Wegweisende Worte!)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächste hat das Wort Frau Abgeordnete König von der Fraktion die Linke.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stimmen natürlich der Überweisung dieses Gesetzentwurfs, dieses Gesetzesantrags an den Ausschuss zu. Wir werden auch dem Ansinnen, nämlich dass die Überprüfung fortgesetzt wird, zustimmen. Wir verstehen das als einen Beitrag zu der Aufarbeitung, die wir ehrlich und kritisch, auch selbstkritisch betreiben wollen, so wie es bereits im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün vereinbart wurde. Wir stellen uns ehrlich dieser Aufarbeitung, sind aber der Meinung, dass zumindest einige Punkte inhaltlich überarbeitet werden müssen. Ich möchte an der Stelle nur auf das Stasi-Unterlagen-Gesetz verweisen, in dem es unter anderem in § 21 heißt, dass nach dem 31. Dezember 2019 die Unterlagen nicht mehr zur Verfügung stehen. Insofern sehen wir weitaus mehr Änderungsbedarf hier im Thüringer Gesetz als nur den Ersatz „sechsten“ durch „siebten“ Legislatur und möchten das gern gemeinsam konstruktiv im Ausschuss tun und schließen uns dem Antrag und dem Ansinnen, dem Anliegen ansonsten an. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Jetzt hat das Wort Herr Abgeordneter Scherer von der CDU.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine Tätigkeit als hauptamtlicher oder informeller Stasimitarbeiter auch für die 7. Legislaturperiode ermöglicht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Gesetzentwurf kommt weder zu früh, noch ist er überflüssig. Es ist nämlich ein sehr berechtigtes Anliegen, schon heute klarzustellen, dass derjenige, der sich zur nächsten Wahl für den Landtag als Kandidat aufstellen lässt, sich auch einer Überprüfung stellen muss. In § 10 Satz 2 des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung von Abgeordneten haben wir in der letzten Legislaturperiode das Wort „fünften“ durch das Wort „sechsten“ ersetzt und damit genau dies für die Kandidaten zur Wahl des 6. Thüringer Landtags von vornherein festgeschrieben. Wer für den 6. Thüringer Landtag angetreten und gewählt worden ist, wird sich einer Überprüfung auf Stasitätigkeit auch stellen müssen, so wie es in § 1 des Überprüfungsgesetzes heißt. Weil hier einige neu im Raum sind, will ich den mal kurz vorlesen, weil er eigentlich auch sehr informativ ist. In § 1 heißt es nämlich: „Nach diesem Gesetz werden die vor dem 1. Januar 1970 geborenen Abgeordneten des Landtags ungeachtet früherer Überprüfungen ohne ihre Zustimmung daraufhin überprüft, ob sie wesentlich als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit zusammengearbeitet haben oder wesentlich als inoffizielle Mitarbeiter des Arbeitsgebiets 1 der Kriminalpolizei, der Volkspolizei tätig waren und deshalb unwürdig sind, dem Landtag anzugehören.“ Wir wollen, dass eine solche Überprüfung auch für die 7. Legislaturperiode des Thüringer Landtags im Vorhinein, das heißt, jetzt in der 6. Legislaturperiode festgeschrieben wird.

(Beifall CDU)

Dass dieser Antrag nicht zu früh gestellt ist, erklärt sich von selbst. Wenn Sie den Artikel 50 der Landesverfassung einmal hernehmen – Sie wissen nicht alle, was in Artikel 50 der Landesverfassung steht, nehme ich mal an –, da ist zum Beispiel geregelt, wann es eine vorzeitige Neuwahl gibt, zum Beispiel bei erfolglosem Vertrauensantrag usw., was ja jederzeit passieren kann.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Ja, das ist in Artikel 50 der Verfassung so vorgesehen und es kann in der Tat auch jederzeit passieren. Genau deshalb ist dieser Antrag auch nicht verfrüht, sondern durchaus angemessen, den heute hier zu stellen.

Die Änderung des Gesetzestextes ist auch nicht obsolet. Nach wie vor gibt es ein unverändert

(Abg. Scherer)

großes Aufklärungsinteresse der Öffentlichkeit, um die Stasivergangenheit von wichtigen Funktionsträgern unserer Gesellschaft offenzulegen.

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Auskunftersuchen erreichen weiterhin auch hohe Fallzahlen und nach wie vor werden neue Erkenntnisse durch die Aufarbeitung von Akten gewonnen.

Der aus meiner Sicht wichtigste Punkt, der dafür spricht: Nach wie vor gibt es in der Bevölkerung zahlreiche Opfer der Bespitzelung, die bis heute an deren Folgen leiden und bei denen bis heute die erlittenen Nachteile fortwirken.

(Beifall CDU)

Es hat sich deshalb nichts daran geändert, dass es für die Integrität und Vertrauenswürdigkeit des Landtags unabdingbar erforderlich ist, diese Überprüfung vorzunehmen, damit bei Abgeordneten, die für die Stasi hauptamtlich oder informell Zuträger waren, deren Parlamentsunwürdigkeit festgestellt werden kann. Das Thüringer Verfassungsgericht hat dazu festgestellt: Das Vertrauen des Volkes in seine Vertretung ist gefährdet, wenn ihr Abgeordnete angehören, die den totalitären Machtapparat der DDR in rechtsstaatswidriger Weise unterstützt haben. Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, eine Verstrickung von Mandatsträgern in das Bespitzelungssystem der DDR aufzuklären. – Er hat es noch verdeutlicht, der Verfassungsgerichtshof, in einem anderen Satz, in dem er schreibt: „Wer das eigene Volk bespitzelt und unterdrückt hat, wer es hintergangen, verraten und betrogen hat oder wer all dies zu verantworten hatte, gehört nicht ins Parlament, auch wenn ihm das Mandat nicht entzogen werden kann.“

(Beifall CDU, AfD)

Das Ansehen des Landtags würde Schaden nehmen, wenn keine Möglichkeit der Aufklärung mehr bestünde. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die persönliche Integrität der Abgeordneten ist deshalb höher zu bewerten als das gegenläufige persönliche Interesse ehemaliger Stasimitarbeiter. Der Thüringer Landtag ist keine Ausnahme mit dieser Erstreckung auch in die nächste Legislaturperiode. In allen neuen Ländern gibt es sogar eine unbefristete Überprüfungsregelung, nur in Thüringen muss es jedes Mal in die nächste Legislaturperiode erstreckt werden.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Aber Sie hätten jetzt doch auch unbefristet beantragen können. Aber das machen Sie auch nicht!)

Sie sollten dazu nichts sagen oder machen Sie es hinterher. Zum guten Schluss – ich komme jetzt

zum Schluss – noch einen Satz an die Damen und Herren der r2g-Koalition: Sie sollten, wenn man schon eine Ausschussüberweisung macht – aus unserem Gesichtspunkt hätte man auch gleich in zweiter Lesung zustimmen können –,

(Beifall CDU)

nicht nach billigen Ausflüchten suchen, um das Gesetz aufzuweichen oder abzuschwächen, sondern dem Gesetzentwurf so, wie er ist, zustimmen, wenn Sie es ernst damit meinen, die Rolle der Vorgängerpartei der Linken aufarbeiten zu wollen. Ansonsten entlarven Sie die Beteuerungen des Ministerpräsidenten als Schall und Rauch, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Scherer, es gibt einen Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich. Das wird offenkundig abgelehnt. Vielen Dank, Herr Scherer, für den Redebeitrag.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten? Das kann ich nicht erkennen. Wünscht die Regierung das Wort? Das kann ich auch nicht erkennen. Dann kommen wir zur von allen Rednern beantragten Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz. Wer dieser Ausschussüberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das war ein einstimmiges Votum dieses Hauses. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 3.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben alle ein sehr ereignisreiches politisches Jahr hinter uns gebracht. Ich wünsche Ihnen allen, allen Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen von Landtag, Fraktionen und Ministerien, natürlich auch allen Ministerinnen und Ministern, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein paar besinnliche Stunden. Kommen Sie alle gesund ins neue Jahr, denn die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden am 28., 29. und 30. Januar 2015 statt. Ich hoffe, Sie dann alle gesund und munter wiederzusehen. Für heute ist die Sitzung geschlossen.

(Beifall im Hause)

Ende: 13.54 Uhr